

M

MENSCHEN MACHEN

E 2814

MEDIEN

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift

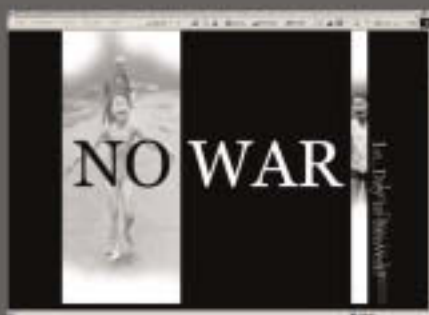
Nr. 5 Mai 2003 Jahrgang 52

ver.di

MEDIEN ZWISCHEN BUSH-TROMMELN UND FRIEDENSBEWEGUNG



NIEDERLAGE
FÜR DAS
ZEUGNISVER-
WEIGERUNGS-
RECHT



„SCHWARZES
INTERNET“-
JOURNALISTEN
GEGEN DEN
KRIEG

Charta zur Sicherung von Qualität im Journalismus

Auf ihrer Bundeskonferenz, die im März in Halle unter dem Motto: „Qualität, Kompetenz, Verantwortung“ stattfand, hat die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) die folgende „Charta zur Sicherung von Qualität im Journalismus“ verabschiedet.

Die dju setzt sich zum Ziel, Qualität im Journalismus in allen Medien einzufordern:

- Journalismus und Medien nehmen eine öffentliche Aufgabe wahr, für die Art. 5 GG einen besonderen Schutz gewährleistet. Daher brauchen beide gesellschaftlich akzeptierte Leitbilder. Medienunternehmer und Journalistinnen und Journalisten sind aufgefordert, gemeinsam solche Leitbilder zu formulieren, Qualitäts-Standards, journalistische und ethische Grundsätze und Ziele gemeinsam zu definieren und innere Pressefreiheit und die Mitwirkung der Journalistinnen und Journalisten dabei zu sichern.

- Journalismus orientiert sich an den „Publizistischen Grundsätzen“ des Deutschen Presserates

- Journalismus steht und fällt mit solidem handwerklichen Wissen. Dazu ist eine verbindlich geregelte und stetige Aus- und Weiterbildung notwendig, sowohl innerhalb des Unternehmens als auch außerhalb (Journalisten-Schulen, Universitäten etc.). Sie muss sowohl festangestellte als auch freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einbeziehen.

- Journalismus braucht gute Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit. Neben einer zeitgemäßen Infrastruktur ist der umfassende Zugang zu allen Informationsquellen zu garantieren. Tarifverträge müssen verbessert, die zusätzliche Altersversorgung gesichert werden. Auch diese Standards tragen zur Unabhängigkeit der Journalistinnen und Journalisten bei.

- Journalismus lebt von Unabhängigkeit. Der Kampf um den Markt und die Marktanteile darf weder die Grenzen von Information und Werbung verwischen noch durch Sponsoring oder Public Relations die journalistische Arbeit beeinträchtigen.

- Journalismus braucht Anregung und Kritik von innen und außen. Alle Medienschaffenden und -Verantwortlichen sorgen für eine stetige journalistische Auseinandersetzung mit Medienunternehmen, Medienprodukten, Mediengesetzen und Entwicklungen. Auch das eigene Unternehmen muss dabei berücksichtigt werden.

- Journalismus braucht eine permanente Qualitäts-Prüfung und Qualitäts-Sicherung. Dabei ist auch enger Kontakt mit der Medienwissenschaft und den Lesern, Hörerinnen, Sehern, Akteurinnen (Internet) zu halten.

- Journalismus braucht tägliche konstruktive interne Kritik. Beiträge müssen wieder gegengelesen (von Kolleginnen und Kollegen, nicht vom Chef) werden, Ergebnisse, Echos auf Beiträge, Sendungen etc. gemeinsam analysiert, Fehler sofort freiwillig berichtet werden.

- Journalismus heißt Zeit haben zum Recherchieren. Jedes Medien-Unternehmen muss den Redakteur/-innen und Journalist/-innen intensive Recherchen ermöglichen und die zeitlichen Freiräume dafür schaffen.

In Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe leisten die Medien einen wesentlichen Beitrag zur demokratischen Auseinandersetzung, zur Entfaltung von Kultur und Bildung freier Meinung. Um diese hohen Güter stets zu gewährleisten, ist eine permanente Qualitätsdebatte zu führen und zu prüfen, ob die behaupteten Standards erfüllt werden. Die Landesbezirke sind angehalten, das Thema Qualitäts-Sicherung in ihrem Arbeitsprogramm zu verankern. Eine jährliche Bilanz soll helfen, Fortschritte und Hindernisse zu dokumentieren und der Qualitäts-Debatte den Stellenwert zu verschaffen, der ihr im Interesse einer freien und kritischen Berichterstattung zukommt.



Abb: Lothar Schneider

Freibrief: Comeback im Netz

Der Infodienst für freie Medienschaffende aus NRW jetzt bundesweit verfügbar

Die gelben Seiten in NRW – der Freibrief. Über Jahre und über 40 Ausgaben lang war er wichtiges Informationsmedium für freie Journalistinnen und Journalisten, Schriftstellerinnen und Künstler in Nordrhein-Westfalen. Das Jahr 2002 brachte die Zwangspause, da im Zuge der Medien-Umstellung bei ver.di keine Chance mehr bestand, den Freibrief der «M» speziell für die Leserinnen und Leser zwischen Rhein und Weser beizuheften. Aus der Not entstand ein neuer Freibrief – der Freibrief im Netz. Zum Vorteil letztlich aller Freiberufler bei ver.di. Denn jetzt ist der Freibrief bundesweit abrufbar. Mit der Nummer 43 lebt die Tradition wieder auf. Aktuelle und hintergründige Themen für Freie Medienschaffende stellt somit der Fachbereich 8 des ver.di-Landesbezirks NRW ins Netz.

In der ersten Netz-Nummer ein klarer Schwerpunkt: Existenzgründung. Denn viele, die ihren Job verloren haben, viele, die keinen Job mehr finden, wollen freiberuflich überleben. Darum in diesem Heft ein umfangreicher Vergleich zwischen den wichtigsten Einstiegshilfen. Die Bilanz: Für Ex-Studierende ist meist die Existenzgründungsbeihilfe, verteilt über die Regionalsekretariate in NRW, die beste Hilfe. Für die, die mit gutem Arbeitslosengeld abgesichert sind, ist das Überbrückungsgeld eine interessante Alternative – und die „Ich-AG“ bleibt für all die, die mit wenig Geld vom Arbeitsamt auskommen müssen. Außerdem im Heft: Probleme mit den Wiederholungshonoraren bei der ARD und der Prozessbericht eines Autors, der für die Nutzung seiner Texte auf einer Archiv-CD-ROM Honorar einklagte. Der Freibrief ist online als Datei abrufbar unter www.dju-nrw.de oder unter www.freiseiten.de – die Redaktion ist erreichbar unter psch-profil@t-online.de. Also: Reinklicken, runterladen – und dann in Ruhe lesen. psch ■

Medien und Krieg

- 5 **Vergessene Kriege**
Nicht mehr als eine Randnotiz
Kommentar
von Ulrich Hottelet
- 6 **Medien zwischen
Bush-Trommeln und
Friedensbewegung**
Ein Kampf um die Bilder und
den Quotensieg anstelle von
Aufklärung?
Von Johanna Haberer
- 8 **Buchrezension: Hartnäckig
nach Gründen fragen**
Wege zu neuen Kriegen und
Strategien für das Überleben
- 8 **Schwarzes Internet –
Journalisten gegen Krieg**

Titelthema: Niederlage für das Zeug- nisverweigerungsrecht

- 9 **Zum Kuckucksei mutiert**
Urteil des Bundesverfassungs-
gerichts – eine Niederlage
für das Zeugnisverweigerungs-
recht für Journalisten
Von Hans-Albert Stechl

Aktuell

- 2 **Charta zur
Sicherung von Qualität**
- 2 **Freibrief:
Comeback im Netz**

Glosse

- 4 **Dilemma**

Journalismus

- 11 **Kein Grund,
schwarz zu sehen**
Menschen afrikanischer
Herkunft in der Presse
- 11 **Polizeigewalt gegen
Fotografen in Hessen**

Medienkonzerne

- 12 **Gute Nachrichten
in schlechten Zeiten?**
Unterschiedliche Blickwinkel
auf die Bilanzen von Springer
und Bertelsmann
**Springer-Betriebsrat
fordert ausgewogene
Kriegs-Berichterstattung
in eigenen Blättern**
- 13 **Jedes achte Buch
von Bertelsmann**
Zunehmender Druck auf
kleinere Verlage – Kartell-
entscheidung noch offen

Print

- 14 **Wo Sanierer den Ton
angeben**
„Süddeutsche Zeitung“
muss weiter sparen –
NRW-Beilage gestrichen
- 15 **Oberfränkische Lösung
verhindert WAZ-Einstieg**
„Fränkischer Tag“ von
E.C. Baumann übernommen

Rundfunk

- 16 **Unmut über Honorarver-
lust bei Wiederholungen**
Sendeanstalten kommen
ihren Auskunftspflichten
gegenüber Autoren nicht
nach
– Interview mit Elmar Hucko
vom Bundesministerium der
Justiz
- 17 **Lust auf das Neue**
Erste Intendantin der ARD
verkündete: Keine Verlierer
bei der Fusion zum RBB
- 18 **Saban – und dann ?**
Einstieg des Milliardärs bei
ProSiebenSat.1 hinterlässt
gemischte Gefühle
- 18 **Digitalradio:
Der Countdown läuft**

Umfrage

- 20 **Eine Umfrage der Uni
München zur Berufs-
situation von Journalis-
tinnen und Journalisten**

Film

- 19 **Kreativität und
Sozialer Dialog**
Filmemacher setzen sich für
kulturelle Vielfalt ein
- 22 **Ein Eldorado
für Quereinsteiger**
Studie zeigt dramatische
Arbeitsbedingungen bei Film
und Fernsehen

Bildung

- 24 **Hamburger
auf Konzeptsuche**
Neuorganisation der Me-
dienausbildung zu Lasten
bestehender Studiengänge
– Interview mit Siegfried
Weischenberg, Direktor des
Hamburger Zentrums für
Medienkommunikation

Titelbild:
Herrmann J. Haubrich

Medien International

- 25 **Freispruch für die Stimme
Anatoliens**
Knebelungsparagraph für
die Meinungsfreiheit nicht
angewandt
- 25 **Praktika in aller Welt**
- 26 **Erfolgreicher Druck auf
Behörden**
Die gemeinsamen Aktionen
von ver.di und amnesty
international in «M»
- 27 **Folter für Satire im Netz –
Tunesien**
- 27 **Aktion für Edward Terso
Lado – Sudan**
- 28 **Neuer Wind
bei InterKonneXiones**
Treffen des internationalen
feministischen Radionetz-
werkes in Wien
- 29 **Alltag der Russen
im Spiegel der Presse**
Ein Gespräch mit Boris Feld-
mann, Chefredakteur der
„Russkaja Germanija“

Rubriken

- 4 Briefe
30 Service/Semi-
nare
34 Impressum
34 Leute/Preise

„Von der Idee zum Buch“

Wochenendseminar

des „Instituts für Bildung, Medien und Kunst (IMK)“
in Kooperation mit der Deutschen Journalistinnen-
und Journalisten-Union in ver.di.
am 14./ 15. Juni 2003 in Lage-Hörste

Themen:

Welche unterschiedlichen Verlage gibt es und wie
finde ich den richtigen? Wie „bewerbe“ ich mich bei
einem Verlag um einen Buchvertrag? Der Verlags-
vertrag – Grundlagen und Gestaltungsmöglichkeiten.
Fachbegriffe, Buchherstellung, Korrektur, Lektorat,
Exposé.

Referenten:

Lothar Koopmann, Lektor, Christiane Gibiec, freie
Journalistin, Filmemacherin und Buchautorin sowie
Axel Johanßen, freier Journalist und Sachbuchautor.

Seminarleitung:

Udo Milbret/Karl-Wolfgang Seithümmer

Verbindliche Anmeldung

bitte so schnell wie möglich:
Institut für Bildung,
Medien und Kunst (IMK),
Teutoburger-Wald-Str. 105,
32791 Lage-Hörste;

Telefon: 05232/983-464
Fax: 05232/983-462
E-Mail: anmeldung.imk@verdi.de

Abb: The Encyclopaedia of Illustration



Steuern für nationale Filme

„Eine Chance für das europäische Kino“ in «M» 3/2003

Wir freuen uns über Briefe. Vor allem über kurze. Wir wollen möglichst viele zu möglichst vielen Themen.

Deswegen müssen wir manchmal Leserbriefe kürzen. Wir bitten um Verständnis.

Anschrift der Redaktion:

**Bundesvorstand
ver.di
Redaktion M
Menschen – Machen
– Medien
Potsdamer Platz 10
Haus 4
10785 Berlin**

**E-Mail:
Karin.Wenk@verdi.de
Fax: 030 / 69 56 36 76**

Wäre nicht die Tatsache, dass das deutsche Steuerrecht Filmfonds, mit denen auch Hollywoodstreifen wie „Chicago“ „gefördert“ werden, besonders freundlich behandelt, einen Beitrag Wert gewesen?

Bei diesem Brennpunkt in der letzten MMM hatte ich eigentlich damit gerechnet, vor allem nachdem Monitor darüber berichtet hatte: <http://www.wdr.de/tv/monitor/beitrag.phtml?bid=434&sid=93> Wie viele nationale Filme hätten wohl von den 40 Millionen Euro, die aus Deutschland nach Hollywood und in „Chicago“ flossen, finanziert werden können? Wieviele Kulturprojekte und Filmförderungen in Ländern, die nicht über die Hollywood-Finzen verfügen? Mir leuchtet die Steuersubventionierung von Hollywoodfilmen, deren Produktionsgesellschaften im Geld schwimmen und deren Stars horrende Gagen bekommen nicht ein.

Olga Masur, Hamburg

Bürgerfunk mit weitem Blick

„Über den Tellerrand der Schrebergartenseeligkeit“ in «M» 3/2003

Mit Interesse haben wir die Kolumne zum o.g. Thema gelesen. Für weite Teile des lokalen Print-Journalismus mögen Ihre Feststellungen

zutreffen. Doch: Kennen Sie die Ansätze der neuen Bürgermedien / Nichtkommerziellen Lokalsender Hörfunk und TV in Niedersachsen? In § 27 (3) des niedersächsischen Landesmediengesetzes heißt es: „Bürgerfunk muss die lokale und regionale Berichterstattung sowie das kulturelle Angebot im Verbreitungsgebiet des Programms publizistisch ergänzen...“

Der Lokalsender oldenburg eins (oeins) erfüllt eben diese Aufgabe, in dem er genau die von Ihnen erwähnten Defizite lokaler Berichterstattung aufgreift. Hier einige Beispiele: „Zwischen Jordan und Mittelmeer“ ist der Titel einer TV-Sendereihe, in der in Zusammenarbeit mit der deutsch-palästinensischen und der deutsch-israelischen Freundschaftsgesellschaft jeweils ein aktueller Oldenburger Gast aus dem Nahen Osten im Mittelpunkt der Gesprächsrunde steht. „Wie der 11. September unsere Welt verändert hat“ – Reflektionen zu einem inszenierten Medienereignis und Forderungen an eine veränderte Friedenspädagogik – waren die Inhalte einer TV-Liveübertragung aus der C.v.O. Universität Oldenburg an eben diesem Tag. Berichte über „die Situation von Flüchtlingen weltweit“ veröffentlicht von der Regionalstelle Nord der UNO-Flüchtlingshilfe – haben ebenso einen Platz in unserem Programm. Beispiele ließen sich eine Vielzahl aufzählen. Unter dem Stichwort „Die Welt in der Region“ stehen in unserem Lokalsender Themen und Berichte zu Veranstaltungen der friedensfördernden und interkultu-

rellen Verständigung sowie der sozialen, ökonomischen und ökologischen Gerechtigkeit fast alltäglich auf der Programm-Agenda ...

Dörthe Bührmann, Frank Bekuhrs, Oldenburg „oeins“

Drei Kollegen starben

„Kriegsreporter in Gefahr“ in «M» 3/2003

Es stimmt tatsächlich, dass die Stern-Reporter Gabriel Grüner und Volker Krämer am 13.6.1999 erschossen wurden. Damit hat es sich dann aber auch, was den Mord angeht.

Es waren nicht zwei Todesopfer, sondern leider derer drei. Mit Gabriel und Volker verlor auch ihr Übersetzer Senol Alit sein Leben, ... Sie wurden auch nicht „von Bewaffneten aus einem Auto gezerrt“, sondern im Auto erschossen. Es waren auch nicht mehrere Täter, sondern nur einer. Und der war kein serbischer Freischärler, sondern russischer Söldner (die anwesenden Serben sorgten dafür, dass Gabriel Grüner noch zu einem Arzt in das nächstgelegene Dorf transportiert wurde). Die drei Kollegen hatten auch kein Geländeauto, sondern eine alte Mercedes-Limousine, und dem russischen Söldner ging es nicht darum, ein Fluchtauto zu haben, denn davon gab es genügend am Tatort. Er lebte lediglich seinen Hass auf Albaner aus, weil er meinte, mindestens in Senol Alit einen vor sich zu haben. Bei alledem handelt es sich nicht um geheime Fakten, sondern das alles war im „Stern“ nachzulesen. ...

Uli Reinhardt, Weinstadt

Glosse

Dilemma

Könnte bitte auch mal jemand an die arme Journaliste dieser Stadt denken. Bei der Terminplanung vielleicht. Nicht immer alle vermeintlich wichtigen Dinge zur selben Zeit verkünden bei höllisch starkem Kaffee und Schnittchen. Womöglich noch Lachs-schnittchen, die sind gerade voll in Mode. Aber was sind schon Lachsschnittchen, wenn sie täglich als „kleiner Imbiss“ gereicht werden, zu den Informationen über die Vorgänge in der Stadt. Erstens ist es sich recht unbeholfen im Stehen, dabei Stift und Block bedienend. Womöglich noch intelligente Fragen formulierend. Fingerfood ist zwar gerade ebenso in Mode wie Lachsschnittchen – aber, machen wir uns doch nichts vor – Fingerfood ist eindeutig Blamier-Essen. Der Dill fällt herunter, die Remoulade sabbert aufs Zeug und die Krümel zerkratzen die beigelegten Fotos. Was aber noch schwieriger zu handeln ist, als alle Lachsschnittchen dieser Welt, sind die Synergie-Veranstaltungen einer Stadt. Jede Medaille hat halt zwei Seiten. Für die Journaliste der Stadt bleibt leider die dunkle, wenn sich etwa sieben bis zehn Vereine, Institute und staatliche Stellen zusammenschließen, um eine sicherlich klasse Großveranstaltung zu einem bestimmten Thema auf die

Beine zu stellen. Das ist ja eigentlich das Schöne in einer Stadt, dass sich alle irgendwie kennen und manchmal auch mögen. Sobald eine Idee laut wird, finden sich schnell alle zusammen und planen was das Zeug hält, auf dass es ein prächtiges Spektakel gebe. Schnell werden alle Pressemenschen der Stadt zusammen gerufen, gründlich informiert, mit Lachsschnittchen und starkem Kaffee verköstigt und an die Arbeit geschickt, die gute Mär zu verbreiten. Meist werden von der Redaktionsleitung etwa 60 bis 80 Zeilen eingeräumt, die frohe Kunde aufzuschreiben. Was aber, wenn die sieben bis zehn Vereine, Institute und staatlichen Stellen alle Namen haben, die mindestens drei bis vier Zeilen brauchen, wenn mal großzügig der Zusatz „e.V.“ weggelassen wird? Ganz klar: Mut zur Lücke ist gefragt. Entweder unsauber die Namen verkürzen oder ein bis zwei Vereine, Institute oder staatliche Stellen nicht erwähnen. Das Dilemma liegt dabei auf der Hand: Nach der Berichterstattung gibt es keine Lachsschnittchen, sondern Schelte. Entweder für die Verhöhnung der Namen oder von den ein bis zwei Vereinen, Instituten oder staatlichen Stellen, die der Zeilenknappheit zum Opfer fielen. Schließlich sollte in so einem Text ja neben den VeranstalterInnen auch noch kurz erwähnt werden, was eigentlich veranstaltet wird. Karla ■

Höheres Programmiveau

„Radio in der Krise“ in «M» 4/2003

Die Krise des „Dudelfunks“ ist nicht allein konjunkturell bedingt. Das Problem von Hörfunk-Stationen, die jeden Tag „Mainstream“ senden, ist konzeptioneller Natur. Der Hörer wird einfach berieselt. Er soll nicht wirklich zuhören. Ein Hörer, der aber schon im regulären Programm nicht richtig zuhört, wird dieses bei den Werbespots erst Recht nicht tun. Der Weg aus der Krise des kommerziellen Hörfunks kann also nur über einen Strategiewechsel erfolgen. Wollen die Sender wieder mehr Werbung vermarkten, müssen sie das Niveau ihrer Programme spürbar anheben. Nur so werden sie die „echte Aufmerksamkeit“ ihrer Hörer zurückgewinnen und für die Werbewirtschaft wieder attraktiv werden.

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Vergessene Kriege

Nicht mehr als eine Randnotiz in den Medien

Kommentar von Ulrich Hottel

„Nichts Besseres weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen / Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei, / Wenn hinten, weit in der Türkei / Die Völker aufeinander schlagen. / Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus / Und sieht den Fluß hinab die bunten Schiffe gleiten; / Dann kehrt man abends froh nach Haus / Und segnet Fried und Friedenszeiten.“

Die weisen Worte des Geheimrats Goethe aus dem Osterspaziergang in Faust 1 sind aktueller denn je. Die Rund-um-die-Uhr-Berichterstattung in den TV-Programmen über den Irak-Krieg zeigt, wie groß das Bedürfnis der Zuschauer nach allgegenwärtigen Informationen über den Kriegsverlauf von den Verantwortlichen in den Sendern eingeschätzt wird. Doch die hohe Aufmerksamkeit, die der unter der US-Bombardierung und dem Menschen verachtenden Saddam-Re-

gime leidenden irakischen Zivilbevölkerung zuteil wird, wirkt etwas doppelbödig, wenn man sich vor Augen hält, wie es die deutschen TV-Nachrichten mit anderswo tobenden Kriegen seit Jahr und Tag halten: Aus Sierra Leone, Nepal, Kolumbien usw. gibt es so gut wie keine Bilder, weil schlicht und einfach kein Kamerateam zugegen ist. Pech für die dortigen Kriegsopfer, an ihrem Schicksal nimmt kaum einer Anteil – geschweige denn Hunderttausende von Schreckensbildern alarmierte Demonstranten gehen für den Frieden auf die Straße.

Nach einem Bericht der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung der Uni Hamburg gab es im Jahr 2001 weltweit 31 Kriege. Allein der erst kürzlich beendete Kongo-Krieg hat schätzungsweise 350.000 direkte Kriegstote und 2,5 Millionen Opfer von Hunger und Seuchen im Kampfgebiet gekostet. Der deutsche TV-Zuschauer erfuhr davon lediglich als Randnotiz. Afrika

Wie man sich bettet,
so sieht
man...



ist ohnehin der vergessene Kontinent der Fernsehnachrichten. Dortige Kriege müssen schon mit Hunderten von Toten an einem einzigen Tag aufwarten, um es mit einer Kurzmeldung in die „Tagesschau“ oder „heute“ zu schaffen. Ein solch gravierendes Missverhältnis in der Berichterstattung ist auch dadurch nicht zu rechtfertigen, dass die weltpolitische Bedeutung des Irak-Kriegs sicherlich überragend ist.

Angesichts dessen braucht man sich über die Naivität der deutschen Öffentlichkeit nicht zu wundern, die so tut, als sei nur dann Krieg, wenn US-Militär oder Bundeswehr in einen bewaffneten Konflikt eingreift. Aber, wie heißt es so schön, was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß ... ■

Abb.: Silke Herrmann



Foto: Christian v. Polentz/transit

Medien zwischen Bush-Trommeln und Friedensbewegung

Ein Kampf um die Bilder und den Quotensieg anstelle von Aufklärung? Von Johanna Haberer

„die Massendemonstrationen ... waren im Vorfeld dieses Krieges den politischen Redaktionen keine Spezialsendung wert.“

Der Vers ist zu einem journalistischen Gassenhauer geworden, zu einer Art poetischem running gag: Matthias Claudius. „S'ist leider Krieg und ich begehre – nicht schuld daran zu sein.“

Die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten tun derzeit ganz viel dafür, nicht schuld zu sein. Eine Art Panik ist zu spüren: Wer regiert das Nachrichtengeschäft, wenn jetzt Krieg ist? Von wo aus? Mit welchen technischen Verbindungen? Und welchen Partnern und welchen Informanten. Wie können wir die Menschen in diesem Land so informieren, dass sie der Kriegspropaganda nicht aufsitzen?

Die Panik ist zu spüren, noch einmal das Desaster von 1991 zu erleben mit den gefälschten, für die Propaganda hergestellten Bildern: mit kuwaitischen Prinzessinnen, den Kindern in den Brutkästen, die angeblich von irakischen Soldaten herumgeworfen worden sind, dem Kormoran an der angeblich ölverschmierten Küste, nachdem Saddam die kuwaitischen Ölfelder bombardiert hat.

Auf ungezählten Tagungen wurde die beiderseitige Kriegspropaganda des vorigen Golfkriegs entlarvt, die besonders das Fernsehen ins Mark trifft. Denn ein Bild gräbt sich unverwundlich in das Bewusstsein von

Menschen und kann dort mit Emotion die ratio überschwemmen. Ich zitiere Nikolaus Brender (Chefredakteur ZDF, damals WDR) aus einem Interview 1991: „Es war totales Fernsehen mit null Informationen, und trotzdem haben wir mitgemacht. Wir waren von der Einschaltquote fasziniert.“

Panik ist zu spüren, auf die Täuschungen der Kriegspropaganda hereinzufallen. Und – schon seit Monaten – eine Konzentration auf den Krieg, die an einen Tunnelblick gemahnt.

■ „Mit ins Bett“ gelegt

Nein, man lasse sich diesmal nicht auf einen Kampf um die Bilder ein, betonen Sprecher aller Systeme, und doch klingen die Aussagen der Verantwortlichen wie bei einem Wettrüsten mit vollem Einsatz von Mensch und Material. Wer hat die beste Ausgangsposition? Wer die beste Strategie? Wer die wichtigsten Kontakte? Wer die modernste Ausrüstung? Wer schickt wen wohin? Wer kriegt wen als Experten? Das Ziel aller Bemühungen war deutlich die Frage: Wie sind wir für einen Krieg aufgestellt? Wer wird den Quotensieg davontragen? Viele Anstalten waren bemüht, den amerikanischen Soldaten einen Reporter „mit ins Bett“ zu legen:

„embedded correspondent“, wie die diesjährige Variante der Kriegspropaganda heißt. Journalisten, die zu reportierenden Soldaten mutieren, so wie sie schon jetzt bei der Vorbereitung von Militärs auf einen Kriegseinsatz trainiert werden. Man weiß im deutschen Fernsehen, das Quotenjahr wird seit dem 20. März, dem Datum des Angriffs vom Krieg entschieden – nach dem Fußball und dem Karneval. Da kann RTL noch so viele Superstars einsperren ...

Lawinenartig ist unser Bewusstsein medial gesteuert in diesen Krieg gestürzt. Das Wort „unvermeidlich“ hatte ebenso Konjunktur wie Matthias Claudius ... „nicht schuld daran zu sein“. Doch Programmarbeit am Frieden ist Aufgabe des öffentlich rechtlichen Fernsehens in Deutschland. Statt dessen gewöhnen sich die Journalisten gemeinsam mit dem Volk an den Krieg und gewöhnen das Volk an den Krieg.

Es muss uns klar sein, dass „wir“ westlichen Demokratien in den vergangenen zehn Jahren sechs Kriege geführt haben. Demokratien sind grundsätzlich schwerfällig und tendenziell friedliebend. Sie müssen von einem Krieg überzeugt werden: Man kann die Schritte der öffentlichen Desinformation systematisch nachzeichnen.

Webadressen

www.Journalismus.com
www.heise.de
www.attac.de/globkrieg/
www.wirgegenkrieg.de
www.jugend-gegen-krieg.org/

Der moderne „demokratische“ Krieg beginnt mit Reden an die Nation. Mit der sich perpetuierenden Behauptung über den menschenverachtenden Machtmissbrauch in den gegnerischen Staaten, der unumstößliche Beweise nachfolgen sollen, so dass ein Angriffskrieg in den Augen der Bevölkerung nach und nach als eine humanitäre Intervention erscheint.

Der Gegner wird in einem zweiten Schritt personalisiert und dämonisiert. Der Führer des gegnerischen Staates erhält monströse Züge, während über die Schattenseiten etwaiger Verbündeter stoisch geschwiegen wird. Zur Kriegsvorbereitung muss schließlich ein Krieg als moralisch unausweichlich erscheinen, als eine Notlage, zu der es keine Alternativen gibt. Dazu kommt das öffentliche Versprechen, ein Krieg werde nicht lange dauern, eigentlich ganz kurz sein und einen für alle Beteiligten guten Ausgang nehmen und keine langfristigen Folgen haben.

■ Märchenglaube

Die Zensur des Militärs sorgt dafür, dass wir nicht mit der blutigen Realität des Krieges belästigt werden. Man ist versucht, an das Märchen vom sauberen Krieg zu glauben, bis man zufällig – aber nur wenn man bis Mitternacht Nachtwache hält – spät nachts in der ARD über Massengräber in Afghanistan stolpert.

Es hat sich – trotz aller Vorwarnungen – wieder diese Eigengesetzlichkeit entwickelt, die Mechanismen aus sich herauszusetzen scheint, denen sich keiner entziehen kann. Kriegspropaganda ist heute: Zumüllen mit scheinbar heißer Information, so dass die Redakteure nicht zum Denken kommen, sondern an der Tagesarbeit ersticken. Eigengesetzlichkeit ist ja ein theologisches und ein philosophisches Thema: Wie kann sich der Mensch den scheinbar unausweichlichen Mechanismen entziehen und zu

freiem und rationalem Denken und Handeln fähig werden? Wo ist die Unterbrechung?

Es sei ausdrücklich gewürdigt, dass die öffentlich-rechtlichen in den letzten Tagen vor Kriegsausbruch eine Art Gegenöffentlichkeit aufgesucht haben. Sie haben die Bürger nach ihren Fragestellungen befragt und damit ganze Sendungen bestritten.

■ Verfassungswidrig

Und sie haben seit 2001 einen Vertrag mit dem freien arabischen Sender Al Jazeera, der mit seinem arabischen Blick auf die Vorgänge eine Unterbrechung unseres weißen, westlichen Informationsmonopols gewährleistet.

Aber dennoch sei die Frage erlaubt: Haben uns die Fernsehanstalten nachdenklich und nachdrücklich auf diesen angekündigten Krieg vorbereitet? Haben Sie uns erklärt, was wir wissen müssen, bei diesem Krieg, der die gesamte Weltordnung verändern könnte? Was haben die Fernsehanstalten an nachhaltiger politischer Aufklärung geleistet, als dieser Krieg eigentlich anfang? Was haben die Kulturredaktionen und die politischen Redakteure getan, als George W. Bush die Ziele eines Krieges neu definierte und öffentlich den Präventivkrieg als neue Militärdoktrin einführte?

Warum haben wir uns in „Berlin Mitte“ oder bei „Christiansen“ damals nicht mit den einschlägigen Botschaftern und Militärs und Juristen unterhalten, und vor allem: Warum gibt es denn in unserem Land inzwischen so verschwiemelte Vorstellungen darüber, was eigentlich im Deutschen Grundgesetz zum Thema „Krieg“ steht. Da steht nämlich in Artikel 26: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig“. Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten ist es, zu bilden und aufzuklären über die täglichen

verbalen Absonderungen und parteipolitischen Scharmützel von Politikern hinaus. Die Frage rund um diesen Krieg war in Deutschland nicht: Schröder oder Merkel. Die Frage war: Verfassung oder nicht. Der Präventivkrieg ist ein Quantensprung nicht nur für Kirchen und Gewerkschaften, sondern auch für das Selbstbewusstsein westlicher Militärs – zumindest in Europa. Das war, soweit ich es überblicke, dem deutschen Fernsehen öffentlich-rechtlicher Couleur einfach kein größeres Thema. Als der britische Außenminister davon sprach, Großbritannien würde nicht zögern, auch Atombomben einzusetzen, hat es den Radiohörer und Fernsehzuschauer vom Stuhl gerissen, die politischen Redaktionen offenbar nicht. Eine Meldung, mehr nicht. Ein europäischer Außenminister redet vom Einsatz von Atombomben, und es wird bei uns lediglich vermeldet. Kühl. Unberührt. Unaufgeregt. Achselzuckend.

■ Selbstbewusst fragen

Auch die Massendemonstrationen in Deutschland. In Europa. Sie waren im Vorfeld diese Krieges den politischen Redaktionen keine Spezialsendung wert.

Wir sind ein vereinigt Deutschland. Unter uns leben Menschen, die haben Kopf und Kragen riskiert, um ihre Diktatur in der DDR mit friedlichen Mitteln abzuschaffen. Die sind mit der chinesischen Angst im Bauch auf die Straße gegangen – gegen die Willkür der Diktatur. Heute kommen sie im deutschen Fernsehen zu dieser Frage kaum zu Wort. Wir haben Journalisten nötig, die selbstbewusst den Überblick behalten und Fragen stellen über den Tag hinaus, die nicht den Sachzwängen erliegen und vor der scheinbaren Macht des scheinbar Faktischen in die Knie gehen.

Johanna Haberer ist Professorin für Christliche Publizistik an der theologischen Fakultät der Uni Erlangen ■

dju ruft zu Sorgfalt und Wahrhaftigkeit auf

Anlässlich des Angriffs der USA und Großbritanniens auf den Irak fordert die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di alle Medienschaffenden auf, bei der Berichterstattung über kriegerische Aktionen und die Vorbereitungen dazu ethische und handwerkliche Regeln strikt zu beachten. Dies gelte vor allem für die Pflicht zur Wahrhaftigkeit. Journalistinnen und Journalisten sollten stets die professionell gebotene Distanz zu den Konfliktparteien einhalten und ihre Quellenlage jeweils für die Öffentlichkeit transparent machen.

Die **dju-Resolution** „Krieg ist keine Lösung“ steht unter: www.verdi.de/krieg_und_frieden/positionen Weitere **aktuelle ver.di-Informationen** zum Thema „Krieg gegen den Irak“ unter: www.verdi.de/fachbereiche/medien_kunst_industrie/dju/bundeskonferenz_2003

Reporter ohne Grenzen fordert die amerikanischen Behörden auf, die Freiheit in der Berichterstattung und die Sicherheit von Journalisten zu garantieren. Infos unter: www.reporter-ohne-grenzen.de



Hartnäckig nach Gründen fragen

Wege zu neuen Kriegen und Strategien für das Überleben

Am Ende des ersten Golfkrieges gab General Schwarzkopf zu, dass bei Beginn der Bodenoffensive die Medien einem „gigantischen Täuschungsmanöver“ gegen den Irak gedient hatten. Die frei erfundenen Geschichten über angebliche serbische Gräueltaten im Kosovo rechtfertigte der NATO-Pressesprecher später mit der Bemerkung: „What do you want? We created stories and we made a good show.“

Der Öffentlichkeit Feindbilder und Erklärungen für Kriege zu liefern, war seit jeher wichtiges Manipulationsziel für Herrschende und ihre Militärs – mit Desinformation, Propaganda und Zensur. „Wenn die Leute wirklich Bescheid wüssten, wäre der Krieg morgen zu Ende“, meinte der britische Premier Lloyd George im Ersten Weltkrieg gegenüber dem „Manchester Guardian“. Nach aller Erfahrungen empfehle es sich, „der US-Regierung, die jetzt den neuen Krieg gegen den Irak vorbereitet, kein Wort zu glauben“, folgert Eckart Spoo und fordert „eine öffentliche Debatte über die Mechanismen in der hochkonzentrierten Medienindustrie, die aufklärerischen Journalismus behindern oder gar verhindern“.

Doch nicht nur Macht und Ohnmacht der Medien wird in der informativen Publikation sachlich-aufklärerisch zur Diskussion gestellt. Auch politische, historische, juristische und speziell ökonomische Hintergründe und Entwicklungen, die „Wege zu neuen Kriegen“ im Zeitalter der Globalisierung pflastern, werden in den zwanzig Einzelbeiträgen beleuchtet. Sie erlangen jetzt, nach dem Angriff auf den Irak, zusätzliche Brisanz und Aktualität. Ursprünglich entstanden sie für einen Kongress „Ein Jahr Krieg gegen den Terror. Bilanz. Ausblick. Gegenwehr“, der zum 1. September 2002 in Hannover stattfand. Vor allem das Wechselverhältnis „zwischen weltweiten Kapitalinteressen und militärischer Macht und zwischen amerikanischem ‚Imperium‘ und seinen ‚Vasallen‘“ wollte diese Veranstaltung erhellen, deren Organisatoren die „Rückkehr zum Krieg als Mittel der Politik“ erklärtermaßen nicht hinnehmen. So beobachtet Maria Mies seit dem Golfkrieg 1991 und dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien eine „wachsende Militarisierung unserer Gesellschaften“, die auch als „Ramboisierung“ das Alltagsleben durchsetze. Angesichts der tiefen wirtschaftlichen Rezession in Amerika und Europa sehen weltweit agierende Konzerne Krieg zunehmend als Garanten für einen Wachstumsschub – bekanntlich ist Krieg gut für die Wirtschaft und Öl das „Herzblut des Westens“. Mehrere Autoren beleuchten die US-amerikanische Globalpolitik, die seit dem Ende des Kalten Krieges unverblümt anstrebt, „dass ihre ökonomische und militärische Hegemonie keiner Beschränkung, keiner korrigierenden Macht und keinem Veto mehr unterliegt“, wie Arno Klönne feststellt. Auch der Konkurrent „altes Europa“ und Europas Chancen als Zivilmacht werden thematisiert. „Kann das Völkerrecht eine Barriere gegen den Krieg sein?“, fragt Bernd Graefrath und kommt zu dem Schluss: „Es gilt nicht nur, die Unterminierung des geltenden Rechts abzuwehren, sondern wesentliche Grundpositionen einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung einzuführen und durchzusetzen, die das Überleben der Menschheit sichern.“ Auch der beinahe seherisch anmutende Beitrag von Joachim Guillard zu Vorgeschichte und Hintergründen des „angekündigten“ Irak-Krieges trägt dazu bei, dass Leser des Bändchens „wirklich Bescheid“ wissen können.

neh ■

Rainer Butenschön / Eckart Spoo:

Töten – Plündern – Herrschen. Wege zu neuen Kriegen.

VSA-Verlag Hamburg 2003, ISBN 3-89965-010-7,

212 S., 16,50 Euro



Journalisten getötet

Bereits wenige Tage nach Kriegsbeginn wurden zwei Journalisten getötet. Vier Journalisten, die für den britischen Nachrichtensender ITN im Südirak berichteten, gerieten am 22. März unter Beschuss. Die zwei Wagen sollen sich nicht in unmittelbarer Nähe eines Militärkonvois befunden haben und sie sollen nicht als „Presse“ erkennbar gewesen sein. ITN zufolge wurde der 51jährige Terry Loyd tot aufgefunden. Der belgische Journalist Daniel Demoustier wurde bei dem Feuergefecht verletzt und in ein Krankenhaus gebracht. Von dem Kameramann Fred Nerac und dem lokalen Begleiter Othman Hussein fehlt (28. März) jede Spur. Der 39jährige australische Journalist Paul Moran wurde am 22. März durch eine Autobombe getötet. Der ABC-Korrespondent Eric Campbell wurde schwer verletzt.

Fernsehen bombardiert

In der Nacht vom 24. auf den 25. März bombardierten US-amerikanische Streitkräfte die Gebäude des staatlichen irakischen Fernsehens. Der Vorfall erinnert an den Beschuss des arabischen Senders Al Jazeera in Kabul im Jahr 2001. Wir befürchten, dass Medien immer häufiger zum Kriegsziel deklariert werden“, verurteilt Robert Ménard, Generalsekretär der Internationalen Organisation zur Verteidigung der Pressefreiheit, den Angriff. Das staatliche Fernsehen ging 45 Minuten nach dem Angriff wieder auf Sendung. Der Jugendsender Schebab TV blieb geschlossen.

Öffentlichkeit manipuliert

Die amerikanische Schriftstellerin Francine Prose wirft den US-Medien eine Manipulation der Öffentlichkeit vor. Die amerikanische Presse würde kaum über die Antikriegsstimmung in den Vereinigten Staaten berichten, schreibt Prose in der „ZEIT“. „Wir zahlen jetzt den Preis für die unwillentlich oder systematisch schlechte Ausbildung unserer Bevölkerung während der letzten Jahrzehnte. Wer nie gelernt hat, was in unserer Verfassung steht, wird sich kaum daran stören, wenn die Verfassung verletzt, übersehen und ignoriert wird“, so Prose. Es sei wichtig, „dass unsere europäischen Freunde und ‚Verbündeten‘ wissen, dass nicht alle Amerikaner die tödliche und zugleich selbstmörderische Politik ihrer Regierung unterstützen ...“

Radio behindert

Ermittlungen der Internationalen Medienhilfe (IHM) zufolge konnte das deutschsprachige Programm von Radio Irak International aus Bagdad aufgrund der amerikanischen Bombenangriffe und Störsender seit dem 20. März nicht mehr ausgestrahlt werden. Bislang war das Programm des staatlichen irakischen Auslandssenders abends auf der Kurzwellen-Frequenz 11787 KHz zu hören.

Von der Börse verbannt

Der unabhängige arabische Sender Al Jazeera wurde von der New Yorker Börse verwiesen. Das habe nichts mit der Kriegsberichterstattung zu tun, gab der Sicherheitsdienst als Begründung an. Vielmehr wären nur noch wenige Journalisten für spezielle börsenorientierte Wirtschaftsberichte zugelassen. Gleichzeitig vermeldete Reuters, dass die Website von Al Jazeera nicht mehr erreichbar sei. Der Sender selbst führte das auf eine Überlastung zurück. Nach Presse-Meldungen aus den USA handelte es sich um eine englischsprachige Attacke.

Schwarzes Internet

Unmittelbar nach Kriegsbeginn dokumentieren zahlreiche Journalisten mit „verdunkelten Webseiten“ im Internet ihre Ablehnung gegen den Irak-Krieg. Mit dabei: Journalistenportale, Verlage, Journalistenschulen und bekannte Journalisten. Mehr als 230 Journalistenseiten beteiligten sich auf ganz individuelle Weise an der Antikriegs-Aktion. Manche Journalisten färben ihre Webseiten schwarz, andere lassen einen Teil ihrer Website leer oder platzieren Antikriegsbanner. Darunter sind bekannte Journalistenportale wie www.newsroom.de, www.pressguide.de, www.auslandsreporter.de sowie die Rechercheplattform www.jourweb.com. Die Aktion wird von Peter Diesler vom Internetportal Journalismus.com zusammen mit dem Journalistenangebot www.pickings.de koordiniert unter: www.pickings.de/tiki/tiki-index.php?page=Krieg



Zum Kuckucksei mutiert

Urteil des Bundesverfassungsgerichts -
eine Niederlage für das Zeugnisverweigerungsrecht von Journalisten

Von Hans-Albert Stechl

Als „Weihnachtsgeschenk für Journalisten“ hat der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Hans Christian Ströbele, noch im Dezember 2001 die geplante Erweiterung des Zeugnisverweigerungsrechts für die Medien bezeichnet. Dieses „Geschenk“ ist nun kurz vor Ostern dieses Jahres zu einem veritablen Kuckucksei mutiert. Ins Nest der Journalistinnen und Journalisten gelegt hat es das Bundesverfassungsgericht.

Allerdings sah auch Ströbele schon damals einen „Wermutstropfen“, der in den im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat erzielten Kompromiss eingeflossen sei. Ursprünglich hätten die Journalisten nach dem Willen von Rot-Grün ein weitreichendes Zeugnisverweigerungsrecht erhalten sollen, etwa so wie Rechtsanwälte oder Bundestagsabgeordnete. Dies aber wurde im Vermittlungsausschuss aufgeweicht.

Bislang stand den Journalisten zum Zweck des Informationsschutzes ein Zeugnisverweigerungsrecht nur bei Materialien zu, die sie von Dritten erhalten haben. Dieses Recht ist auf selbstrecherchiertes Material ausgedehnt worden. Die Ausnahme hiervon: Wenn die entsprechenden Aussagen zur Aufklärung von Straftaten beitragen können, die eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr vorsehen. Dann wiederum gilt dieser Informantenschutz nicht. Der erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hat nun mit Urteil vom 12. März 2003 (Aktenzeichen: 1 BvR 330/96 und 1 BvR 348/99) Verfassungsbeschwerden gegen gerichtliche Entscheidungen zurückgewiesen, mit denen die Erteilung von Auskünften über die Verbindungsdaten der Telefongespräche von Journalisten angeordnet worden waren. Von den betroffenen

Journalisten wurde angenommen, dass sie mit mutmaßlichen Straftätern in Kontakt standen. Beschwerdeführer waren das ZDF und zwei seiner journalistischen Mitarbeiter sowie eine für das Magazin „Stern“ tätige Journalistin.

Die Sachverhalte: Für die ZDF-Sendung „Frontal“ recherchierten zwei Journalisten im Fall des Dr. Jürgen Schneider, der wegen Kreditbetruges in Milliardenhöhe und anderer Wirtschaftsstraftaten weltweit gesucht und später in den USA festgenommen wurde. Die Journalisten waren in den Besitz einer Tonbandkassette gelangt, auf der sich Dr. Schneider zu den gegen ihn geführten Ermittlungsverfahren äußerte. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft ordnete das Amtsgericht unter Berufung auf § 12 Fernmeldeanlagenengesetz an, dass die Telekom Auskunft über die Verbindungsdaten für einen Mobilfunktelefonanschluss des ZDF zu erteilen habe, um Aufschlüsse über den Aufenthaltsort des zu diesem Zeitpunkt noch flüchtigen Beschuldigten gewinnen zu können.

■ Auskunft über Verbindungsdaten

Im zweiten Fall hatte eine „Stern“-Journalistin wiederholt über Hans-Joachim Klein berichtet. Dieser war als Mittäter an einem terroristischen Anschlag der RAF auf die OPEC-Konferenz im Jahre 1975 verdächtig. Nach ihm wurde wegen dreifachen Mordes gefahndet. Die Staatsanwaltschaft erhielt einen Hinweis, dass die Journalistin erneut im Fall Klein recherchiere und zu diesem in Kontakt stehen könne. Das Amtsgericht ordnete unter Bezugnahme auf § 12 Fernmeldeanlagenengesetz die Auskunft über ihre Verbindungsdaten an, und zwar für abgehende wie für eingehende Gespräche. Klein wurde später auch



Foto: argus/Schroeder

aufgrund der so gewonnenen Daten lokalisiert und gefasst.

Das Bundesverfassungsgericht stellt in seiner Entscheidung zunächst fest, dass es sich in beiden Fällen um schwerwiegende Eingriffe in das Fernmeldegeheimnis gehandelt hat und dass diese nur dann verhältnismäßig (und damit zulässig) sind, wenn die Gegenbelange entsprechend gewichtig sind. Dabei hebt das Gericht naheliegenderweise bei dem Gewicht, das dem Strafverfolgungsinteresse zuzumessen ist, auf die Schwere und die Bedeutung der aufzuklärenden Straftat ab. Es müsse eine Straftat von erheblicher Bedeutung vorliegen und zudem ein konkreter Tatverdacht und eine hinreichend sichere Tatsachenbasis für die Annahme gegeben sein, dass der durch die Anordnung Betroffene (also der abgehörte Journalist) mit dem Beschuldigten über Telekommunikationsanlagen in Verbindung steht, also als Nachrichtenmittler tätig wird.

Sodann kommt das Gericht zur entscheidenden Abwägung, da es den bestehenden Eingriff in die Presse- und Rundfunkfreiheit ge-

Abgehört – Recherche von Journalisten als Instrument der Strafverfolgung

gen das Strafverfolgungsinteresse des Staates in Beziehung setzen muss. Dabei wird vor allem wie folgt argumentiert: Der verfassungsrechtliche Schutz der Informationsbeschaffung durch die Medien finde seinen tieferen Grund in deren Beitrag für die Information der Bürger und für die darauf aufbauende individuelle und öffentliche Meinungsbildung. Aber auch die Tätigkeit der Strafverfolgungsbehörden liege im öffentlichen Interesse. Dass das Strafverfolgungsinteresse grundsätzlich hinter dem Rechercheninteresse der Medien zurückzutreten habe – dafür sieht das Gericht keinerlei verfassungsrechtliche Begründung. Umgekehrt lasse sich auch nicht in abstrakter Weise feststellen, dass das Strafverfolgungsinteresse generell dem Interesse der Medien vorgehe. Vielmehr, so das Gericht, ist es angesichts der Vielgestaltigkeit der durch die Medien beeinflussten öffentlichen Kommunikation und der darauf bezogenen Aktivitäten Sache des Gesetzgebers, über die Anlässe und Reichweite einer Freistellung von Journalisten von strafprozessualen Maßnahmen zu entscheiden.

■ **Recherche – häufig wesentlich erschwert**

Presse- und Rundfunkfreiheit dürften dabei nicht nur vom Blickpunkt der Medien aus gesehen und nicht als umfassende Privilegierung für jegliche der Nachrichtensammlung und Nachrichtenverbreitung dienende Handlung verstanden werden. Es bedürfe der Abwägung durch den Gesetzgeber, ob und inwieweit die Erfüllung der publizistischen Aufgaben einen Vorrang der Medienfreiheit gegenüber dem Interesse an einer rechtsstaatlich geordneten Rechtspflege rechtfertigt und wie weit die Presse- und Rundfunkfreiheit ihrerseits an diesem Interesse ihre Grenzen findet.

Auch wenn im Einzelfall künftig abzuwägen und richterlich überprüft werden muss, wie weit das

Strafverfolgungsinteresse gegenüber dem Interesse der Medien an der Geheimhaltung ihrer Recherchen zurücktreten muss, so bleibt dennoch festzuhalten: Diese Entscheidung stellt letztendlich eine Niederlage für das Zeugnisverweigerungsrecht der Journalisten dar. Zwar hängt die zulässige Überwachung von Telefongesprächen von Journalisten von drei gravierenden Faktoren ab: Erstens von der Schwere und Bedeutung der aufzuklärenden Straftat, zweitens von einem konkreten Tatverdacht gegen die konkrete Person, deren Aufenthaltsort ermittelt werden soll, und drittens von einer hinreichend sicheren Tatsachenbasis für die Annahme, dass der zu überwachende Journalist mit dem mutmaßlichen Straftäter überhaupt in Verbindung steht. Trotzdem: Auch wenn damit die Maßlatte für die richterliche Erlaubnis einer Überwachung recht hoch gelegt ist und Richter künftig jeden Einzelfall sorgfältig abwägen müssen – sicher ist: gerade in brisanten Fällen, die in der Öffentlichkeit großes Interesse wecken (was in der Regel ja gerade bei schweren Straftaten der Fall sein dürfte) wird die Recherche und die Informationsbeschaffung für Journalisten wesentlich erschwert, da kein gesuchter mutmaßlicher Straftäter mehr mit einem Journalisten telefonieren wird, läuft er doch Gefahr, gerade durch dieses Telefonat sich zu verraten. Wenn Informanten damit rechnen müssen, dass ihre Telefongespräche mit Journalisten aufgezeichnet, ihre Nummer registriert und ihre Bewegungen verfolgt werden, dann wird Recherche in diesen Fällen erschwert, zum Teil unmöglich gemacht. Vertrauensschutz zu Informanten aber ist integraler und unverzichtbarer Bestandteil journalistischer Arbeit.

■ **Zweifel in der praktischen Umsetzung**

Entsprechend kritisch sind die Reaktionen auf dieses Urteil ausgefallen. „Stern“-Chefredakteur Osterkorn erklärte: „Wenn sich Informanten in Zukunft nicht mehr hundertprozentig sicher sein können, dass Telefonate mit Journalisten nicht kontrolliert werden, können Journalisten ihrer Kontrollfunktion nicht mehr im nötigen Umfang gerecht werden.“ Das ZDF, das ebenfalls das Bundesverfassungsgericht in dieser Sache angerufen hatte, wertete das Karlsruher Urteil trotz der Zurückweisung seiner Verfassungsbeschwerde dahingehend, dass der erste Senat „erstmalig und ausführlich“ die engen Voraussetzungen für die Telefondatenüberwachung im Rahmen der Strafverfolgung beschrieben hätte.

Insofern wurde vom ZDF das Urteil als „ein wichtiger Beitrag für den Schutz von Journalisten gegenüber staatlicher Ausspähung und Ausforschung“ gewertet. ZDF-Indendant Schächter bezweifelt aber gleichzeitig, dass die strengen Anforderungen des Gerichts in der Praxis künftig überall beachtet werden. Er appellierte deshalb an den Gesetzgeber zu prüfen, ob künftig Journalisten von der Telefondatenüberwachung im Wege einer gesetzlichen Nachbesserung nicht ebenso ausgenommen werden sollten wie es heute schon Strafverteidiger und Parlamentarier sind – eine Forderung, die ver.di schon immer vertreten hat.

■ **Durch die Hintertür wieder ausgehebelt**

Auch der deutsche Presserat betonte, dass der Gesetzgeber nunmehr den Schutz von Journalisten vor Aktionen der Telefonüberwachung dringend verbessern müsse. Presseratsprecher Kay Sattelmair wies darauf hin, dass man seit Jahren für einen umfassenden Informanten- und Quellenschutz eintrete. Für ver.di betonte die dju-Bundesgeschäftsführerin Ulrike Maercks-Franzen, dass es schon bei der Neufassung des § 100 der Strafprozessordnung die Befürchtung gegeben habe, dass die an sich erfreuliche Neuerung des Zeugnisverweigerungsrechts, nämlich die Ausdehnung auf selbst recherchiertes Material, durch die Hintertür wieder ausgehebelt werden könnte – eine Befürchtung, die sich nun bewahrheitet hat. Journalistische Recherche dürfe nicht als „Vehikel der Strafverfolgungsbehörden mißbraucht“ werden. All diesen Anforderungen zum Trotz erklärte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries Mitte März, für eine Gesetzesänderung sehe sie keinen Grund. Eine Sprecherin der Ministerin teilte mit, dass auch die vielfachen Forderungen der Interessenverbände hier zu keinem Sinneswandel im Ministerium führen würden. Begrüßt hat das Karlsruher Urteil die FDP-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen. Jan Söffing, rechtspolitischer Sprecher der Fraktion, erklärte, dass nun die „dringend notwendige juristische Klarheit“ geschaffen sei. Um aber „größeres Mißtrauen“ zwischen Medien und den Strafverfolgungsbehörden zu vermeiden, plädierte er für ein „Spitzengespräch“ zwischen den beiden Gruppen als „vertrauensbildende Maßnahme“. Fragt sich nur, was ein „Spitzengespräch“ soll, wenn der „Spitzel“ womöglich schon in der Telefonleitung sitzt. ■

Beamte der Staatsanwaltschaft durchsuchen die taz-Redaktion in Bremen nach einem Bekennerschreiben der „Roten Zora“



Foto: Karsten Joost

Kein Grund, schwarz zu sehen

Menschen afrikanischer Herkunft in der Presse

Ein Medienkongress im Kölner Maritim Hotel rückte jüngst „Die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen afrikanischer Herkunft in der Medienberichterstattung“ in den Mittelpunkt.

Veranstaltet von dem in Düsseldorf und Bochum ansässigen Verein „All Afrika Forum“ (AAF) und unterstützt vom Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, spiegelt sich schon in der Themenstellung die Schwierigkeit, einen Begriff zu finden für die fokussierte vielgestaltige Bevölkerungsgruppe. Unter der bemühten Vermeidung einer möglicherweise auch nur in den Hauch eines Rassismusverdachts kommenden Hautfarbenbezeichnung sind mit dem Menschen afrikanischer Herkunft gleichermaßen die in Deutschland lebenden Afrikaner gemeint als auch die Kinder aus Mischehen mit Afrikanern sowie Personen, deren Wurzeln – wie etwa bei US-amerikanischen Soldatenfamilien – selbst nur entfernt auf dem afrikanischen Kontinent liegen. Aber immerhin umfasst diese Definition sowohl die regionale als auch die familiäre und kulturelle Herkunft aus Afrika.

Kein Wunder also, dass sich ein Workshop mit den Begrifflichkeiten befasste. Die Beiträge rückten indessen ein Fazit meist in weite Ferne, zeigten sie doch vor allen

Dingen die Irritation und den Kommunikationsbedarf über die Situation der Menschen afrikanischer Herkunft in Deutschland.

Auch der Blick auf die Medien – im Bereich Rundfunk und Fernsehen war Heinrich Bergstresser von der Deutschen Welle, im Bereich Printmedien der Journalistikprofessor Siegfried Jäger von der Universität Duisburg der renommierteste Referent – brachte im Bemühen um ein möglichst differenziertes Bild lediglich zu Tage, wie stereotyp und pauschalisiert die Berichterstattungsstandards doch noch sind – trotz der Fortschritte während der vergangenen Jahrzehnte, die Bergstresser und Jäger beispielreich illustrierten. Geradezu ernüchternd wirkte Jägers Vortrag, in dem er anhand von Pressebeispielen nicht nur aus „Bild“, sondern auch aus „Spiegel“ und „Focus“ zur anhaltenden Zuwanderungsdebatte in Deutschland veranschaulichte, wie nahezu jedweder Nicht-Weiße hier zu Lande Gefahr laufen kann, als potenzieller Asylant diffamiert zu werden.

Der AAF-Vorsitzende Ingenieur Dr. Onyeama A. Oyi und der Architekt Dr. Emmanuel I. Ede ließen sich von den Realitäten nicht entmutigen, sondern suchten konstruktiv Ansatzpunkte für Änderungsmöglichkeiten. Dass dieses Ziel konsequent bedacht wurde, machte den Medienkongress zum Erfolg.

Manfred Loimeier ■



Foto: Roland Geisheimer/attentione

Polizeigewalt gegen Fotografen in Hessen

Vor dem Haupttor der Rhein-Main-Airbase protestierten am 29. März Gegner des Irak-Krieges mit einer Sitzblockade. Während einige Polizisten die Blockade beseitigten, sah der Fotograf Roland Geisheimer wie mehrere Polizisten auf den Journalistenkollegen Wolfgang Truckenbrodt losgingen. „Der Kollege wurde geschlagen, mit seiner Krawatte gewürgt und zu Boden geworfen“, beschreibt Geisheimer den gewalttätigen Übergriff der Polizei. Bei dem Versuch, die Szenerie zu fotografieren, wurde Geisheimer von mehreren Beamten der hessischen Bereitschaftspolizei „geschubst, getreten und in die Rippen geboxt“. Schließlich hätten die Beamten auf seine Kamera geschlagen und ein Objektiv (Wert 600 Euro) zerstört. „Aggressiv brüllend“ machten die Polizisten Geisheimer klar, dass er jedes weitere Fotografieren unterlassen solle. Geisheimer erstattete Anzeige bei der Frankfurter Staatsanwaltschaft wegen Nötigung, Sachbeschädigung und Körperverletzung. Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union verurteilt den Gewaltakt gegen die zwei Fotografen auf das Schärfste. „Die Beobachtung von Demonstrationen und anderen öffentlichen Ereignissen ist kein Straftatbestand, sondern ein unveräußerliches Grundrecht“, heißt es in einer Pressemitteilung der dju. „Die Behinderung der Arbeit von Journalisten verstößt gegen die Verfassung“ und es sei Aufgabe der Exekutive, dafür zu sorgen, dass diese Grundsätze einer demokratischen Gesellschaft geachtet würden. ■

Anzeige

Zur Verkündung der Bilanzen:

Vorstand der Axel Springer Verlag AG. V.l.n.r.: Hubertus Meyer-Burckhardt, Rudolf Knepper, Dr. Mathias Döpfner, Steffen Naumann und Dr. Andreas Wiele.



Foto: Jose Giritbas/images.de

Gute Nachrichten in schlechten Zeiten?

Unterschiedliche Blickwinkel auf die Bilanzen von Springer und Bertelsmann

Wie fast alle deutschen Medienkonzerne ächzten auch der Axel Springer Verlag und die Bertelsmann AG im vergangenen Jahr unter der Rezession in der Medienbranche. Bei der Vorstellung ihrer Bilanzen wurde sichtbar, dass die eingeschlagenen Sanierungsstrategien sich durchaus in Nuancen unterscheiden.

Im Axel Springer Verlag werden neuerdings kleinere Brötchen gebacken. Die Krise macht die Manager in Europas größtem Zeitungshaus bescheiden. „Es ist nicht die Zeit für hochfliegende Visionen, sondern für bodenständige Zukunftssicherung“, so Vorstandschef Mathias Döpfner am 13. März auf der Bilanz-Presskonferenz für 2002. Nach dem schwarzen Jahr 2001, dem ersten in der Verlagsgeschichte mit negativem Abschluss, dürfen die Aktionäre wieder eine bescheidene Dividende kassieren – trotz eines dreiprozentigen Umsatzrückgangs.

Negative Leserantwort

61 Millionen Euro Gewinn erwirtschaftete Springer im vergangenen Jahr – kein schlechtes Ergebnis inmitten der schweren Branchenkrise, deren Ende noch längst nicht in Sicht ist. Immerhin waren bei Springer im Vorjahr Verluste von fast 200 Millionen Euro aufgelaufen. Für Springer-Vorstandschef Mathias Döpfner ist die Rückkehr in die Gewinnzone Grund zum Jubel.

Axel Springer, so frohlockte er, sei als eines der ersten Unternehmen von der Medienkrise mit roten Zahlen betroffen gewesen und jetzt als erstes Medienunternehmen wieder mit positiven Zahlen aus der Situation hervorgegangen: „Früh rein, früh raus aus der Krise“. Die vergleichsweise schnelle Erholung ist

allerdings nicht unbedingt auf besonders hohe unternehmerische Kreativität zurückzuführen. Vielmehr hat sich Springer in der Branche als knochenharter Sanierer profiliert. Was nicht zum Kerngeschäft gehört, wurde und wird verkauft. Was keine oder zu geringe Rendite abwirft, kurzerhand eingestellt. Zuletzt verscherbelte der Konzern seine Buchverlagsgruppe Ullstein Heyne List an die Bertelsmann-Tochter Random House.

Für die Konzernmitarbeiter dagegen war 2002 unter dem Strich eher ein schlechtes Jahr. Allein im Jahr 2002 wurden 1038 Jobs bei Springer abgebaut, „in konstruktiver Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat“ (Döpfner). Jeder vierte davon fiel der redaktionellen und verlegerischen Zwangsfusion der Tageszeitungen „Welt“ und „Berliner Morgenpost“ zum Opfer. „Wir sind mit der Zusammenführung der Redaktionen, auch was die negativen Effekte auf die Blätter selbst betrifft, absolut positiv überrascht worden, es ist ausgesprochen pragmatisch und sehr, sehr gut umgesetzt worden“, verkündet Döpfner.

Und auch unter publizistischen Gesichtspunkten erscheint die Fusion zweier bislang selbständiger Redaktionen nicht überzeugend. Zuletzt suchte sich der neue Doppelchefredakteur Jan-Eric Peters in peinlichster Manier als bedingungsloser Vasall der US-amerikanischen Militäraktion gegen den Irak zu profilieren. Auf die Frage: „Mit den Amerikanern oder gegen sie?“ fand er in den beiden von ihm verantworteten Blättern die identische Antwort: „Die Entscheidung der Welt steht fest.“ – „Die Entscheidung der Berliner Morgenpost steht fest“. Die Leser mögen diese Art von konzerninternem „Pluralismus“ offenbar nicht. Die „Morgenpost“ hat

seit der Fusion trotz aufwendigem Relaunch weiter leicht an Auflage verloren. Bei der „Welt“ nimmt die Auflagentalfahrt inzwischen dramatische Züge an: Innerhalb eines Jahres sank die Zahl der verkauften Exemplare um 40.000 auf Ende 2002 nur noch 211.000.

Lukratives „Pop Idol“

Auch bei Bertelsmann wird aufgeräumt. Nach dem spektakulären Rauswurf von Thielen-Vorgänger Thomas Middelhoff im vergangenen Sommer besinnen sich die Gütersloher verstärkt auf ihr sogenanntes Kerngeschäft: Verlage, Fernsehen, Musik. Das Internet-Engagement wurde drastisch reduziert, spielt allenfalls noch eine Rolle als Vertriebs- und Marketingplattform für die einzelnen Geschäftsbereiche. Bis auf die in der Direct Group organisierten Buch-Clubs schreiben alle Sparten wieder schwarze Zahlen. Das gilt vor allem für die RTL Group. „Europas Nummer Eins in TV, Radio und Fernsehproduktion“ erwirtschaftet mit knapp elf Prozent die höchste Rendite und steuert fast ein Viertel des Konzernumsatzes bei. Besonders viel Freude machte den Bertelsmännern das internationale Format „Pop Idol“, hierzulande besser bekannt unter dem Titel „Deutschland sucht den Superstar“. Vorstandschef Gunter Thielen reihte geradezu schwärmerisch die Perlen der imposanten Wertungskette auf: „Von der Produktion des Konzepts durch die Firma Freemantle über die Ausstrahlung bei RTL bis hin zur Musikproduktion durch BMG und zum Vertrieb begleitender Produkte durch Arvato und die Direct Group waren fünf Unternehmensbereiche an diesem Format und seinem Erfolg beteiligt.“ Eine Erfolgsstory, die zu-

Betriebsrat fordert ausgewogene Berichterstattung

Der Gesamt- und Konzernbetriebsrat Axel Springer forderte in einem Offenen Brief Vorstand und Chefredakteure auf, „endlich für eine ausgewogene Berichterstattung über Krieg und Frieden“ in den Springer-Blättern zu sorgen. Kritisiert wird die „überwiegend einseitige Berichterstattung“. Der Irak-Krieg werde „uneingeschränkt befürwortet, die amerikanisch-britische Regierungslinie werde „kritiklos übernommen“. „Und dabei wird Populismus schlimmster Art betrieben.“ Als Beispiele werden Schlagzeilen wie „Blut für Öl, aber ja doch“ oder „Saddam verpiss Dich“ genannt. Weltweite Protestaktionen gegen diesen Krieg würden sich kaum widerspiegeln. Wer bei Springer gegen den Krieg sei, werde als Antiamerikanist gescholten und an das 3. Essential der auch in den Arbeitsverträgen verankerten Unternehmensgrundsätzen erinnert, wonach Springer uneingeschränkt zum transatlantischen Bündnis stehe.

dem weitergeschrieben wird. Nach Angaben Thielen verhandelt die Produktionsfirma mit 50 Ländern über den Verkauf der Lizenz für das Format.

Durch den Erwerb von mehr als 47,5 Prozent bei n-tv bekam die grosse RTL-Fernsehfamilie weiteren Zuwachs. Auch das bisherige Sorgenkind, die Musiktochter BMG, ist durch einen rigorosen Sparkurs wieder im Aufwind. Allerdings drückt der bereits vor Jahren eingefädelt milliardenschwere Kauf der Plattenfirma Zomba auf die Bilanz.

Zum konzerninternen Zwist über die Rolle der Eigentümerfamilie Mohn bei Bertelsmann versicherte Thielen, Firmenpatriarch Reinhard Mohn

und seine Frau Liz hätten keineswegs vor, die Geschäftspolitik an sich zu ziehen. Allein die unternehmerische Kompetenz entscheide über den Erfolg eines Unternehmers.

Die Rolle der Familie Mohn, so Thielen, bestehe vor allem darin, die Unternehmenskultur zu wahren und weiterzuentwickeln. Als Beispiel für eine intakte Unternehmenskultur nannte der Vorstandschef eine konzerninterne Umfrage. Bei der „ersten weltweiten Mitarbeiterbefragung“ im vergangenen Jahr hätten mehr als 10.000 Bertelsmann-Mitarbeiter ihre Ansichten über Betriebsklima, Berufszufriedenheit und Konzernleitung geäußert. Eine „sehr grosse Mehrheit“ der Mitarbeiter

sei demnach mit ihrer Arbeit bei Bertelsmann zufrieden. Viele hätten aber auch „kritisch angemerkt, dass sie sich manchmal wünschen würden, noch stärker in die Entscheidungsprozesse einbezogen zu werden, noch öfter gehört zu werden“. Entgegen den Massentlassungen oder „sozialverträglichen“ Arbeitsplatzabbau in anderen Medienbetrieben stieg die Zahl der Bertelsmann-Mitarbeiter im Laufe des Jahres 2002 sogar leicht an: von 80.296 auf 80.632 Beschäftigte. Im laufenden Geschäftsjahr rechnet der Bertelsmann-Boss mit höheren Gewinnen, allerdings bei stagnierenden Umsätzen.

Günter Herkel ■

Jedes achte Buch von Bertelsmann

Zunehmender Druck auf kleinere Verlage – Kartellentscheidung noch offen

Auf die Titelseiten der Zeitungen hat es der Vorgang nicht einmal im Wirtschaftsteil gebracht. Dabei hätte er große Aufmerksamkeit verdient. Die Rede ist von der Übernahme der Buchgruppe des Springer-Verlags „Ullstein-Heyne-List“ durch den Bertelsmann-Konzern. Dieser Kauf wird die deutsche Buchsparte nachhaltig verändern. Zum Schlechten, wie man befürchten muss.

Sollte der Verkauf von den Kartellbehörden genehmigt werden, entstünde ein Bücherriese, der 2001 mit 600 Beschäftigten einen Gesamtumsatz von 421 Millionen Euro auf sich vereinigt hat. Die nächstgrößeren Konzerne Weltbild und Holtzbrinck setzten 198 bzw. 175 Millionen um (davon 83 Millio-

nen über die gemeinsame Tochter Doerner-Weltbild). „Random House“ würde zu einem Gebilde aus 43 Verlagen aufsteigen und käme auf einen Marktanteil von elf bis zwölf, bei Taschenbüchern fast 40 Prozent.

Weshalb steigt Springer aus dem prestigeträchtigen Buchgeschäft aus? Der Hamburg/Berliner Konzern hatte 2001 einen Verlust von 198 Millionen Euro eingefahren; 46 Millionen davon stammten von Ullstein-Heyne-List. Das Jahr 2002 hat für den Gesamtkonzern zwar wieder einen Profit von 61 Millionen gebracht, die Buchsparte aber hat nur mit Mühe ein Null-Ergebnis erzielt.

Buchverlage leiden unter einem stagnierenden und neuerdings schrumpfenden Markt. 2002 ist der Buchumsatz erstmals absolut (um minus zwei Prozent) gesunken, und auch das neue Jahr hat im Januar/Februar Umsatzverluste von zwei bzw. drei Prozent gebracht. Das ist eigentlich paradox, denn seit Anfang der Neunzigerjahre ist die Zahl der Neuerscheinungen von Jahr zu Jahr, von 67.000 in 1993 auf 90.000 in 2001, gestiegen. Folge: Der Markt ist überschwemmt, die Einzelaufgaben sinken im Durchschnitt. Die Reaktion der Großverlage ist simpel: Bestseller, Bestseller und nochmal Bestseller. Inzwischen zeigt sich aber, dass auch das keinen Erfolg garantiert: Die Rowlings, Grisham & Co bringen zwar Auflagen jenseits der hunderttausend, dafür sind aber enorme PR-Kampagnen erforderlich. Außerdem erreichen die Gagen absurde Ausmaße. Während unbe-

kannte Schriftsteller mit Minihonoraren zufrieden sein müssen, kassieren Fließbandschreiber wie John le Carré, Hera Lind oder Dieter Bohlen Millionen Euro pro Buch. Solche Kosten lassen sich trotz hoher Auflagen nur schwer amortisieren.

Hohe Zahl an Pleiten

Vor diesem Hintergrund ist eine weit greifende Umschichtung auf dem Buchmarkt in Gang gekommen. Springers Ausstieg war nur der spektakulärste Fall. Die Holtzbrinck-Gruppe hat finanzielle Probleme und musste sich unter anderem von den Schulbüchern und Teilen ihrer Fachbuchverlage trennen. Der Süddeutsche Verlag würde gerne seine Fachverlage (Hüthing) loswerden, und die FAZ-Gruppe bietet ihre Buchsparte (DVA, Prestel und Kösel) zum Kauf an.

Zur Marktberingung gehört auch die hohe Zahl an Pleiten. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit umfasst die Liste der seit Anfang 2002 insolvent gegangenen oder geschlossenen Buchverlage folgende Namen: Falken, Mosaik, Haffmanns, Weichert, Könemann, Jünger, Bleicher, Courier, Espresso, Baumhaus, E.A. Seemann, Edition Leipzig, Henschel, Achterbahn, Blackwell.

Bislang ist die Buchsparte in Deutschland von relativer Vielfalt geprägt. Von den etwa 2000 Verlagen sind 90 Prozent selbstständig. Die Masse davon sind jedoch ohne Einfluss auf das Marktgeschehen. Die hundert größten Verlage liefern

Random House

Die wichtigsten Verlage in der neuen Buchgruppe Random House

Bisherige Bertelsmann-Verlage:

Albrecht Knaus
Bassermann
Berlin Verlag
Berliner Taschenbuchverlag
Blanvalet
Blessing
C. Bertelsmann
C. Bertelsmann Jugendbuch
Goldmann
Gütersloher Verlag
Luchterhand
Orac
ORBIS
Prisma Electronic Publishing
Riemann
Siedler

Bisherige Springer-Verlage:

Ansata
Bucher
Claassen
Diana
Econ
Heyne
Heyne Taschenbuch
Integral
List
List Taschenbuch
Ludwig
MvS
Propyläen
Ullstein
Ullstein Taschenbuch
Sportverlag
Südwest
Weltkunst
Zabert Sandmann

Dr. Gunter Thielen (l.), Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann AG und Rolf Schmidt-Holtz (r.) ceo der Bertelsmann Music Group



etwa 85 Prozent aller Bücher, der Marktführer Random House – künftig – allein elf bis zwölf Prozent

Für Bertelsmann macht der Deal mit Springer nur Sinn, wenn damit die Produktions- und Verkaufsbedingungen für die eigenen Bücher verbessert werden können. Man wird deshalb mit noch mehr Druck versuchen, schwächere Verlage aus den Buchläden und vor allem aus den Schaufenstern und den Auslagen zu verdrängen. Das könnte auch gelingen, denn Random House ist die größte Buchverlagsgruppe der Erde und hat den fünftgrößten Medienkonzern im Hintergrund. Mit seinem Machtzuwachs durch

den Aufkauf der Springer-Verlage wird er noch stärker mit Rabatten und schrägen Absprachen die Bedingungen bestimmen können. Das gilt besonders bei den großen Sortimentern (Thalia, Hugendubel und anderen), bei denen Qualitätsverlage bis zu 70 Prozent ihrer Produktion absetzen.

Wenig erfreulich sind auch die Aussichten für die Beschäftigten. Bertelsmann hat gezeigt, wie rücksichtslos man auch bei Buchverlagen zulangen kann: Der hessische Falken-Ratgeberverlag ist erst aufgekauft, dann eingedampft, anschließend mit dem Münchner Mosaik-Verlag verschmolzen worden. Als

ein Verkauf an die Ganske-Gruppe (Gräfe & Unzer u.a.) gescheitert war, ist der Laden Anfang 2002 dicht gemacht worden. 125 Beschäftigte haben ihren Arbeitsplatz verloren. Nach dem Kauf der Springer-Verlage sei „über Personalabbau noch nicht entschieden“ worden, verkündete Joerg Pfuhl, der Vorstandsvorsitzende von Random House Deutschland. Das wäre auch verfrüht, denn der Deal ist kartellrechtlich noch offen. Was nach einer Genehmigung käme, müsste sich zeigen. Auch den Verkauf verlustträchtiger Verlage hat Pfuhl nur „zunächst“ ausgeschlossen.

Gert Hautsch ■



Foto: Werner Bachmeier

Wo Sanierer den Ton angeben

„Süddeutsche Zeitung“ muss weiter sparen – NRW-Beilage gestrichen

Nach Bekanntwerden negativer Geschäftszahlen und rapider Sparüberlegungen des Süddeutschen Verlages gingen im Dezember vergangenen Jahres 500 Beschäftigte der Redaktion und des Verlages der „Süddeutschen Zeitung“ aus Protest auf die Straße.

Wie man sich wehrt, so geht man, könnte der neue Krisenslogan lauten. Denn: Unter Spar- und Druck ihrer Verlage proben einige Redaktionen die Gegenwehr. Zwar ist die nicht immer auf Anhieb erfolgreich, doch sie stärkt das Rückgrat, verhilft zu aufrechtem Gang und – verhindert womöglich weitere Gemeinheiten.

Das ist allerdings ein Euphemismus angesichts der Einschnitte, die bei vielen überregionalen Zeitungen schon an die inhaltliche Substanz gehen. Nicht mehr die journalistische Qualität steht im Mittelpunkt, sondern „rentierliche Auflage“, geht es nach dem Willen der Verlags-sanierer. Und die haben klar das Kommando übernommen, wie das Beispiel „Süddeutsche Zeitung“ zeigt. Bislang bestand das funktionierende Macht-Dreieck aus den Besitzern (fünf Familienclans), der Verlagsleitung und der Chefredaktion. Doch seit dem Einstieg der Südwestdeutschen Medien-Holding (SWMH) mit 18,75 Prozent gibt ein „Lenkungs-

ausschuß“ den Ton an. Dieses dreiköpfige Gremium unter Vorsitz des SWMH-Vertreters Oliver Carsten Dubber fungiert quasi als operativer Aufsichtsrat und ersetzt offenbar ein einstimmiges Gesellschaftervotum.

Zumindest sollen die Altbesitzer für drei Jahre einen Teil ihrer Macht für einen dreistelligen Millionenbetrag an das Gremium unter Neubesitzer-Führung abgeben haben. Das Geld wird dringend gebraucht, denn 2002 hat die „SZ“ 34 Millionen Euro Miese gemacht, die Fachpublikationen des Süddeutschen Verlages sogar noch mehr. „Die weiter zurückgehenden Erträge, insbesondere der sich fortsetzende Einbruch im Stellenmarkt hätten ... zusätzliche ergebnisverbessernde Maßnahmen notwendig gemacht und letztlich keine andere Wahl als die Einstellung des Verlustbringers gelassen“, zitiert die „SZ“-Unternehmenskommunikation Zeitungsgeschäftsführer Hans Gasser.

Der verkündete am 13. März das sofortige Aus für die erst 14 Monate

zuvor gestartete NRW-Beilage und damit die Entlassung der 20 Düsseldorfer SZ-Redakteure. Die Unruhe und Empörung der Münchner Redaktion entlud sich in der Wochenendausgabe in mehreren kritischen Artikeln in eigener Sache – erstmals wäre beinahe das fast 50 Jahre alte „Streiflicht“ auf Seite 1 ausgefallen. Grundtenor des Protestes: „Die Qualität darf nicht leiden!“. Chef-Sanierer Klaus Josef Lutz versprach in einem Interview, künftig nur „gemeinsam mit der Redaktion und dem Lenkungsausschuß“ ein Spar-Konzept zu erarbeiten. Offenbar waren auch einige der Gesellschafter dagegen, die NRW-Beilage einzustellen, wie ein Leserbrief (!) von Johannes Friedmann (die Familie ist zu 18,75 Prozent SZ-Mitbesitzer) zeigte.

Unter diesem Druck wird nun das existierende Sparkonzept der Unternehmensberatung Roland Berger nicht weiter – wie geplant – umgesetzt. Dort waren fürs Gesundschumpfen in München auch die Einstellung des SZ-Magazins und der Wochenendausgabe vorgesehen. Nach den jüngsten Protesten beeilte sich der Lenkungsausschuß zu versichern, niemand habe Interesse, „die Redaktion kaputt zu sparen“. Trotzdem bleibt ein Fehlbetrag von fünf Millionen Euro für dieses Jahr. Der wird wohl doch noch auf dem Rücken der Redaktion ausgeglichen. Nach Entlassung von 900 Redakteuren, Layoutern, Technikern und Sekretärinnen im vergangenen Jahr und massiven Honorarkürzungen ist personell eigentlich das Ende der Fahnenstange erreicht. So bleibt nur noch ein zweiter Anlauf zum freiwilligen Gehaltsverzicht. Der könnte, so Insider – diesmal eine Mehrheit finden und bei „sechs bis acht Prozent“ liegen.

Mario Purschwitz ■

Oberfränkische Lösung verhindert WAZ-Einstieg

„Fränkischer Tag“ von E. C. Baumann übernommen

Im Viereck zwischen Bayreuth, Bamberg, Kulmbach und Coburg soll alles so bleiben wie es ist. Obwohl, oder besser: Gerade weil das Zeitungshaus „Fränkischer Tag“ die Mehrheit am Druck- und Verlagsunternehmen E. C. Baumann übernommen hat. Der viel gepriesenen „oberfränkischen Lösung“ werden vermutlich dennoch Arbeitsplätze zum Opfer fallen. Besonders im Bereich Druck bei Baumann und bei der Mantelredaktion des „Fränkischen Tags“ machen sich die Kollegen Gedanken.

Der „Fränkische Tag“ mit Sitz in Bamberg hat seine Position in der nordbayerischen Zeitungslandschaft gestärkt, denn nun gehören ihm auch die beiden Baumann-Blätter „Bayerische Rundschau“ in Kulmbach und „Coburger Tagblatt“. Zu Baumann gehören außerdem eine Rollenoffsetdruckerei, eine Bogenakzidenzdruckerei und ein Fachverlag – insgesamt 450 Beschäftigte. Anfang des Jahres feierte der Baumann-Verlag sein 100-jähriges Bestehen. Durch die beiden Baumann-Zeitungen mit einer gemeinsamen Auflage von 31.000 Exemplaren erhöht sich die Gesamtauflage beim „Fränkischen Tag“ jetzt auf rund 106.000 Exemplare täglich. Es sei, so der geschäftsführende Herausgeber des „Fränkischen Tags“, Helmuth Jungbauer, dem Kulmbacher Verleger Horst Uhlemann hoch anzurechnen, dass er den Lockrufen der kapitalstarken, überregional agierenden Konzerne nicht stattgegeben habe.

Suche nach Synergieeffekten

Gemeint ist der WAZ-Konzern, der bereits seit Jahren versucht, in Oberfranken Fuß zu fassen. „Für die oberfränkische Zeitungslandschaft ist der Einstieg vom „Fränkischen Tag“ bei Baumann eine ganz vernünftige Lösung. Vor allem, weil so der Einstieg der WAZ in die Region verhindert worden ist,“ meint auch Annette Thiem-Lindner vom ver.di-Bezirk Oberfranken-Ost. Ausserdem hätte Baumann so nicht mehr überlebt, schätzt sie die Situation ein. „Wir haben sehr knapp vor der Insolvenz gestanden,“ bestätigt Dieter Ziegel Müller, Betriebsratsvorsitzender bei Baumann.

Nachdem Anfang März das Bundeskartellamt der Mehrheitsbeteiligung zustimmte, wird derzeit das Redaktionssystem vom „Fränkischen Tag“ bei den Baumann-Blättern eingeführt, und es werden die verschiedenen Geschäftsbereiche „durchleuchtet“. In einem Brief des neuen Verlegers an die Belegschaft heißt es, es werde „das Bemühen des „Fränkischen Tags“ sein, alle sich anbietenden Synergieeffekte konsequent zu nutzen“. Was genau das heißt, ist noch nicht bekannt, aber spekuliert wird unter den Mitarbeitern natürlich schon – besonders über den Bereich Druck bei Baumann und über die Mantelredaktion beim „Fränkischen Tag“ selbst.

Betriebsräte wollen Klarheit

Für den „Fränkischen Tag“ erstellen sieben Redakteure den Mantel für die sechs Lokalausgaben. Die beiden Baumann-Blätter wiederum beziehen ihren Mantel vom „Ring Nordbayerischer Tageszeitungen“ (RNT), zu dem auch der „Nordbayerische Kurier“ in Bayreuth und das „Obermain-Tagblatt“ in Lichtenfels gehören. Beim RNT, mit 14 Redakteuren, hält es jetzt mancher für eine logische Folge, dass der „Fränkische Tag“ über kurz oder lang den RNT verlässt und seine Baumann-Blätter von der eigenen Mantelredaktion beliefern lässt. Ein Ausstieg der Baumann-Blätter aus dem RNT würde aber vermutlich nicht nur dessen Ende, sondern vielleicht auch das Aus für die beiden anderen RNT-Partner „Nordbayerischer Kurier“ und „Obermain-Tagblatt“ bedeuten. Vorausgesetzt, es finden sich keine neuen Partner. Alle zusammen, die vier RNT-Blätter und der „Fränkische Tag“ kooperieren daneben noch bei der Anzeigengemeinschaft „Zeitungsring Oberfranken“. Die Auflösung dieser Strukturen kann kaum im Interesse des „Fränkischen Tags“ sein, dessen Verbleib im RNT Verleger Helmuth Jungbauer auch beteuert. Bleibt die Mantelredaktion beim „Fränkischen Tag“, befürchtet Annette Thiem-Lindner Personalkür-

zungen. Und der ver.di-Betriebsratsvorsitzende beim „Fränkischen Tag“, Karl-Heinz Kaiser weiß, dass „sich im Moment alle in der Redaktion Gedanken machen“.

Noch enger könnte es für den Druck-Bereich bei Baumann werden. Der kämpft schon seit ein paar Jahren ums Überleben, nachdem mehrere Großaufträge weggebrochen waren. Rund 160 Mitarbeiter hat der Bereich Druck bei Baumann insgesamt noch. „Die Zeitungsrotation bei uns ist 20 Jahre alt und nur mit tricksen ist ein Vierfarbendruck möglich,“ erzählt Werner Jopek, ver.di-Betriebsrat bei Baumann. Beim „Fränkischen Tag“ dagegen steht eine moderne CtP-Anlage.

Demnächst wollen sich die Betriebsräte vom „Fränkischen Tag“ und von Baumann mal zusammensetzen, und im Laufe des April soll ein Gespräch mit der Geschäftsleitung des „Fränkischen Tags“ für mehr Klarheit darüber sorgen, wie viel wirklich so bleibt wie es ist.

Karen Zoller ■

Anzeige

Unmut über Honorarverlust bei Wiederholungen

Sendeanstalten kommen ihren Auskunftspflichten gegenüber Autoren nicht nach

In Rechtsfragen ...

können sich Autoren an Mediafon wenden (Beratungsnetz für Selbständige in Medienberufen):
Telefon:
01805/75 44 44
E-Mail:
info@mediafon.net
Internet:
www.mediafon.net

In zahlreichen Fernseh- und Rundfunkanstalten gärt der Unmut. Oft erfahren Autoren nicht, wie oft ihre Beiträge wiederholt werden oder ob sie an andere Sender weitergegeben werden. Immer wieder gibt es Klagen von Kollegen, die nur durch Zufall erfahren, dass ihr Werk längst woanders gelaufen ist.

Eine grobe Missachtung gegenüber den Autoren, die für enorme Frustrationen sorgt. Darüber hinaus kann den Autoren durch die Nichtweitergabe von Sendedaten auch wirtschaftlicher Schaden entstehen. Gerade ein Werk, das sehr häufig wiederholt wird, kann durchaus unter die neue Bestsellerregelung fallen. Dann werden erneute Honorarzahllungen fällig. Doch weil der Autor ja gar nicht über die Wiederholungen und die Weitergabe an andere Sender informiert wird, kann er auch nicht feststellen, ob sein Werk ein Bestseller ist oder nicht. Gleiches gilt für die Meldungen an die Verwertungsgesellschaften.

«M» sprach mit dem Ministerialdirigenten aus dem Bundesministerium der Justiz, Dr. Elmar Hucko, über die aktuelle Rechtslage nach der Verabschiedung des neuen Urhebervertragsrechtsgesetzes (UrhG).

Können auch Fernseh- und Rundfunkautoren vom neu erfassten Bestsellerparagraphen profitieren?

Elmar Hucko: Ja, das neue Urhebervertragsrecht gilt für jeden Urheber, also auch für Autoren der Rundfunkanstalten. Nach dem neuen § 32 des UrhG hat jeder freie Autor gegen seinen Vertragspartner einen Anspruch auf angemessene Vergütung und nach dem neuen § 32a Anspruch auf weitere Beteiligung in Bestsellerfällen. Für angestellte Autoren hat ihr Arbeitsvertrag Vorrang (§ 43).

Um feststellen zu können ob ein Werk ein Bestseller ist, müssen die Autoren ja wissen, wann und wo ihr Werk überall gesendet wurde. Gibt es eine Pflicht auf Auskunft seitens der Sender?

Der Regierungsentwurf zum Urhebervertragsrecht sah noch ausdrücklich einen Auskunftsanspruch für Autoren vor, um sicher zu stellen, dass sie auch von den Sachverhalten erfahren, an den sie ihre Vergütungsansprüche anknüpfen können (§ 32 in der Fassung des Regierungsentwurfs/BT-Drs. 14/7564). Während der parlamentarischen Beratungen ist dieser Auskunftsanspruch dann aus dem Text gestrichen worden.

Aber das geschah nicht etwa deshalb, weil es solche Ansprüche nicht geben soll, sondern weil sie bereits kraft Richterrechts bestehen. Das gilt in solchen Fällen, in denen ein Anspruch nur nach einer Auskunft aus dem Bereich des Anspruchgegners gestellt oder beziffert werden kann und diese Auskunft auch zumutbar ist. Nach diesem Richterrecht kommt also auch ein Anspruch von Autoren gegen Rundfunkanstalten auf Auskunft in Betracht.

Was können Autoren tun, wenn sie nach Anfrage von den Sendeanstalten nicht über die Ausstrahlungen informiert werden?

Wenn ein Auskunftsanspruch besteht und die Auskunft nicht erteilt wird, kann der Auskunftsberechtigte seinen Anspruch auf dem Rechtswege durchsetzen. Das heißt: Er kann seinem Vertragspartner eine Frist setzen und danach eine Klage beim Zivilgericht erheben.

Viele Autoren sind Mitglieder von Verwertungsgesellschaften und erhalten über diese für jede Ausstrahlung Geld. Allerdings müssen sie selbst angeben, was wann und wo gesendet wurde. Haben sie diese Informationen nicht, verlieren sie Geld. Bietet das Urhebervertragsrecht auch hier Regelungen?

Das neue Urhebervertragsrecht hat sich im Wesentlichen nur mit der Frage der angemessenen Vergütung, also mit Ansprüchen zwischen den Autoren und ihren Vertragspartnern auf der Verwerterseite befasst. Zu dem hier angesprochenen Problem ist keine Neuregelung getroffen worden. Es handelt sich hier um

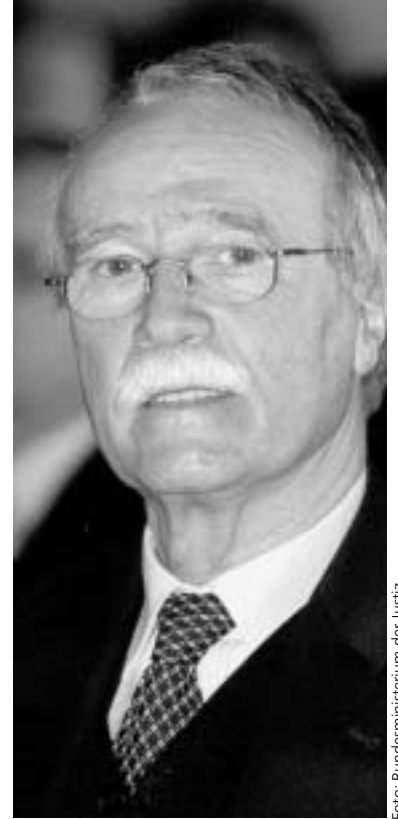


Foto: Bundesministerium der Justiz

**Dr. Elmar Hucko,
Ministerialdirigent aus dem
Bundesministerium der Justiz**

ein vom Urhebervertragsrecht unabhängiges allgemeines Problem, zu dessen Lösung der allgemeine richterrechtlich entwickelte Auskunftsanspruch in Betracht kommt.

Häufig gibt eine Sendeanstalt einen Beitrag an andere Sender weiter. Bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist dies durch den Programmaustausch geregelt. Muss der Autor nun alle Sendeanstalten in Deutschland um Auskunft ersuchen oder ist der Sender, mit dem er den Vertrag geschlossen hat, zur Meldung verpflichtet? Wenn durch die Nichtweitergabe dieser Daten dem Autor ein wirtschaftlicher Schaden entsteht, sind Sendeanstalten dann zu Schadenersatz verpflichtet?

Der von der Rechtsprechung entwickelte Auskunftsanspruch richtet sich primär gegen den Vertragspartner des Autors, also die Rundfunkanstalt, an die er einen Beitrag verkauft hat. An die muss sich der Autor wenden, wenn er Auskünfte benötigt, um Ansprüche nach dem Urhebervertragsrecht geltend machen zu können. Die Frage, was bei Nichterfüllung vertraglicher Haupt- oder Nebenpflichten die Folge ist, ist keine im Urheberrecht speziell geregelte. Hier handelt es sich um ein allgemeines vertragsrechtliches Problem, auf das das Bürgerliche Gesetzbuch Antworten gibt. Danach kommen bei Nichterfüllung bestehender Auskunftsansprüche auch Schadenersatzansprüche in Betracht. Es ist allerdings jeweils eine Frage der Umstände des Einzelfalles.

Das Gespräch führte
Johannes Höflich ■

Lust auf das Neue

**Erste Intendantin der ARD verkündete:
Keine Verlierer bei der Fusion zum RBB**

verkündete, es dürfe bei der Fusion keine Verlierer geben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beider Sender müssten „ohne Verlustängste“ in die Fusion gehen können. In den Sendern wurde das Signal mit Optimismus aufgenommen.

Unterdessen spitzen sich die Auseinandersetzungen um den Abschluss eines Überleitungstarifvertrages zu. Zum 1. Juni 2003 übernimmt der RBB die Gesamtrechtsnachfolge für ORB und SFB. Seit Monaten verhandeln ver.di und DJV mit den Geschäftsleitungen beider Sender um einen sozial verträglichen Übergang aller Beschäftigungsverhältnisse – fester wie freier – zum RBB. „Wir wollen erreichen, dass die mündlich gegebene Zusage eines Verzichts auf betriebsbedingte Kündigungen auch tatsächlich eingehalten wird“, sagt SFB-Personalratsvorsitzende Hanne Daum. Im RBB-Fusionsstaatsvertrag konnte ein Ausschluss solcher Kündigungen nicht verankert werden. Zugleich wollen die Gewerkschaften keine Aufspaltung der Belegschaften in Feste und Freie zulassen. Der von ihnen vorgelegte Tarifvertragsentwurf „zur Regelung der Folgen der Verschmelzung zum RBB für die Beschäftigten“ bezieht sich auf alle festen und arbeitnehmerähnlichen Mitarbeiter. Doch die Adressaten stellen sich bislang stur. Man sei für Verhandlungen zur Zukunftssicherung nicht kompetent, beschieden ORB- und SFB-Führung die Gewerkschaften. Und: Ein Übergangstarifvertrag dürfe keine Regelungen enthalten, „die den materiellen Inhalt der bestehenden Tarifverträge im SFB und im ORB verändern“. Zudem obliege es der künftigen Geschäftsleitung des RBB, Verhandlungen zur Herstellung einheitlicher Arbeits- und Vergütungsbedingungen aufzunehmen.

Sparsam gestrickt!

Mauertaktik also einerseits, Konterattacke andererseits: Der Gegenentwurf der scheidenden Geschäftsleitungen für einen Übergangstarifvertrag hat es in sich. Für die Zukunft der Freien enthält das Papier überwiegend unverbindliche Absichtserklärungen. Etwa das Gelöbnis, sich dafür einzusetzen, das „Gesamthonorarvolumen von SFB und ORB im Jahre 2003“ im künftigen RBB bis Ende 2004 nicht zu senken. Eine Beschäftigungssicherung „für eine Übergangszeit“ wird

nur einem eingeschränkten Kreis von Freien angeboten, nämlich solchen, „die in nennenswertem Umfang in beiden Häusern tätig sind“. Selbstverständlich nur „bei entsprechendem programmlichen Bedarf“.

Auch für die Festangestellten haben die Geschäftsleitungen ein paar „Bonbons“ parat. Die Gewerkschaften fordern beim Übergang zum RBB die Erhaltung bestehender Tarifverträge. Da die Einkommen und Honorare beim ORB um 20 Prozent unter denen des SFB liegen, erwarten sie eine Angleichung aller ORB-Verträge auf das SFB-Niveau. Ebenso die Verkürzung der Arbeitszeit, die beim ORB noch bei 40 Wochenstunden liegt. Von einer solchen Angleichung der Tarife mögen die Geschäftsleitungen nichts wissen. Sie plädieren für den Status quo bis zum Abschluss eines entsprechenden RBB-Tarifvertrags. Höhepunkt des offensichtlich von Sparkommissaren gestrickten Papiers: „Für Arbeitsverhältnisse, die nach Eintritt der Gesamtrechtsnachfolge begründet werden, gelten die Tarifverträge des ORB“. Also Angleichung nach unten statt nach oben. „Eine glatte Provokation“, findet Hanne Daum.

Immerhin: Erstmals signalisieren die Intendanten Bereitschaft, betriebsbedingte Kündigungen tarifvertraglich auszuschließen. Doch der Haken folgt im Nachsatz: Das Angebot ist gekoppelt an „Regelungen für den Vorruhestand“, die es erlauben, langjährig Beschäftigte bei gekürzten Bezügen in Pension zu schicken – bei dreimonatiger Kündigungsfrist. „Zwangspensionierung“, urteilt Daum. Es gebe „viele Mitarbeiter, die auch jenseits der 50 noch ihre Kreativität einbringen wollen“.

Vor der neuen Verhandlungsrunde Ende März standen daher die Zeichen auf Sturm. Innerhalb weniger Tage wurden allein im SFB 800 Unterschriften für die Kernforderungen der Gewerkschaft gesammelt. Angesichts der Blockadepolitik der scheidenden Geschäftsleitungen richten sich nun die Hoffnungen auf die neue Intendantin. Wenn Dagmar Reim die von ihr selbst geweckten Erwartungen auf eine „Fusion ohne Verlierer“ erfüllt, dürfte ihr die Unterstützung durch Gewerkschafter und Personalräte sicher sein. Der SFB-Personalrat jedenfalls wünschte Reim zum Start „eine glückliche Hand, Entscheidungsfreude und ausgeprägtes soziales Verantwortungsverständnis“.

Günter Herkel ■



Foto: SFB/Kindermann

**Dagmar Reim,
neue Intendantin des RBB,
erfreut und überrascht**

52 Jahre mussten vergehen, ehe erstmals eine Frau an die Spitze einer ARD-Anstalt gewählt wurde. Im Mai tritt die bisherige Hamburger NDR-Landesfunkhauschefin Dagmar Reim ihr neues Amt als Intendantin des neuformierten Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB) an. Bei der Fusion von ORB und SFB, so gelobte sie nach der Wahl, dürfe es keine Verlierer geben. Die Beschäftigten werden sie beim Wort nehmen.

Zwar galt Reim vor der Wahl als aussichtsreiche Kandidatin. Dennoch fiel ihr Sieg insofern überraschend aus, als WDR-Fernsehredirektor Ulrich Deppendorf seit Monaten als Favorit für den Posten gehandelt worden war. Zum Verhältnis wurden dem früheren Leiter des ARD-Hauptstadtstudios offenbar Mauscheleien mit den Regierungschefs von Berlin und Brandenburg. Sie sollen sich schon Monate vor der Wahl in Gesprächen mit Deppendorf auf ihren Lieblingskandidaten geeinigt haben. Die Räte demonstrierten „Staatsferne“ im besten Sinne und besorgten mit 21 von 30 Stimmen Dagmar Reim im vierten Wahlgang die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit.

In einer ersten Stellungnahme gab sich die frischgebackene Intendantin erfreut und überrascht zugleich. Die ihr übertragene Aufgabe sei nur dann zu lösen, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des künftigen RBB Lust auf das Neue hätten. Die Fusion laufe nicht nur auf die „Addition zweier Rundfunkhäuser“ hinaus, sondern müsse „etwas Neues kreieren“. Reim

Kein roter Teppich

Ein Fahmentuch mit Unterschriftenlisten anstelle des Roten Teppichs und ein Schilder-Spalier wiesen den Arbeitgebervertretern am 28. März in Potsdam-Babelsberg den Weg zu den Verhandlungen um den Überleitungsvertrag zur neuen Sendeanstalt RBB.

Beschäftigte und freie Mitarbeiter sowie Gewerkschaftsvertreter bekräftigten nochmals die Forderung, bei der Fusion von ORB und SFB die Rechte der Arbeitnehmer zu sichern und Tarif-Dumping nicht zuzulassen.

Der ORB-Freienrat weist darauf hin, dass der Tarifvertrag für „arbeitnehmerähnliche Personen“ unabhängig vom Verhandlungsstand gilt. In diesem sind unter anderem auch Ankündigungsfristen bei Beendigung der Tätigkeit, Urlaubsgeld, Krankengeld und ähnliche Fragen geregelt.

Die Verhandlungen sollen am 9. Mai beim SFB fortgesetzt werden.

Infos:
www.rundfunkfreiheit.de unter **Tarifpolitik / Tarifverträge**.

Saban – und dann?

Einstieg des Milliardärs bei ProSiebenSat.1 hinterlässt gemischte Gefühle

Medienunternehmer Haim Saban kaufte die Mehrheit an der ProSiebenSat.1 Media AG. Über seine genauen Pläne auf dem deutschen Markt ist noch nichts bekannt.



Foto: dpa

Der US-Investor Haim Saban hat die Mehrheit an der insolventen Kirch-Fernsehgruppe ProSiebenSat.1 Media AG gekauft. Ob der französische Sender TF 1 mit einsteigen wird, stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Der Springer-Verlag erhöhte seinen Anteil von 11,5 auf 13,5 Prozent. Ende März besiegelte Saban auch die Übernahme der Kirch'schen Filmbibliothek, eine der umfangreichsten der Welt. Damit hat der Medienunternehmer die Rechte über rund 18.000 Filme und Serien erworben.

Als im Frühjahr 2002 das Kirch-Imperium zusammenbrach, bestand die ernsthafte Möglichkeit, dass Rupert Murdoch und Silvio Berlusconi bestimmenden Einfluss auf die Mediengruppe erhalten würden. Beide waren am Kirch-Konzern beteiligt und bildeten zusammen mit zwei US-Investmentfonds und dem saudischen Milliardär Al-Waleed eine mächtige Interessengruppe von „Alteignern“. Dass sie bei der Kirch-Verwertung nicht zum Zuge gekommen sind, ist zu begrüßen.

Angesichts der realen Machtverhältnisse wäre es sicher sehr schwer gewesen, eine nicht profitorientierte Lösung durchzusetzen. Dass eine solche aber nie auch nur angesprochen worden ist – auch nicht von Gewerkschaftsseite – war erstaunlich. Modelle einer Stiftung, die den insolventen Konzern unter öffentlicher Kontrolle hätte weiterführen können, wären eine Erörterung wert gewesen. Selbst die Idee eines Verlegerfonds (Bertelsmann, Bauer & Co.) zur Übernahme von KirchMedia, wie sie zu Beginn der Insolvenz von Regierungsseite lanciert worden war, ist nie ernsthaft erwogen worden.

Chancen für Arbeitsplätze

Die Übernahme von ProSiebenSat.1 und der Filmbibliothek durch Haim Saban war erleichtert worden, als der Heinrich-Bauer-Verlag Mitte März als Mitbieter ausstieg. Der Zuschlag für Saban ist allseits begrüßt worden; selbst die Betriebsräte und ver.di/connex sehen bei ihm bessere Chancen für die Arbeitsplätze als bei Bauer. Als Argumente werden genannt: Die monatelange Unsicherheit habe ein Ende. Saban habe Erfahrung im Fernseh- und Filmgeschäft und gute Verbindungen nach Hollywood. Saban werde Filmbibliothek und –

rechthandel weiterentwickeln, Bauer wollte sie eher stützen. Bei Saban bestehen keine kartellrechtlichen Schwierigkeiten.

Haim Saban hat sich zu seinen Plänen auf dem deutschen Medienmarkt bisher kaum geäußert. Niemand kann sagen, was von den genannten Erwartungen Wirklichkeit wird. Zu bedenken ist aber folgendes: Sabans geschäftlicher Erfolg beruht hauptsächlich darauf, dass er Medienbetriebe entwickelt und dann günstig weiterverkauft hat. Das ist auch nach dem Einstieg bei der deutschen Fernsehgruppe möglich. Seinen größten Coup hat Saban zusammen mit Rupert Murdoch gelandet: den Verkauf von Fox Kids an Disney. Die Partnerschaft besteht auch heute noch. Mit dem Einstieg Sabans gewinnt erstmals ein internationaler Investor bestimmenden Einfluss auf deutsche Medien – noch dazu aufs Privatfernsehen. Wie gefährlich das ist, hat Murdochs weltweite Medienkampagne für den Irakkrieg gezeigt.

Der Verleger Heinz Bauer war eine wenig überzeugende Alternative zu Haim Saban. Er ist ein klerikaler Reaktionsär, der im Dauerstreit mit seinen Betriebsräten liegt. Saban gehört zum so genannten „liberalen“ Amerika, sprich zum Spektrum der demokratischen Partei. Aber er steht in der Tradition des US-Unternehmertums, für das die Rechte von Beschäftigten wenig gelten. Es ist nicht ersichtlich, weshalb er mehr Rücksicht auf deren Interessen nehmen sollte als Heinz Bauer das getan hätte.

Beunruhigend sind die Verbindungen Sabans zum internationalen Medienkapital und speziell zu Rupert Murdoch. Nicht nur, weil ein Weiterverkauf der Fernsehgruppe denkbar ist, sondern auch, weil globale Profitinteressen und Managementstrategien einen höheren Stellenwert gewinnen werden. Eine Bindung zu Medien hat Haim Saban nicht; sie sind für ihn Investitionsobjekte.

Um so wichtiger wäre es, dass die Medienpolitik in Bund und Ländern endlich stärkeren Einfluss auf das Geschehen gewinnt und insbesondere ihre Kontrollfunktion ernst nimmt. Statt dessen ist jedoch das Gegenteil der Fall: Konzentrationsregeln werden aufgeweicht, eine gestalterische Strukturpolitik wird abgelehnt. Der Einstieg Sabans hat womöglich Türen geöffnet.

Gert Hautsch ■

Digitalradio: Der Countdown läuft



Die einst als Digital Audio Broadcasting (DAB) gestartete „Zukunft des Hörfunks“ steht am Wendepunkt: Entweder gelingt es in den nächsten Monaten, alle Beteiligten zu verbindlichen Verabredungen über den Umstieg auf Digitalradio zu bewegen, oder die Zukunft fällt aus. Zumindest gab es in den letzten Wochen hoffnungsvolle Signale.

So bekannten sich die für Privatfunklizenzierung zuständigen 15 Landesmedienanstalten in einer Erklärung am 11. März zu digitalem terrestrischen Rundfunk und regten einen deutschlandweiten Digitalisierungsfonds an. Kombiniert mit „verbindlichen Steuerungsinstrumenten“, klaren Förderrichtlinien, preiswerten Geräten und attraktiven Inhalten könnte der Durchbruch erreicht werden. Ähnlich verlief die Debatte beim „Runden Tisch Digitalradio“, den der für Medienfragen zuständige rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck für den 24. März einberufen hatte. Er soll im Juni mit einer Beratung über konkrete Maßnahmen seine Fortsetzung finden. Trotzdem bleiben Zweifel: So widersprach ARD-Vorsitzender Jobst Plog der Darstellung der Initiative Marketing Digital Radio (IMDR), dass es den Öffentlich-rechtlichen „vor allem um die Finanzierung zusätzlicher DAB-spezifischer Angebotsformen“ gehe. Ob so der Analog-Digital-Umstieg beim Radio geschafft werde, „erscheint fraglich“, meinte der NDR-Intendant. how ■

Kreativität und Sozialer Dialog

Filmemacher setzen sich für kulturelle Vielfalt ein

Regisseure, Drehbuchautoren, Techniker und andere Beschäftigte bei Film- und Fernsehproduktionen aus 16 europäischen Ländern trafen sich vom 14. bis 16. Februar in Berlin im Haus des ver.di-Bundesvorstandes zu ihrer 6. Europäischen Konferenz auf Einladung der Euro-MEI (Medien Entertainment International – Internationale für Medien und Unterhaltung).

Die Teilnehmer sprachen sich einstimmig gegen „die Liberalisierung ... im Bereich Film und Fernsehen bei den Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO), des Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) und anderen internationalen Handelsorganen aus“. Sie plädierten dafür, dass „eine möglichst große Anzahl von Kreativen Erfolg haben und sich in lebendigen und vielfältigen Film- und Fernsehproduktionen ausdrücken möge.“ Deshalb billigten sie die in der vorhergehenden Woche in Paris verabschiedete „Louvre-Erklärung“, die die Sicherung der kulturellen Vielfalt zum Ziel hat.

Eingehend erörterten die Filmleute das Verfahren und die Inhalte für einen von der Europäischen Gemeinschaft unterstützten Sozialen Dialog mit den Arbeitgebern, für den audiovisuellen Bereich. Unter Leitung von Susanne Baekgaard, Generalsekretärin der dänischen Gewerkschaft der Beschäftigten des Filmsektors, die als Koordinatorin der EURO-MEI für die Produktionsseite am Sozialen Dialog teilnimmt, wurden Themenvorschläge diskutiert wie Arbeitsschutz und Gesundheit, Ausbildung und Qualifizierung sowie Gleichstellung.

Fernsehen ohne Grenzen

Klaus Hansen, Präsident der CEPI, der Vereinigung Europäischer Unabhängiger Produzenten, erklärte, dass Produzenten und Gewerkschaften zwar im Hinblick auf eine Reihe von Themen unterschiedliche Meinungen vertreten, sie sich in anderen Bereichen wie im Bereich der Produktionsförderung jedoch

einig seien. In diesem Zusammenhang habe Margret Möning-Raane, stellvertretende ver.di-Vorsitzende, nachdrücklich den Stellenwert des Sozialen Dialogs zur Verbesserung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen herausgestellt.

In einer Resolution wurde zur Wahrung der Grundprinzipien der zur Revision anstehenden „Fernsehen - ohne - Grenzen - Richtlinie“ aufgerufen. Das betrifft die Quotenregelung für europäische Produktionen ebenso wie die Definition des unabhängigen Produzenten und „europäischer Werke“. Eine neue Kino-Richtlinie sollte Forderungen nach Quoten ebenso wie die Sicherung und den Ausbau nationaler und europäischer Fördermaßnahmen enthalten. Beide Richtlinien wurden als europaweit geeignetes Mittel für mehr Beschäftigung in diesem Sektor erachtet.

Folgen der Digitalisierung

In ihrer Ansprache vor den rund 60 Teilnehmern wies Barbara O' Toole, MEP, unter anderem auf die Auswirkungen der EU-Erweiterung auf den audiovisuellen Bereich hin. Sie erklärte, dass das „europäische Modell“, einschließlich solch grundlegender Prinzipien wie der Versammlungsfreiheit, unterminiert werden könne, wenn es nicht gleichermaßen für die Erweiterungsländer gelte. Der als Gast teilnehmende Tom Short, Präsident der US-amerikanischen und kanadischen Gewerkschaft IATSE und Erster Vizepräsident der UNI-MEI machte auf die revolutionären Auswirkungen aufmerksam, die aufgrund der Digitalisierung des gesamten Filmsektors schon bald den Alltag der Produktion bestimmen werde.

Zum Urheberrecht referierte Professor Dr. Adolf Dietz, einer der maßgeblichen Autoren des neuen Deutschen Urhebervertragsrechts. Überaus lebendig wurde über die Fragen debattiert: Wie weit sollten die Rechte bezogen auf den Kreis der Urheber ausgedehnt werden? und: Wie kann die Rechteverwertung sichergestellt werden?

Heinrich Bleicher-Nagelsmann ■

Göttliche Intervention

Eine Chronik von Liebe und Schmerz im Niemandsland

Ein Beitrag zur unaufhörlichen Gewaltspirale im Nahen Osten war längst überfällig. Fast täglich sprengen sich palästinensische Selbstmordattentäter in die Luft, startet die israelische Armee militärische Offensiven in den Autonomiegebieten. Angesichts des harten Vorgehens des israelischen Regierungschefs Ariel Sharon herrscht in den besetzten Gebieten Ohnmacht und Angst. Wie gut, dass sich dieses Stoffes ein Regisseur angenommen hat, der weder im Verdacht des Antisemitismus steht, noch die Opfer des palästinensischen Volks heroisiert. Vielmehr beschreibt Elia Suleiman die groteske Lebenssituation im Heiligen Land. „Göttliche Intervention – Eine Chronik von Liebe und Schmerz“ ist bereits zurecht mehrfach prämiert worden, unter anderem erhielt der Film im vergangenen Jahr den Preis der Jury in Cannes und den Silbernen Hugo auf dem Festival in Chicago. „Göttliche Intervention“ kommt jetzt ins deutsche Kino. Aus der Warte eines stummen Beobachters erzählt der palästinensische Regisseur in wiederkehrenden Episoden grandios von einer Gesellschaft, bei der gegenseitige Schikanen einen bizarren Alltag bestimmen. Nachbarn werfen sich gegenseitig Müll über den Zaun oder zerstechen Fußbälle, die zufällig auf ihrem Dach landen. Was der eine baut, wird vom anderen zertrümmert. Am Rande täglicher Privatfehden gibt es aber auch ungewöhnliche Fälle von Kooperation: Weil er selbst einer desorientierten Touristin nicht den gewünschten Weg weisen kann, bittet ein israelischer Soldat einen Palästinenser, den er mit Handschellen gefangen hält, ihr zu helfen, wozu dieser gerne bereit ist. Im Zentrum des Films steht die Geschichte einer unmöglichen Liebe im Niemandsland zwischen Jerusalem und Ramallah. Ein Mann, den Suleiman selbst spielt, und eine Frau (Manal Khadar) treffen sich jeden Tag auf einem Parkplatz neben einem Grenzstützpunkt. Dezent und vorsichtig berühren sie sich nur an den Händen und verfolgen sprachlos absurde Sicherheitschecks. Nur ein einziger Satz fällt ihnen ein: „Ich bin wahnsinnig, weil ich dich liebe“. Suleiman trotz dem Leben im Ausnahmezustand paradoxe Konstellationen ab. Sein Gelobtes Land ist voller Zynismus und Resignation. Die unerfüllten Sehnsüchte seines Paares finden nur visionär durch „göttliche Intervention“ Erfüllung: So kann die palästinensische Geliebte wie selbstverständlich vor den entgeisterten Augen erstarrter Soldaten die Grenze passieren, einen Wachturm zum Einstürzen bringen oder als unsterbliche Kämpferin im Alleingang eine israelische Elitetruppe besiegen. Dank seines an Aki Kaurismäki erinnernden lakonischen Humors ist „Göttliche Intervention“ alles andere als ein anti-israelischer Hetzfilm. Kirsten Liese ■

Frankreich/Palästina 2002. R: Elia Suleiman, D: Elia Suleiman, Manal Khader, Nayef Fahoum Daher, 92 Min.



Foto: Alamo



Fax: 089 / 21 80 – 90 14

Universität München
Institut für Kommunikationswissenschaft
Oettingenstraße 67

80538 München

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität München führt derzeit eine Studie durch, die sich mit der Berufssituation von Journalisten und Journalistinnen in Deutschland beschäftigt.

Diese Befragung soll dazu beitragen, die bisherigen Daten zu aktualisieren und neue Erkenntnisse über einen sich ständig wandelnden Berufsstand zu gewinnen. Dabei sind wir auf Ihre Mitarbeit angewiesen. Ihre Angaben werden natürlich ausschließlich in anonymisierter Form und zu wissenschaftlichen Zwecken verwendet.

Sie können uns den ausgefüllten Fragebogen per Post oder Fax (089 / 21 80 – 90 14) zurücksenden. Alternativ kann der Fragebogen auch online unter der Adresse <http://www.3.ifkw.uni-muenchen.de/umfragen/sn043/> ausgefüllt werden. Bei Rückfragen können Sie sich gerne unter Tel. 089 / 21 80 – 95 25 oder per E-Mail (schwenk@ifkw.uni-muenchen.de) an uns wenden.

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit!

Zunächst haben wir einige allgemeine Fragen zu Ihrer derzeitigen beruflichen Tätigkeit:

1. Für welchen Medienbereich sind Sie derzeit tätig? (Mehrfachantworten möglich)

- Tageszeitung
- Wochenzeitung
- Sonntagszeitung
- Beilage
- Anzeigenblatt
- Agentur / Mediendienst
- Zeitschrift
- privater Hörfunk
- privates Fernsehen
- öffentl.-rechtl. Hörfunk
- öffentl.-rechtl. Fernsehen
- Online-Medien

2. In welchem Ressort arbeiten Sie zur Zeit? (Mehrfachantworten möglich)

- Politik
- Wirtschaft
- Feuilleton
- Sport
- Lokales / Regionales
- Soziales / Familie
- Ratgeber / Service
- Unterhaltung / Lifestyle
- Wissenschaft / Technik
- Mode / Accessoires / Trends
- ohne festes Ressort
- Sonstiges:

3. Wenn Sie freie Wahl hätten – in welchem Ressort würden Sie am Liebsten arbeiten?

- Politik
- Wirtschaft
- Feuilleton
- Sport
- Lokales / Regionales
- Soziales / Familie
- Ratgeber / Service
- Unterhaltung / Lifestyle
- Wissenschaft / Technik
- Mode / Accessoires / Trends
- ohne festes Ressort
- Sonstiges:

4. Welche der folgenden Positionsbezeichnungen beschreibt Ihre derzeitige Tätigkeit am genauesten?

- freie(r) Journalist/in
- Volontär/in
- Redakteur/in
- Korrespondent/in
- Ressortleitung
- Redaktionsleitung
- Chefredakteur/in
- stellvertr. Chefredakteur/in
- Moderator/in
- Sonstiges:

5. Wie zufrieden sind Sie alles in allem betrachtet mit folgenden Aspekten Ihres Berufes?

sehr unzufrieden sehr zufrieden

Journalist. Tätigkeit allgemein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Weiterbildungsmöglichkeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
tägliche Arbeitsbelastung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
selbstbestimmbare Arbeitszeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
berufliche Sicherheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Aufstiegsmöglichkeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bezahlung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verhältnis zu männl. Vorgesetzten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verhältnis zu weibl. Vorgesetzten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verhältnis zu Kollegen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verhältnis zu Kolleginnen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Worin sehen Sie persönlich Ihre Aufgabe als Journalist/in?

völlig unwichtig sehr wichtig

umfassende Informationsvermittlung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kritik an Missständen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kontrolle von Machtgruppen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Erziehung / Aufklärung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Unterhaltung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Veränderung bestehender Verhältnisse	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
wertfreies Vermitteln	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Stellung beziehen / kommentieren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sprachrohr für Benachteiligte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ratgeber für das Publikum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Wie viel Zeit wenden Sie an einem durchschnittlichen Arbeitstag für folgende journalistische Tätigkeiten auf? (Angaben in Minuten)

Recherchieren Minuten
Verfassen / Redigieren eigener Beiträge Minuten
Auswahl von Beiträgen (z.B. Agenturmaterial) Minuten
Redigieren von Agenturtexten und Pressemitteilungen Minuten
Redigieren der Texte von Kollegen / Mitarbeitern Minuten
Layout Minuten
Außenaufnahmen Minuten
Organisatorische / verwaltende Tätigkeit (z.B. Redaktionskonferenzen) Minuten
Moderation Minuten
Schnitt / Ton / Mischung Minuten

8. Wo befindet sich der Sitz Ihrer Redaktion?

- Ostdeutschland
- Westdeutschland

9. Wie lange arbeiten Sie schon im Journalismus?

seit Jahr(en)

10. Wie viele Stunden arbeiten Sie in einer durchschnittlichen Arbeitswoche?

ca. Stunden

11. Wie oft nehmen Sie an Redaktionskonferenzen teil?

- immer
- oft
- selten
- fast nie / nie

12. Haben Sie das Gefühl, dass Ihre Wortmeldungen in der Redaktionskonferenz Gehör finden?

- immer
- oft
- selten
- fast nie / nie

Nun einige Fragen zu Ihrem beruflichen Werdegang:

13. Was ist Ihr höchster formaler Bildungsabschluss?

- kein Schulabschluss
- Hauptschulabschluss
- Mittlere Reife
- Abitur/Fachabitur
- Studium ohne Abschluss
- Studium mit Abschluss
- Studium mit Promotion

14. Welche Vor-/Ausbildung haben Sie auf dem Weg in den Journalismus durchlaufen? (Mehrfachantworten möglich)

- Hospitanz/Praktikum
- Volontariat
- Journalistenschule
- Studium Journalistik
- Studium Publizistik/KW
- Quereinstieg ohne formale Ausbildung

15. Wie viel verdienen Sie ungefähr pro Monat (Bruttoeinkommen)?

- bis 2000 €
- 2001 € bis 2500 €
- 2501 € bis 3000 €
- 3001 € bis 3500 €
- 3501 € bis 4000 €
- 4001 € bis 4500 €
- 4501 € bis 5000 €
- 5001 € bis 5500 €
- 5501 € bis 6000 €
- 6001 € oder mehr

16. Wie wichtig ist Ihnen persönlich Ihr Beruf im Vergleich zu anderen Lebensbereichen wie Freizeit oder Privatleben?

- sehr wichtig
- ziemlich wichtig
- nicht so wichtig
- gar nicht wichtig

Nun einige Fragen zu Aufstieg und Karriere im Journalismus:

17. Finden Sie, dass Sie beruflich das erreicht haben, was Sie sich vorgestellt haben?

- (fast) alles davon erreicht
- einiges davon erreicht
- wenig davon erreicht
- (fast) nichts davon erreicht

18. Hatten Sie schon einmal das Gefühl, bei einer Beförderung übergangen worden zu sein?

- ja
- nein

19. Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass Sie in den kommenden zwei Jahren beruflich aufsteigen?

- sehr wahrscheinlich
- wahrscheinlich
- wenig wahrscheinlich
- unwahrscheinlich

20. Glauben Sie, dass Männer und Frauen die selben Chancen haben im Journalismus beruflich voranzukommen?

- Beide haben gleiche Chancen
- Männer haben etwas bessere Chancen
- Männer haben deutlich bessere Chancen
- Frauen haben etwas bessere Chancen
- Frauen haben deutlich bessere Chancen

Nun noch einige allgemeine Fragen:

21. Gibt es in Ihrem Unternehmen einen Betriebskindergarten?

- ja, gibt es
- nein, gibt es nicht
- ist geplant
- weiß nicht

23. Gibt es für Ihren Betrieb frauenfördernde Maßnahmen?

- ja, es gibt mündliche Abmachungen
- ja, es gibt eine schriftliche Vereinbarung
- nein, so etwas gibt es nicht
- weiß nicht

26. Wenn Sie einmal an die Arbeit in Ihrer Redaktion denken, wie sehr würden Sie dann folgenden Aussagen zustimmen?

Journalistinnen bearbeiten in meiner Redaktion oft andere Themenkomplexe als ihre männlichen Kollegen



Frauen setzen in ihrer Arbeit andere inhaltliche Schwerpunkte als Männer

Journalistinnen bevorzugen andere journalistische Darstellungsformen als ihre männlichen Kollegen

Journalistinnen verfügen über höhere kommunikative Fähigkeiten als ihre männlichen Kollegen

Frauen erledigen lieber originär journalistische Tätigkeiten und gehen Verwaltungsaufgaben eher aus dem Weg

Journalistinnen sind in meiner Redaktion zahlenmäßig in der Minderheit

22. Wie beurteilen Sie persönlich Maßnahmen, die darauf abzielen, gezielt Frauen im Beruf zu fördern?

- finde ich sinnvoll
- teils teils
- lehne ich ab

24. Wäre die Tätigkeit als freie(r) Journalist/in für Sie persönlich eine denkbare, alternative Arbeitsform?

- ja
- nein
- bin derzeit freie(r) Journalist/in

25. Wäre Telearbeit für Sie persönlich eine denkbare, alternative Arbeitsform?

- ja
- nein
- arbeite derzeit in Telearbeit

Kurze Begründung:

Zum Abschluss noch einige soziodemographische Fragen:

27. Geschlecht

- männlich
- weiblich

29. „Familienstand“

- ledig ohne Partner
- ledig mit Partner
- verheiratet
- getrennt lebend
- geschieden
- verwitwet

30. Wie viele Kinder haben Sie?

- keine Kinder
- 1 Kind
- 2 Kinder
- 3 Kinder
- mehr als 3 Kinder

32. Falls Sie Kinder haben – wer nahm in Ihrer Familie den Erziehungsurlaub?

- keiner
- die Mutter
- der Vater
- beide Elternteile

28. Alter

..... Jahre

31. Falls Sie Kinder haben – wie alt ist Ihr jüngstes Kind?

..... Jahre

Ein Eldorado für Quereinsteiger

Studie zeigt dramatische Arbeitsbedingungen bei Film und Fernsehen auf

Als ein Eldorado für Quereinsteiger bezeichnet die Studie des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung mit dem Titel „Arbeits- und Leistungsbedingungen von Film- und Fernsehschaffenden“ aus München die Audiovisuelle Medienbranche. Trotz dualer Ausbildungsgänge für die Film- und Fernsehbranche und trotz medienpezifischer Studiengänge haben auch in Zeiten einer grassierenden Medienkrise Quereinsteiger ihre Chance. Über Praktika und Assistenzen gelingt ihnen der Sprung in die schillernde Welt des Fernsehens.

Nach einem Beispiel für einen Quereinstieg in das Film- und Fernsehgeschäft muss Kamerafrau Bernhardine Schippers nicht lange suchen. „Es war Anfang der 90er Jahre in Rom. Wir hatten einen Taxifahrer aus Köln mit, der uns fahren und während der Dreharbeiten beim Wagen bleiben sollte“, erinnert sich die Diplom-Designerin für visuelle Kommunikation. Der Taxifahrer muss schwer beeindruckt gewesen sein von dem Job am Set. Denn vier Wochen nach ihrer Rückkehr aus der Ewigen Stadt trafen sich die Kamerafrau und ihr Fahrer wieder. Doch der Mann aus

Köln hatte seinen Beruf inzwischen gewechselt. Ausgestattet mit einer Fernseh-Kamera ging er bei einem Pressetermin in Bonn auf Bernhardine Schippers zu und sagte stolz: „Hallo, ich bin jetzt auch Kameramann.“

Ein Einzelfall? Nein, denn die Berufe in der Film- und Fernsehbranche folgen eigenen Gesetzen. Dies belegt die Ende Januar in Berlin vorgestellte Studie. Für den leichten Zugang von Quereinsteigern gibt es zwei Gründe: Erstens sind Berufsbezeichnungen wie Tonmeister, Kameramann oder Filmausstatter keine geschützten Berufe. Zertifikate oder Examen spielen keine allzu große Rolle. Der zweite Grund ist die Bereitschaft der Bewerber, alles zu geben und dafür nur wenig Gegenleistung zu verlangen; schon gar nicht einen sicheren Job. Kira Marrs vom Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung und Verfasserin der Studie spricht in diesem Zusammenhang von „Leidensbereitschaft“, die Bewerber mitbringen sollten.

Verheerende Arbeitszeiten

Die Branche dürfte das anders sehen. Sie gibt sich jung, hipp und modern. So modern, dass sie gerne als Paradebeispiel einer „modernen Dienstleistungsbranche“ herangezogen wird. Vornehmlich die Befürworter eines zu deregulierenden Arbeitsrechts zeigen sich von den Gesetzmäßigkeiten der Film- und Fernsehbranche angetan. Ein hoher Grad an Flexibilität und große Leistungsbereitschaft werden den Beschäftigten bescheinigt. Statt auf kollektive Interessenvertretungen wie Betriebsräte und Gewerkschaften, vertrauen die Angehörigen der 50 verschiedenen Berufsgruppen bei Film und Fernsehen auf ihre eigene Kraft und ihren Anspruch, selbstbestimmt arbeiten zu können. Doch dieser Einschätzung scheint die Grundlage entzogen zu sein. Umstrukturierungen, Outsourcing, sinkende Honorare und nicht zuletzt die Medienkrise sorgen für eine prekäre Situation unter den mehr als 100.000 Beschäftigten der Film- und Fernsehbranche. Statt Selbstbestimmung dominieren wachsender Konkurrenzdruck und Dumping-Honorare. Anspruch und Wirklichkeit driften auseinander.

Nicht Dauerarbeitsverhältnisse, sondern auf die Dauer eines Filmprojekts befristete Arbeitsverhältnisse prägen die Beschäftigungsbedingungen der Branche. Einer Analyse der Branchen-Verhältnisse im Land Nordrhein-Westfalen zufolge stieg die Zahl der Festangestellten zwischen 1990 und 1999 von 1.750 auf 4.900 Mitarbeiter. Die Gruppe jener in befristeten Arbeitsverhältnissen und als Freiberufler tätigen Personen hingegen vervierfachte sich im gleichen Zeitraum von 4.900 auf 19.700. In der Praxis sieht das so aus, dass 90 Prozent eines Produktionsteams mit einem befristeten Arbeitsvertrag ausgestattet sind.

Die Folgen dieser Entwicklung, bei der die Zahl der geschützten Normalarbeitsverhältnisse weniger steigt bzw. häufig zurückgeht, und die der ungeschützten, weil atypischen Beschäftigungsformen wie befristeter Beschäftigung oder einer Tätigkeit auf Honorarbasis als Freiberufler gravierend zunimmt, sind alarmierend. Die ISF-Studie spricht von Arbeits- und Leistungsbedingungen, die geprägt sind durch Fremdbestimmung, hohe Belastungen und vielfältige Unsicherheiten. Sicher gebe es auch einzelne Personen, die ausreichend hohe Einkünfte erzielen, um für den Krankheitsfall und für eine entsprechende Alterssicherung zu sorgen. Der weitaus größere Teil habe indes bereits Probleme, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Oft könne die Tätigkeit in der Branche nur ausgeübt werden, sofern die Familie oder ein festangestellter Partner die nötige wirtschaftliche Sicherheit garantiert. Fehlt es hieran, überbrücken einige ihre finanziellen Durststrecken mit anderen Jobs, etwa Kellnern, Taxifahren oder eine Tätigkeit als Fotograf. Letzter Ausweg ist der Gang zum Arbeitsamt.

Doch hier droht den befristet Beschäftigten Ungemach. Schließlich gibt es Arbeitslosengeld nur, wenn mindestens 360 Tage in den letzten drei Jahren vor Eintritt der Arbeitslosigkeit gearbeitet worden ist. Möglicherweise eine schwer zu nehmende Hürde für einige. Denn für Beschäftigte der TV-Branche ist es nicht ungewöhnlich, dass sie in einem Monat nur ein oder zwei Tage arbeiten, im nächsten Monat aber dafür jeden Tag. Und zwar mit einer

Filmen, solange die Sonne mitspielt – jeden Tag ein anderer Feierabend



Foto: Jürgen Seidel

Arbeitszeit jenseits aller normaler Dimensionen. Laut ISF-Studie sind tägliche Arbeitszeiten von 16 Stunden inklusive An- und Abreise keine Seltenheit in der Branche. Umgerechnet auf die für Normalarbeitsverhältnisse geltende tarifübliche Arbeitszeit, entsprechen 30 Arbeitstage eines befristet Beschäftigten in der Film- und Fernsehbranche der Arbeitsleistung, die ein Festangestellter in 60 Tagen erbringt. Das Arbeitszeitgesetz und die in ihm fest geschriebenen Höchstarbeitszeiten scheinen für die Branche keinerlei Geltung zu haben.

Prinzipiell schutzlos

Für weitere Probleme im Fall einer Arbeitslosigkeit sorgt, dass die Audiovisuelle Branche – abgesehen von Werbung und Serien – ein Saisongeschäft ist. Die Hochphasen sind laut Studie die Monate Mai bis August. Für Steffen Schmidt, Geschäftsführer beim Bundesverband Regie, ein Beweis dafür, dass es an der Zeit wäre, die Tätigkeit von Beschäftigten in der Film- und Fernsehbranche als Saisonarbeit zu qualifizieren. Würde der Gesetzgeber sich hierzu durchringen, wäre die Anwartschaftszeit für das Arbeitslosengeld nach Maßgabe des Paragraphen 123 Ziffer 3 des Sozialgesetzbuchs Drittes Buch statt nach zwölf, bereits nach sechs Monaten erfüllt.

Zwar rangieren Regisseure in der Hierarchie der AV-Branche ziemlich weit oben. Gleichwohl sehen auch sie sich Bedingungen ausgesetzt, die mit dem Tarifvertrag für Film- und Fernsehschaffende nicht in Einklang zu bringen sind. Solange kollektive Interessenvertretungen und Tarifbindung indes nur bei den Sendeanstalten und größeren Filmproduktionsfirmen anzutreffen sind, ist für Steffen Schmidt das Ziel klar: „Die Bundesregierung sollte erwägen, den Tarifvertrag zu einem allgemeinverbindlichen zu erklären.“ Insbesondere wenn es um die Behandlung von Urlaubsansprüchen geht. So würden nicht selten mit der letzten Gage bestehende Urlaubsansprüche durch eine Ausgleichszahlung abgegolten. Dies wirke sich gleich zweimal zum Nachteil des Beschäftigten aus. Erstens finde das über der Beitragsbemessungsgrenze zur Sozialversicherung liegende Einkommen keine Berücksichtigung. Zweitens führe die in der Branche immer öfter vorzufindende Auszahlungspraxis zu Unbilligkeiten, wenn es anschließend zur Arbeitslosigkeit kommt und

als Folge der Auszahlung die Anwartschaftszeiten nicht erfüllt sind. Schmidt fordert deshalb, die Auszahlung nur dann zuzulassen, wenn der Beschäftigte den Nachweis einer Anschlussbeschäftigung erbringt. Schmidt darf sich durch die ISF-Studie bestätigt sehen. Denn Anschlussbeschäftigungen sind nach Abschluss eines Projekts für die meisten Beschäftigten in der AV-Branche der Ausnahmefall. Selbst wenn es welche gäbe, stellt sich die Frage, ob die Leistungskraft ausreicht, um gleich ins nächste Projekt mit gleichermaßen verheerenden Arbeitszeiten zu starten. Laut ISF-Studie führen die Arbeitsbedingungen und das abverlangte Leistungsverhalten dazu, dass nach Abschluss eines Projekts die Erholung höchste Priorität besitzt.

Um so mehr macht die Forderung des Regieverbands Sinn. Ob das Bundeskabinett für die Vorschläge des Berufsverbandes der Regisseure ein offenes Ohr hat, darf angesichts der aktuell geführten Diskussion um die Reform des Arbeitsschutzrechts bezweifelt werden. Gleichwohl sollte die Bundesregierung nicht die Augen verschließen, wenn die ISF-Studie feststellt, dass die Medienkrise und unzureichender gesetzlicher Schutz die freien Film- und Fernsehschaffenden prinzipiell schutzlos macht.

Die Formel „Selbstbestimmung ersetzt Mitbestimmung“ greife hier entgegen neo-liberalen Überzeugungen eben nicht. Denn laut ISF-Studie stehen die in atypischen Beschäftigungsverhältnissen angestellten Personen den Gewerkschaften eben nicht ablehnend gegenüber. Statt den Traum von der individuellen Selbstverwirklichung weiter zu verfolgen, sehen sich die Beschäftigten in der Film- und Fernsehbranche einer Realität gegenüber, die die Sozialwissenschaftler Kira Marrs und Andreas Boes zu folgender These veranlasst haben: „Die Arbeitsbedingungen werden von der übergroßen Mehrzahl als „frühkapitalistisch“ und „unfair“ erlebt. Sie stehen in einem krassen Widerspruch zum Arbeits- und Lebenskonzept der freien Film- und Fernsehschaffenden.“

Den Gewerkschaften dürften sich neue Betätigungsfelder in dieser von der Krise besonders geschüttelten Branche eröffnen. Denn wie es scheint, ist der Tausch einer Fernsehkamera gegen einen Taxischein heute eher wahrscheinlich als der umgekehrte Fall.

Andreas Skowronek ■

Im Sommer bildete sich ein „Verein zur Gründung und Förderung der Hamburg Media School“ – eine Allianz aus der Stadt Hamburg und Vertretern der Medienwirtschaft. Zweck des Vereins soll die „Förderung der Lehre, der Wissenschaft und der Forschung sowie der Produktion audiovisueller und konvergenter Medienformen unter besonderer Berücksichtigung ihrer internationalen Ausrichtung“ sein. Bereits ab Herbst 2003 sollen 20 Studenten ein Postgraduiertenstudium als zweijährige Zusatzausbildung für Managementführungs-kräfte im Bereich der klassischen und neuen Medien erhalten. In Zukunft soll die Ausbildung dann um Bereiche wie Werbung, Nachrichten und Dokumentationen erweitert und die Studen-tenzahl auf 80 aufge-stockt werden. Die Finanzierung erfolgt über öffentliche Mittel und private Anleger wie der Axel Springer Verlag, der Spiegel Verlag, der Norddeut-sche Rundfunk, Studio Hamburg sowie der Heinrich Bauer Verlag. Nach einem Standort für die HMS wird noch fieberhaft gesucht. Die Bewerbungsfrist beginnt am 1. Mai '03 und endet voraussicht-lich am 1. Juli 2003.

Infos: www.hamburg-mediaschool.com

Hamburger auf Konzeptsuche

Neuorganisation der Medienausbildung zu Lasten bestehender Studiengänge

„Das Uni-Studium der Medien und des Journalismus darf nicht zusammengestrichen werden, um die Hamburg Media School (HMS) durchzusetzen.“ Das war die erste Reaktion des neu gegründeten Zentrums für Medienkommunikation (ZfM) auf die Vorschläge der Dohnanyi-Kommission zur grundlegenden Neuorganisation der Medienausbildung in Hamburg. „Wir begrüßen die entwickelte Perspektive, die Hamburger Potentiale von Lehre und Forschung zu bündeln“, meint der Geschäftsführende Direktor des Instituts für Journalistik und Kommunikationswissenschaft (IJK) und Direktor des Zentrums für Medienkommunikation, Siegfried Weischenberg (Foto). Der Kommissionsbericht enthalte allerdings „eine Reihe von nicht zutreffen-den Schlussfolgerungen“.

Wann haben Sie davon erfahren, dass die Hochschul-Kommission vorschlägt, im Zuge der Gründung einer Media

School dem IJK das Hauptfach Journalistik zu streichen?

Siegfried Weischenberg: Als Ende Januar der Bericht vorgelegt wurde. Vorher hat niemand mit uns darüber gesprochen. Daraus lässt sich erklären, warum die Darstellung für den Bereich Medien so fehlerhaft ist. Wir sind immer davon ausgegangen, dass die geplante HMS nicht direkt das Journalistik-Institut betreffen würde. Es war die Rede davon, sie würden sich auf das Fernsehen, die neuen Medien und auf die Ausbildung von Führungskräften konzentrieren. Durch den Bericht der Dohnanyi-Kommission wurde dann offenbart, dass die HMS das Zentralinstrument für Medien in Hamburg werden soll – auf Kosten der Universität.

Was würde dies konkret für das IJK bedeuten?

Die Kommission hat zwei Dinge empfohlen, die uns direkt betreffen. Das eine ist die Schließung des Hauptfaches Journalistik, das vor zwei Jahren gegründet worden ist. Parallel dazu soll auch das Hauptfach Medienkultur gestrichen werden. Zum anderen wollen sie die Etablierung des neuen Medien-zentrums verhindern. Das gibt es aber bereits seit dem letzten Winter. Die- sem sind drei Institutionen zuge- ordnet. Das IJK, der Studiengang Medienkultur und das Hans-Bredow-Institut. Wir haben bereits das realisiert, was die Kommission fordert: Die einschlägigen Angebote in Forschung und Lehre zu bündeln. Das scheint man nun für eine große Gefahr für die HMS zu halten.

Was sind die Eckpunkte der Kommissions-Kritik am IJK?

Es fängt bei der fehlenden Erfolgs- quote an. Doch die kann im Haupt- fach Journalistik gar nicht existie- ren, da es dieses erst seit zwei Jah- ren in Hamburg gibt. In Dortmund und Münster, wo ich vorher Journa- listik gelehrt habe, gab es Studien- erfolgswahlen von 80 Prozent, also weit mehr als das, was die Kom- mission fordert. Die zweite falsche In- formation ist die, dass es im Teilstu- diengang Journalistik zu viele Ab- brecher gibt. Solche Daten gibt es für Nebenfächer gar nicht. Ebenso

absurd verhält es sich mit dem Ruf der Kommission nach einer praxis- nahen Ausbildung. Am IJK muss bereits heute die Hälfte aller Lehr- veranstaltungen im Bereich Me- dienpraxis absolviert werden.

Wie werden Sie reagieren?

Wir haben uns an die Medien ge- wandt. Es wird zudem eine Reihe öffentlicher Veranstaltungen mit allen Beteiligten geben. Wir werden die Universität, die an der HMS als Träger finanziell beteiligt ist, auffo- dern, ihre Aktivitäten vorerst ein- zustellen. Wir sind kooperations- bereit, Voraussetzung ist aber, dass vorhandene Studiengänge nicht kannibalisiert werden. Ich muss nicht erwähnen, dass unsere Stu- denten hochgradig nervös sind. Zu- mal angesichts der Tatsache, dass die HMS angekündigt hat, im Jahr 15.000 Euro Gebühren für das Stu- dium dort zu erheben.

Offenbart sich hier nicht das Problem, Bildung als Kulturgut mit den Interes- sen der freien Wirtschaft zusammen- zubringen?

Richtig. Mich irritiert, wie schwie- rig es der Medienstandort Hamburg hat, ein Konzept auf die Beine zu stellen, das nicht so eindeutig zur Industrie tendiert. Sicher müssen die Bedürfnisse der Medienwirt- schaft berücksichtigt werden; es muss aber auch auf die soziale Be- deutung von Medien und Journa- lismus hingedeutet werden. Das ist ein Ausbildungsauftrag der Univer- sität.

Theorie und Praxis sollten das Ziel haben, kritische, reflektierte und gut ausgebildete Journalisten her- vorzubringen. Das ist seit 30 Jahren Konsens, alles andere wäre ein Rückschritt und würde zu einer Entprofessionalisierung führen. Damals haben dju, DJV und der Deutsche Presserat zusammen mit Verlegern diesbezüglich Modelle hervorgebracht. Seriöse Medien können nur über Qualität und ethi- sche Sensibilität verkauft werden. Ein reines „Training on the job“ ist hingegen eine heikle Angelegen- heit. Oft erlangen angehende Jour- nalistinnen auf dem Wege nicht son- derlich viel Kompetenz.

Das Gespräch führte Martin Sonnleitner ■



Foto: Ronald Sawatzki

Freispruch für die Stimme Anatoliens

Knebelungsparagraph für die Meinungsfreiheit nicht angewandt

Zwei Jahre lang saß Seyfullah Karakurt auf der Anklagebank des Staatssicherheitsgerichts im Istanbul Stadtteil Besiktas, direkt am Ufer des Bosphorus. Sein privater Radiosender „Die Stimme Anatoliens“, bei dem er vier Jahre lang als Chefredakteur verantwortlich war, liegt nur zehn Minuten entfernt. Unzählige Male ist er den Weg zum Gericht gegangen, weil er in seinem Programm heikle Themen ansprach.

Sein Radio sei eben keine Musikbox, sagt Karakurt bescheiden aber dennoch stolz. Durch seine kritische Berichterstattung wurden er und sein Sender zum Justizfall. Zum einen verhängte die staatliche Aufsichtsbehörde für Rundfunk und Fernsehen, RTÜK, ein 150-tägiges Sendeverbot, das dem Lokalradio beinahe die Existenz gekostet hat. Zum anderen klagte ihn das Staatssicherheitsgericht gleich viermal an.

Volkshetze unterstellt

In dem Programm „Glaubensmosaik Anatoliens“ klärte Karakurt seine Hörer über die Repressalien gegen ethnische Minderheiten in der Zeit der Republikgründung auf. In den Nachrichten berichtete er über hungerstreikende Häftlinge, die gegen ihre Verlegung aus den Großraumtrakten der alten Anstalten in die kleineren Zellen der neu gebauten F-Typ-Gefängnisse protestierten. Zudem veröffentlichte er Briefe von Inhaftierten, die die Ereignisse während der Polizei-Operation „Rückkehr zum Leben“, bei der 30 Personen ums Leben kamen, aus ihrer Sicht schilderten.

Dabei stützte sich der Journalist sowohl auf Augenzeugenberichte, als auch auf staatliche Quellen, wie die Reporte der Menschenrechtskommission des türkischen Parlaments und der Medizinischen Kammer. Dennoch forderte die Staatsanwaltschaft 32 Jahre Haft. Karakurt wurde gemäß § 312 des Strafgesetzbuches, der als Knebelungsparagraph für die Meinungsfreiheit gilt, beschuldigt, das Volk aufgehetzt zu haben. Außerdem warf man ihm gemäß § 169 vor, eine terroristische Organisation unterstützt zu haben.

Zu seiner großen Überraschung wurde Karakurt nun in zwei Ver-

fahren am 25. Februar und am 06. März freigesprochen. Mit diesem Urteil hat er nach der zweijährigen Zitterpartie nicht mehr gerechnet, denn die Staatsanwälte blieben bis zum Schluss unerbittlich, erzählt er aufgeregt in einem Café unweit des Gerichtsgebäudes. Erleichterung und Freude stehen ihm dabei ins Gesicht geschrieben. Die Richter hätten sich auch nicht anders entscheiden dürfen, schließlich habe er nur die Wahrheit berichtet, sagt sein Rechtsanwalt Ali Riza Dizdar, ein angesehener Kommunist. Wahrscheinlich sind diese Freisprüche auf die Anpassungsgesetze im Rahmen des EU-Reformpaketes zurückzuführen. Unter anderem wurden dabei das Strafmaß für den §312 des türkischen StGB gesenkt, und die Anwendung auf unmittelbar drohende Gefahren eingeschränkt. Doch vielleicht lag der günstige Ausgang auch an der unübersehbaren Präsenz deutscher und holländischer Konsulatsvertreter, die den Prozess aufmerksam beobachtet haben. Doch noch ist die Zitterpartie für Seyfullah Karakurt nicht endgültig ausgestanden. Das letzte Verfahren, bei dem bis zu 18 Jahren Haft gefordert werden, steht noch Anfang Mai aus. Zwar hofft er auf einen weiteren Freispruch und ist dennoch skeptisch, da sich in der Türkei die politischen Umstände von heute auf morgen ändern könnten.

Weitere Journalisten vor Gericht gestellt

Während die Prozesse für Seyfullah Karakurt anscheinend ein gutes Ende nehmen, werden andere Journalisten weiterhin vor Gericht gestellt. Im Saal des Staatssicherheitsgerichts nebenan sitzen der Geschäftsführer und der Inhaber der linken Kunst- und Literaturzeitschrift „Tavir“ (Haltung) auf der Anklagebank. Auch sie werden der Unterstützung einer terroristischen Organisation beschuldigt. Eine der sechs indizierten Schriften handelt von einem politischen Gefangenen, der beim Transport von der Isolationszelle eines F-Typ-Gefängnisses zum Gericht hofft, durch die Gitterstäbe noch einmal seine geliebte Stadt Istanbul zu erspähen. Eine andere Schrift ist ein Gedicht, das Pablo Neruda den Müttern der im Wi-



Durch seine kritische Berichterstattung wurde Seyfullah Karakurt und sein Sender zu einem Justizfall

derstand gestorbenen Söhne gewidmet hat. Von diesem Anklagepunkt hat sich die Staatsanwaltschaft allerdings inzwischen distanziert. Özgür Gider, der die Angeklagten vor Gericht verteidigt, ist über die Verfahrensweise mehr als empört. Denn nach seiner Beobachtung hätten die Richter ihre Anklageschrift schon vor Anhörung der Betroffenen verfasst. Das Urteil soll bereits in 20 Tagen gefällt werden. Zuwenig Zeit, um sich für die Verteidigung vorzubereiten, immerhin wird eine Strafe von bis zu siebeneinhalb Jahren Haft gefordert, beklagt er. Eine Chance auf einen fairen Prozess sei damit von vornherein ausgeschlossen. Lale Kunok ■

Praktika in aller Welt

Die Internationale Medienhilfe (IMH) hat 2002 rund 800 junge deutsche Journalisten als Praktikanten zu ausländischen Medien vermittelt. Die Praktikanten werden zumeist von deutschsprachigen Medien außerhalb des deutschen Sprachraums wie zum Beispiel der deutsch-jüdischen Zeitung „Aufbau“ in New York oder dem Budapester Wochenblatt „Der neue Pester Lloyd“ aufgenommen. Der Vorteil eines IMH-Praktikums ist, dass gleichzeitig Auslands- und Medienerfahrung gesammelt werden kann. Als weiterer Pluspunkt kommt hinzu, dass man nicht unbedingt über Fremdsprachenkenntnisse verfügen muss, da man fast immer bei deutschsprachigen Medien arbeitet. Wer sich für ein IMH-Praktikum bei ausländischen Medien interessiert, kann sich über das Bewerbungsverfahren unter der Internetadresse www.medienpraktika.de informieren.

AG Internationale Medienhilfe (IMH)
Arbeitsgemeinschaft internationaler Medien.
Büro Köln/Bonn, Postfach 11 22, 53758 Hennef bei Köln
Telefon: 02242/73 59, Telefax: 02242/73 59
E-Mail: imh@imh-deutschland.de, www.imh-deutschland.de

Erfolgreicher Druck auf Behörden

Die gemeinsamen Aktionen von ver.di und amnesty international in «M» haben auch 2002 wieder verfolgten Journalistinnen und Journalisten geholfen

Für mehrere Kolleginnen und Kollegen öffneten sich nach internationalen Protesten die Gefängnistore. Bei anderen konnte erreicht werden, dass Morddrohungen und Einschüchterungsversuche aufhörten. Doch zwei Appelle blieben auch folgenlos – zumindest auf den ersten Blick.

Die Antwort aus der Londoner Zentrale von amnesty international ist kurz und präzise: Margarita Patiño Rey Sánchez habe keine weiteren Morddrohungen erhalten, teilt der Peru-Experte der Menschenrechtsorganisation, Adrián Sánchez,

mit. Weitere Aktionen zu ihrer Sicherheit seien deshalb auch nicht eingeleitet worden. Im Juni 2002 hatte ver.di gemeinsam mit amnesty international zu Appellen zugunsten der Peruanerin aufgerufen. Die Witwe des Journalisten Hugo Bustíos Saavedra hatte wenige Wochen vorher vor der Wahrheits- und Versöhnungskommission des Landes über den Mord an ihrem Mann im Jahre 1989 ausgesagt. Dass sie dabei Soldaten auch namentlich nannte, die sie für die Mörder hält, war nicht ohne Risiko. Margarita Patiño Rey Sánchez erhielt mehrfach telefonische Morddrohungen. Nicht zuletzt die Proteste aus allen Teilen der Welt haben dafür gesorgt, dass sie heute wieder ohne Angst auf die Straße gehen kann.

Demonstranten getötet

Das gilt auch für Sergio Kowalewski. Der argentinische Fotograf hatte im Spätsommer telefonische Drohungen erhalten, weil er auf seinen Bildern die Beteiligung von Polizisten bei der Tötung mehrerer Demonstranten dokumentiert hatte. Inzwischen sind die Fotos Beweismittel in einem Verfahren gegen die „Sicherheits“kräfte. Die Massenproteste in Buenos Aires haben mittlerweile nachgelassen, die Drohungen gegen Kowalewski ebenso.

Keinen weiteren Handlungsbedarf sieht amnesty international zurzeit auch bei Carlos Hernández und Ana Ramírez aus Guatemala sowie bei Angela Muñoz Trujillo aus Kolumbien. Sie alle wurden nach Recherchen, die den Machthabern nicht gefallen hatten, anonym bedroht. „Wenn diese Drohungen nicht wahr gemacht werden, ist das schon eine gute Nachricht“, betont Birgit Stegmayer, die für amnesty international in Bonn die so genannten Eilaktionen betreut. Alle in der „M“ vorgestellten bedrohten Journalistinnen und Journalisten leben noch. Für Birgit Stegmayer ein Indiz dafür, dass die Appelle an Regierungsbehörde den Betroffenen einen gewissen Schutz brachten. „Wenn Morddrohungen schon vorher bekannt sind, würde eine Ermordung für sehr viel Aufsehen sorgen. Und solche negativen

Schlagzeilen versucht jede Regierung zu vermeiden“, sagt sie. Dass die scheinbare Sicherheit der Genannten von Dauer ist, kann aber auch sie nicht garantieren. Gerade in Guatemala und Kolumbien leben Journalisten gefährlich und müssen immer wieder mit Einschüchterungsversuchen rechnen.

Keine gute Presse haben auch Regierungen, die Journalisten inhaftieren. In drei Fällen konnten die Proteste helfen, dass Kollegen auf freien Fuß kamen. Bijay Raj Acharya, dem die nepalesischen Behörden eine Zusammenarbeit mit der maoistischen Guerilla anhängen wollten, konnte das Gefängnis Ende März 2002 nach zehn Wochen verlassen. Hassan Bility musste fast ein halbes Jahr hinter Gittern ausharren. Die Behörden in Liberia hatten dem Redakteur der Zeitung „The Analyst“ versucht, terroristische Kontakte anzuhängen. Hier lohnte sich hartnäckiges Bohren: „Nach vier Appellen kam Hassan Bility am 7. Dezember endlich frei“, berichtet Birgit Stegmayer erleichtert. Nach seiner insgesamt dritten Inhaftierung gab der Journalist allerdings den Versuch auf, Liberia mit Hilfe kritischer Berichterstattung reformieren zu wollen. Er lebt heute im Exil.

Shahriar Kabir aus Bangladesch kennt das Gefühl, inhaftiert zu sein, inzwischen auch schon besser als ihm lieb ist. Nach der Aktion in „M“ kam er zwar noch im Januar 2002 gegen Kautionsfrei. Doch gut zehn Monate später wurde Kabir erneut eingesperrt. Im Januar 2003 erklärte ein Gericht die Inhaftierung jedoch für unzulässig, und der Journalist kam wieder auf freien Fuß. Seine Recherchen über Angriffe auf die Minderheit der Hindus im Land hatten zu den Repressionen geführt.

Zeitungen geschlossen

Immer noch in Haft ist Seyoum Tsehaye. In Eritrea bleibt die Pressefreiheit massiv eingeschränkt, nachdem alle unabhängigen Zeitungen geschlossen wurden. Die zehn Journalisten, die zeitgleich im September 2001 festgenommen wurden, sind bis heute weder vor Gericht gestellt noch angeklagt worden. ▶

Die Schicksale der in «M» vorgestellten verfolgten Kolleginnen und Kollegen im Überblick

- Shahriar Kabir aus Bangladesch (M, 1–2/2002) wurde Ende Januar 2002 gegen Kautionsfrei gelassen. Im November 2002 allerdings wurde er erneut inhaftiert. Erst im Januar 2003 erklärte ein Gericht seine Inhaftierung für illegal, so dass er wieder auf freiem Fuß ist.
- Der Nepalese Bijay Raj Acharya (M, 3/2002) wurde nach internationalen Protesten aus der Haft entlassen.
- Neue Drohungen gegen Carlos Hernández und Ana Ramírez aus Guatemala (M, 4/2001) wurden nicht bekannt.
- Seyoum Tsehaye und die mit ihm inhaftierten Journalisten aus Eritrea (M, 5/2002) sind weiterhin im Gefängnis. Die Lage der Pressefreiheit in dem ostafrikanischen Land ist dramatisch; alle unabhängigen Zeitungen sind geschlossen.
- Die Drohungen gegen Margarita Patiño Rey Sánchez aus Peru (M, 6/2002) haben aufgehört, so dass ihr Leben nicht akut gefährdet ist.
- Hassan Bility aus Liberia (M, 7–8/2002) kam nach zahllosen Appellen an die Behörden seines Landes im Dezember 2002 endlich frei.
- Die Kolumbianerin Angela Muñoz Trujillo (M, 9/2002) erhält offenbar zurzeit keine weiteren Drohungen.
- Zum Schutz des Fotografen Sergio Kowalewski aus Argentinien (M, 10–11/2002) musste amnesty international keine weiteren Aktionen starten. Er kann wieder ungestört seiner Arbeit nachgehen.
- Die in der Demokratischen Republik Kongo inhaftierten Safari Ntanama und Bugumba Tanganika (M, 12/2002) sind offenbar noch immer im Gefängnis. hg ■

Folter für Satire im Netz

Zouhair Yahyaoui aus Tunesien muss zwei Jahre hinter Gitter

„Was ist Tunesien? Eine Republik? Ein Königreich? Ein Zoo? Oder ein Gefängnis?“ Für diese satirische Anspielung auf das diktatorische Regime des seit 1987 amtierenden Präsidenten Zine el-Abidine Ben Ali auf seiner Internetseite TU-NeZINE (www.tunezine.com) wurde Zouhair Yahyaoui (Foto) dreimal an den hinter dem Rücken gefesselten Handgelenken aufgehängt, seine Füße berührten kaum den Boden. Danach gab er das Passwort preis, mittels dessen die fragliche Inter-

seite entfernt wurde. Und sie kostet ihn zwei Jahre seiner Freiheit. Er habe den Präsidenten „lächerlich gemacht“ und wurde so wegen „Verbreitung von Falschmeldungen“ sowie „betrügerischer Nutzung von Kommunikationsmitteln“ eine Woche nach seiner Verhaftung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Seine Anwälte durften ihn weder besuchen, noch erhielten sie Einsicht in die Prozessakten.

Zouhair Yahyaoui, der die Webseite im Juli 2001 eingerichtet hatte,

wurde bekannt, weil er den Offenen Brief von Richter Mokhtar Yahyaoui an den Staatschef ins Internet gestellt hatte. Der Richter, sein Onkel, beklagte darin das völlige Fehlen einer unabhängigen Justiz in Tunesien. Von da an nahmen ihn die Behörden ins Visier, doch alle Zensurversuche fruchteten wenig: Die Seite wurde gerade wegen ihrer Unverfrorenheit und des satirischen Talents ihres Schöpfers im In- und Ausland und vor allem bei den Jüngeren zunehmend beliebter.



Foto: ro9

Reporter ohne Grenzen
Skalitzer Straße 101
10997 Berlin, Germany
kontakt@reporter-ohne-grenzen.de, www.reporter-ohne-grenzen.de
Tel.: (030) 615 85 85

► Sie wurden mittlerweile an einen unbekanntem Ort gebracht, und ihr Gesundheitszustand soll schlecht sein.

Auch die Rundfunkjournalisten Safari Ntanama und Bugumba Tanganika aus der Demokratischen Republik Kongo sind offenbar weiterhin inhaftiert. Sie wurden Ende September in der östlichen Provinz Süd-Kivu von den pro-ruandischen Regionalherrschern der RCD-Goma in Gewahrsam genommen. Die beiden Männer waren für eine Sendung verantwortlich, in der sich Hörer über zunehmende Spannungen in der Region beklagten.

Jeder Freigekämpfte ist ein Stück Pressefreiheit

Auch wenn in diesen Fällen die erhoffte Freilassung bisher nicht erreicht werden konnte, dürften die Proteste erfahrungsgemäß nicht sinnlos gewesen sein. Denn in vielen Fällen wird erst viel später bekannt, dass nach massiven Appellen die Haftbedingungen verbessert oder eine medizinische Versorgung organisiert wurde – auch wenn das nach außen zunächst unsichtbar blieb. amnesty international wird das Schicksal der Betroffenen jedenfalls weiter beobachten und sich für ihre Freilassung einsetzen. Denn weiterhin gilt: Jeder einzelne Journalist, der aus der Haft entlassen wird, und jede Kollegin, gegen die die Drohungen und Einschüchterungen abnehmen, tragen dazu bei, dass die Pressefreiheit ein Stück weit verwirklicht wird.

Harald Gesterkamp ■

Kontakt: amnesty international,
Postfach, 53108 Bonn,
Tel.: 0228 – 98 37 30,
Fax: 0228 – 63 00 36,
E-mail: Info@amnesty.de,
Internet: www.amnesty.de

Aktion für Edward Terso Lado

Sudanesischer Journalist wurde festgenommen

Die Festnahme von Edward Terso Lado folgte auf einen Artikel über die frühe Geschichte des Islam. Der Journalist arbeitet für die englischsprachige Zeitung „Khartoum Monitor“. Unmittelbar nach Erscheinen des Textes am 9. März setzte die Repression ein: Der Staatssicherheitsdienst beschlagnahmte das Blatt, Edward Terso Lado und der Herausgeber der Zeitung wurden vorgeladen. Weil der Redakteur, anders als der Verleger, dieser Aufforderung nicht nachkam, wurde er am 11. März in den Redaktionsräumen der Zeitung in Khartoum festgenommen. Was ihm genau vorgeworfen wird, blieb zunächst unklar. Der Journalist wird ohne Kontakt zur Außenwelt an einem unbekanntem Ort gefangen gehalten. Amnesty International befürchtet, dass er gefoltert werden könnte.

Als Familienangehörige ihn einige Tage später besuchen wollten, wurden sie abgewiesen. Auch einem Rechtsanwalt des „Khartoum Monitor“ wurde der Zugang zu seinem Mandanten verwehrt. Der Staatssicherheitsdienst soll zudem die Berichterstattung über die Festnahme zensuriert haben. Das überrascht nicht, denn die Unterdrückung der Pressefreiheit ist im Sudan üblich.

Nach dem Machtantritt von Staatspräsident Omar Hassan al-Bashir im Jahr 1989 wurden

das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit stark eingeschränkt. Oppositionsparteien, Gewerkschaften und Studentenvereinigungen sind seitdem verboten oder in ihren Betätigungsmöglichkeiten eingeschränkt. Der Staatssicherheitsdienst geht häufig verdeckt gegen die sudanesischen Presse vor, ohne dass diese Aktionen rechtlich angefochten werden können. In den vergangenen Jahren haben die sudanesischen Sicherheitskräfte immer wieder Journalisten und Herausgeber von Zeitungen schikaniert und festgenommen. Auch konfiszierten sie Zeitungen, in denen regierungskritische Artikel erschienen, legten den Herausgebern Geldstrafen auf oder ordneten die Schließung von Medien an.

Was können Sie tun?

Schreiben Sie an den sudanesischen Innenminister und fordern Sie ihn auf, den in Khartoum festgenommenen Journalisten Edward Terso Lado unverzüglich freizulassen, sollte er nicht einer erkennbaren Straftat angeklagt werden. Dringen Sie darauf, dass seine körperliche Unversehrtheit garantiert wird. Plädieren Sie auch dafür, dass die international garantierte Pressefreiheit auch im Sudan geachtet wird.



Schreiben Sie an:

Major General Abdul-Rahim Muhammed Hussein
Minister of Internal Affairs,
Ministry of Interior
PO Box 281
Khartoum
SUDAN

Telefax: (00-294)
11-77 43 39
oder (00294)
11-77 43 39

Senden Sie eine Kopie Ihres Schreibens an:

Kanzlei der Botschaft
der Republik Sudan
S.E. Herrn Ahmad
Gafaar Abdelkarim
Kurfürstendamm 151
10709 Berlin

Telefax: (030)
89 40 96 93
E-Mail:
post@sudan-embassy.de

ai
amnesty international
FÜR DIE MENSCHENRECHTE

Neuer Wind bei InterKonneXiones

Treffen des internationalen feministischen Radionetzwerkes in Wien

Links ...

Einige der feministischen Programme sind im Internet zu hören:

Chile:
www.radiomercritico.cl

Brasilien:
www.radiofalamulher.com

Graz:
<http://helsinki.mur.at>

Wien:
www.orange.or.at

Zürich:
www.lora.ch

Deutschland:
unter
www.freie-radios.de,
der Homepage des Bundesverbandes der freien Radios findet man die Programme der einzelnen Sender.

Livestreams gibt es bisher nur bei **Querfunk** (Karlsruhe), **Radio Z** (Nürnberg) und **Radio Flora** (Hannover)

Das Treffen von „InterKonneXiones (IKX) – Frauen schaffen Freiräume der Kommunikation“ des feministischen Frauen- und Lesbennetzwerkes fand vom 19. bis 23. Februar in Wien statt. Die Radiomacherinnen nichtkommerzieller Sender aus dem deutschsprachigen Raum, aus Spanien und aus Lateinamerika trafen sich fünf Tage lang zu Diskussionen, Workshops und um gemeinsam Sendungen bei Radio Orange auszustrahlen.

Kaum zwei Wochen, nachdem sich rund 40 Frauen zu dieser 9. Konferenz des Radionetzwerkes getroffen hatten, wurde der erste gemeinsame Livestream aufgesetzt. Am 8. März, dem Internationalen Frauentag, übernahm das Wiener Freie Radio Orange direkt das Programm von Radio Numero Critico aus Santiago de Chile. Die Österreicherinnen ihrerseits übersetzten ihre Berichte gleich im Studio ins Spanische und schickten die Audios an das Internetradio der Chileninnen.

Das Frauennetzwerk von IKX wurde 1994 mit Unterstützung des Solifonds Demokratische Medien in der Welt e.V. gegründet. Frauen aus lateinamerikanischen Basisradios und europäischen Freien Radios wollten eine internationalistische Berichterstattung gewährleisten, die nicht von sensationsorientierten, latent rassistischen oder sexistischen Klischees geprägt ist. Die Frauen der alternativen Sender hat-

ten selbstkritisch feststellen müssen, dass jede Berichterstattung über „Andere“ diese Gefahr in sich trägt.

Also produzierten sie Beiträge zu vorher gemeinsam festgelegten Themen. Die Programme wurden sprachlich synchronisiert und per Kassette an die beteiligten Radios verschickt. Ob im Freiburger Radio Dreyeckland, im Radio Contrabanda aus Barcelona oder im costaricanischen Radio Fire, überall waren dieselben Beiträge zu hören. Neben dieser Kommunikation über Grenzen hinweg, stand die Stärkung der Position von Frauen in den alternativen Medien sowie die Beteiligung von Migrantinnen auf der Agenda von IKX.

Debatte über verschiedene Identitäten

Beim Radiomachen wie auch in den internen Diskussionen spielten die verschiedenen Realitäten der Beteiligten immer eine bedeutende Rolle. Inwieweit werden unterschiedliche Bedingungen für Frauen, Migrantinnen, Lesben und Angehörige einer Bevölkerungsminder- bzw. Mehrheit wahrgenommen und akzeptiert, lautet eine der zentralen Fragen. Die Wiener Vorbereitungsgruppe setzte deshalb das Thema „Identitäten“ auf die Tagesordnung des diesjährigen Treffens.

Für Lola Garcia vom lateinamerikanischen Radioverband ALER ist „Identität nichts Statisches, sondern etwas Bewegliches, etwas, was sich formt und verändert und immer im

Verhältnis zu den kulturellen Systemen zu sehen ist, die uns umgeben“. Als eine von vier Podiumsteilnehmerinnen beschäftigte sich die Ecuadorianerin mit den identitären Mustern, die durch Migration hervorgerufen werden. „Die Migration zwingt uns, uns zu verändern und in verschiedenen Momenten verschiedene Identitäten anzunehmen“, erklärte Lola Garcia.

Über Identität zu reden, erzeuge oft „mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten“, argumentierte dagegen Rosario Faviloa Villegas Arellano. Die Peruanerin ist Mitglied der Gruppe „Mujeres Diversas“, der Lesben, Bisexuelle und Transgenderfrauen angehören. Die Definition von Homosexualität ist für sie „eine gesellschaftliche Konstruktion“, die auch in Lateinamerika immer noch sehr große Diskriminierung mit sich bringt. Um dem zu widerstehen, sei es notwendig, sich in Gruppen von Lesben oder Schwulen zu organisieren, ohne deshalb vermeintlich feststehende Identitäten zu definieren. Dieses Selbstverständnis wirkt sich natürlich auch auf die Radioarbeit der „Mujeres Diversas“ aus.

Neben solchen Debatten steht auch die gegenseitige Weiterbildung auf dem Programm der IKX-Konferenzen. So stellte ALER-Mitarbeiterin Garcia in Wien die in Lateinamerika beliebten „Radionovelas“ vor. Einem Fortsetzungsroman ähnlich informiert diese Sendeform unterhaltsam über Landesgeschichte, Verhinderung von Naturkatastrophen oder Frauenalltag.

Mit dem Workshop „Audio-datenbanken und Livestreaming“ nahm der Programmaustausch via Internet konkrete Formen an. Denn die Zeiten, in denen Beiträge auf Kassetten mit der Post verschickt werden, sind vorbei. Bald wird es nun die spanisch-deutsche Homepage geben, die Anbindung von IKX an schon bestehende Audio-datenbanken ist im Aufbau.

Die Begeisterung über die gelungene Direktübertragung am 8. März war groß. Nun wird über eine monatliche Vernetzung per Livestream nachgedacht, um über Ereignisse aus den Ländern zu berichten. Neue Horizonte sind auch für das IKX-Treffen in zwei Jahren in Sicht. Es soll erstmals in Lateinamerika, in Santiago de Chile, stattfinden.

Kristin Gebhardt ■



Foto: Denise Viola



Foto: Monika Strukow-Hamel

Alltag der Russen im Spiegel der Presse

Ein Gespräch mit Boris Feldmann, Chefredakteur der „Russkaja Germanija“, mit Sitz in Berlin

Der 5. Weltkongress der russischen Presse wird im Herbst in Baku stattfinden. Zum 4. Kongress trafen sich über 200 Vertreter russischer Medien aus 35 Staaten im letzten Oktober in Berlin, veranstaltet von den Berliner Vertretern der Weltassoziation der Russischen Presse WARP, der Verlagsgruppe „Russkaja Germanija“ und der russischen Presseagentur Itar-Tass. Was waren die Hauptthemen dieses Treffens?

Boris Feldmann: Wir haben uns natürlich gefreut, dass dieses bedeutende Treffen erstmals in Deutschland abgehalten werden konnte. Russische Medien gibt es heute in rund 60 Ländern, selbst in so exotischen Ländern wie Thailand oder Südafrika. Als ein Resultat des Berliner Kongresses ist eine gemeinsame Website in Vorbereitung, auf der wir künftig in einem Informationspool unsere Materialien austauschen. Wichtigstes Thema war deshalb der Aufbau solcher Netzwerke im wachsenden russischen Sprachraum als eine Reaktion auf die Globalisierung.

Was hat die in Deutschland erscheinende Wochenzeitung „Russkaja Germanija“ mit ihren Regionalausgaben, darunter „Russkij Berlin“, mit deutschen Zeitungen gemeinsam, was unterscheidet sie?

Wir verstehen uns nicht als Migrantenzeitung, sondern als eine deutsche Zeitung in russischer Sprache, deren Leser sich erst einmal für dieselben Fragen interessieren wie alle anderen in Deutschland auch. Aber natürlich gibt es Unterschiede. Zum einen ist die Berichterstattung über Russland umfangreicher und etwas anders gelagert, und das muss auch so sein. Und wir berichten viel mehr

darüber, wie unsere Landsleute in Deutschland leben. Darin sehe ich als Gründer der Zeitungen meine Aufgabe und Bestimmung. Bevor wir mit der Herausgabe der Zeitung begannen, haben wir lange in den Archiven gestöbert und in den vielen russischen Emigranten-Zeitungen gelesen, die in den Anfängen der 20er Jahren erschienen waren. Es gab damals allein vier Tageszeitungen, mehrere Dutzend Wochenzeitungen, 89 Verlage – es war wirklich sagenhaft. Geschrieben wurde über Politik und Kriegsgeschehen, philosophische Betrachtungen und alles Mögliche. Aber was wir kaum widerspiegeln fanden, war das Alltagsleben der Russen in Deutschland. Das ist bei „Russkaja Germanija“ anders. Ich bin sicher: Wenn jemand in 50 oder 100 Jahren unsere Zeitung nimmt, um etwas darüber zu erfahren, wie die Russen im Jahr 2003 in Deutschland lebten, wird er auf eine Fülle an Material stoßen.

Wer arbeitet in Ihren Redaktionen, gibt es eine Zusammenarbeit mit deutschen Kollegen?

Wir haben etwa 40 fest angestellte Mitarbeiter, außerdem 25 – 30 Freie sowie Autoren, die nur ab und zu für uns arbeiten. Die Mehrzahl sind natürlich Russen oder Menschen russischer Herkunft, auch deutsche Kollegen haben wir, Juden, Ungarn, wobei die Frage der Nationalität für uns wenig Bedeutung hat.

Wir arbeiten mit den deutschen Medien gut zusammen, unter anderem mit dem Springer-Verlag, mit der „Berliner Zeitung“, unserem Nachbarn „Der Tagespiegel“, aber auch mit der „BZ“ und dem Sender 100,6 oder der „Rheinischen Post“. Ein Problem ist es für uns oft, gute Fotos zu bekommen. Zwar haben wir Verträge mit AP und dpa, aber für unsere spezifischen Interessen können sie wenig anbieten, und wir können auch nur normal durchschnittliche Bildhonorare zahlen.

Wie bewerten Sie die Berichterstattung der deutschen Medien über Russland?

Die rein negative Berichterstattung mit dem Tenor Kriminalität, Korruption, Mafia und Chaos ist wesentlich zurück gegangen. Zwar ist

es nun einmal so, dass ein guter Mensch, der gute Arbeit macht, kein spannendes Medienthema abgibt. Trotzdem erscheint mir die Berichterstattung nicht nur der deutschen Kollegen oft etwas oberflächlich, da sie aus Moskau-Mitte wenig herauskommen und Dienstreisen sie bestenfalls noch nach Petersburg oder entlang der Route der Transsibirischen Eisenbahn führen. In der letzten Zeit ist jedoch spürbar, dass sich die deutsch-russischen Beziehungen verbessert haben. Außerdem gibt es in Deutschland mittlerweile 3 Millionen Menschen russischsprachiger Herkunft.

Das Thema Pressefreiheit – oft und kontrovers diskutiert. Wie fällt Ihr Vergleich aus?

Wissen Sie, ich bin seit 25 Jahren Journalist, lebe jetzt seit 13 Jahren in Deutschland. Was die Lage hier betrifft, so gibt es wirklich nichts zu klagen. Was die Pressefreiheit in Russland betrifft, so würde ich nicht sagen, dass sie nicht existent ist. Der Unterschied besteht jedoch darin, dass es keine wirklich unabhängigen oder öffentlich-rechtlichen Medien gibt. In Deutschland besteht keine so enge Verflechtung von Politik und Geschäft. In Russland sind enge Beziehungen zur Politik unerlässlich, um wirtschaftlich zu überleben. Über Abonnements und Werbung kann man sich nicht finanzieren, also braucht man finanzielle Zuwendungen und begibt sich damit in gewisse Abhängigkeiten. Außerdem haben die russischen Redaktionen noch immer eine unwahrscheinlich hohe Zahl fest angestellter Mitarbeiter und sind so nicht konkurrenzfähig. Anders ist es zum Beispiel bei einer Zeitung wie „Kommersant“, die dem in London lebenden Geschäftsmann Beresowski gehört, der der Politik fern steht. Das alles sehe ich als Entwicklungsprozess und denke, dass die Unabhängigkeit der Presse zunehmen wird. Und vergessen Sie nicht: in Deutschland ist ein Fernsehsender schlicht ein Fernsehsender, in Russland ist der Besitz eines Fernsehkanals eine Waffe, um die unerbittlich gestritten wird.

Das Gespräch führte
Monika Strukow-Hamel ■

Vier Regionalausgaben

Die Wochenzeitung „Russkaja Germanija“ erscheint mit weiteren vier Regionalausgaben, darunter „Russkij Berlin“ sowie für Franken, die Rheinregion und Hamburg. Die Gesamtauflage der Wochenzeitung liegt zurzeit bei 88 000 Exemplaren, davon die Berliner Ausgabe mit 15 000 Exemplaren, und einem Einzelverkaufspreis von 54 Cent. Erstmals erschien „Russkij Berlin“ im Jahr 1996, im Jahr darauf dann „Russkaja Germanija“. Gründer und Chefredakteur ist Boris Feldmann, seit 25 Jahren als Journalist tätig, davon seit sieben Jahren in Deutschland.

„Krieg und totale Herrschaft lassen Wahrheit nicht zu.“

Karl Jaspers, Philosoph

Die US-Presse-Offiziere sprechen von „Medienfütterung“ und meinen Manipulation. Dies gilt nicht nur für die 500 Berichterstatler, die im Tross der US-Streitkräfte unterwegs sind und von der „Koalition der Gutwilligen“ gut eingebettet (embedded) werden sollen. Auch Kardinal Karl Lehmann kritisiert diese „totale Mobilmachung“ der Medien während des Irak-Krieges. Bilder und Informationen sind längst zu Waffen geworden. Und ARD-Aktuell-Chefredakteur Bernhard Wabnitz bilanziert: „Es gibt nur noch zwei Weltmächte: die USA und die public opinion“. Mit diesem Problem-Relief beschäftigt sich das **Jahrestreffen von netzwerk recherche unter dem Motto: „Wahrheit als Kolateral-schaden – wohin treibt der Journalismus?“ vom 23. bis 24. Mai im NDR Veranstaltungszentrum, Hugh-Greene-Weg 1, 22529 Hamburg.**

Programmablauf

23.5.2003, 10.00 Uhr: 40 Jahre WELTSPiegel

Thema unter anderem „Embedment

– die Realität“ und „Journalismus nach Kriegsende“.

Die Teilnehmer des „netzwerk-jahrestreffens“ sind herzlich eingeladen.

Anmeldung NDR-Auslandsredaktion: Mario Schmidt (040/41 56 - 44 63)

E-Mail: mar.schmidt@ndr.de – www.weltspiegel.de

19.00h: Mitgliederversammlung netzwerk recherche

anschl. Fest: 40 Jahre Weltspiegel

24.05.2003, 9.00 Uhr: Grußworte

Prof. Jobst Plog, NDR-Intendant, ARD-Vorsitzender

Dr. Michael Rediske, Vorsitzender Reporter ohne Grenzen

9.30 – 10.30 Uhr, Streitgespräch: Wehrpflicht für die Medien?

Ankläger: Franziska Augstein (Süddeutsche Zeitung)

Verteidiger: Kellermeier (NDR-Fernsehdirektor)

Moderation: Prof. Reiner Burchardt (DeutschlandRadio)

10.30-11.50 Uhr: Duo mediale – Symbiose von Politik und Medien

Zwischenruf von Günther Gaus (Publizist)

11.00-13.00 Uhr: Gerüchte und Gerichte – Abgekupfert – Abgekanzelt: Dialog mit dem Bundeskanzler

Moderator: Jürgen Leinemann (Der Spiegel) und Michael Jürgs (Publizist)

Mittagspause – Get Together

14.00 Uhr: Verleihung der „Verschlossenen Auster“

15.00–16.00 Uhr: Foren und Workshops (Parallelveranstaltungen)

- The time after – Krieg und Krisen mit Verfallsdatum
Analyse und Fakten von Thomas Roth (ARD), Ariana Vuckovic (ZDF), Friedhelm Brebeck, (BR);

- Im Kreuzfeuer: Bettina Warken (ZDF) und Bernhard Wabnitz (ARD), angef., Moderation: Sonia Mikich (WDR)

- Wahre Nachricht – Nachricht Ware

Wie unterwandert die PR-Industrie den Journalismus?
Hans-Ulrich Jörges (Der Stern), Prof. Kocks (Cato – PR-Beratung), Funck (Publizist), Moderation: Kuno Habermus (NDR)

- Moderierte Werkstattgespräche unter dem Titel: Sieg und Niederlage beim Recherchieren

16.30–17.30 Uhr: Ergebnisse der Foren und Workshops

18.00 bis 19.30 Uhr: Presse unter Druck – Redaktionsschluss

Krisen-Analyse mit: Werner Kilz (Süddeutsche Zeitung), Dr. Frank Schirrmacher (FAZ), Dr. Wolfgang Storz (Frankfurter Rundschau), N.N. (Bundesverband der deutschen Verleger), Moderation: Hans Leyendecker (SZ)

19.45 Uhr: Abendessen – Kultur @ Kommunikation Kabarett

Anmeldungen bitte an: Jahrestreffen netzwerk recherche

Jahrestreffen netzwerk recherche, c/o Redaktion panorama, Margret Lenk, NDR, Hugh-Greene-Weg 1, 22529 Hamburg, Tel. 040/41 56 - 483 85, Fax 040/41 56 - 54 71, E-Mail: panorama@ndr.de

Ein Teilnehmerbeitrag von 40 Euro für Nichtmitglieder, 20 Euro für nr- Mitglieder, 10 Euro für Volontäre und Studenten zur Deckung der Vorbereitungskosten wird erwartet. Betrag bitte unter netzwerk recherche Kto. Nr. 0000 06 98 63, BLZ 370 502 99, Kreissparkasse Köln einzahlen. Bitte bringen sie den Einzahlungsbeleg mit.

Medien-Information: Dr. Thomas Leif, Tel. 0171 9321891, E-Mail: thomas.leif@faberdesign.de, Programm-Hinweise: www.netzwerkrecherche.de, netzwerk recherche, Marcobrunnerstr. 6, 65197 Wiesbaden, Fax 0611/49 51 52 und bansa@netzwerkrecherche.de

Service

Journalismus

EU-Menschenrechtspreis

BRÜSSEL. Die Internationale Journalisten-Föderation (IFJ) schreibt den Lorenzo Natali Preis für Menschenrechte und Entwicklungspolitik aus. Die Auszeichnung wird von der EU-Kommission getragen und prämiert Arbeiten von Print- und Online-Journalisten, die besondere Einblicke in die gegenseitige Abhängigkeit von Entwicklung und Menschenrechten gewähren. Die Beiträge sollten aus dem Jahr 2002 stammen. Einsendeschluss: 31. Mai 2003. Je 10.000 Euro gehen an einen Journalisten aus Europa, Afrika, dem Asien-Pazifik-Raum, der Arabischen Welt, Iran und Israel sowie Lateinamerika/Karibik. Information: Ann-Christina Hansen, IFJ, International Press Center, 155, Rue de la Loi, B-1040 Brüssel, Telefon 0032/2/235 22 07, Telefax 0032/2/235 22 19, E-Mail projects@ifj.org, Internet www.ifj.org/hrights/lorenzo/inpr.html.

wissenschaft visuell

STUTTGART. Die Zeitschrift „Bild der Wissenschaft“ und die Professur für Fachjournalistik an der Universität Gießen schreiben den Fotopreis „wissenschaft visuell“ für Fotografen und Bildjournalisten aus. Es werden Auszeichnungen im Gesamtwert von 10.000 Euro vergeben. Der Hauptpreis für das beste Einzelfoto ist mit 3500 Euro dotiert, der zweite Einzelfoto-Preis mit 2000 Euro. Ein zweiter Hauptpreis ist für die beste Foto-Reportage reserviert. Ausgezeichnet werden Fotos, die einem breiten Publikum Einblicke in die Arbeit von Forschern vermitteln. Mitmachen kann jeder, der zum Thema Forschung oder Hochschulleben in Deutschland, Österreich oder der Schweiz eindrucksvoll fotografiert hat. Einsendeschluss: 31. Juli 2003. Kontakt: Bild der Wissenschaft – Deutsche Verlagsanstalt, wissenschaft visuell, Neckarstraße 121, 70190 Stuttgart, Telefon 0711/22 292-712, Telefax 0711/22 292-750, E-Mail wissenschaft@dva.de, Internet www.wissenschaft.de.

Briten und Deutsche

BERLIN. Die Internationalen Journalistenprogramme (IJP) annonciieren erneut das George Weidenfeld Journalistenstipendium für britische und deutsche Journalisten. Die Stipendiaten arbeiten zwischen sechs und acht Wochen in britischen, beziehungsweise deutschen Redaktionen ihrer Wahl und berichten gleichzeitig für ihre Heimatmedien. Zur Vorbereitung des Austauschs kommen die je fünf deutschen und britischen Stipendiaten mit zehn

weiteren Kolleginnen und Kollegen aus beiden Ländern vor Beginn ihres Auslandsaufenthalts vom 25. bis 31. Oktober 2003 zur 17. traditionellen Deutsch-Britischen Journalistenkonferenz in Wiston House (Sussex), London und Berlin zusammen. Das Stipendium umfasst eine einmalige Zahlung von 3.000 Euro. Ein Eigenbeitrag wird erwartet. Journalisten im Alter zwischen 23 und 40 Jahren können sich entweder für das Stipendium inklusive der einwöchigen Konferenz, oder nur für die Deutsch-Britische Journalistenkonferenz bewerben. Bewerbungsschluss: 31. Juli 2003. Kontakt: Peter Littger, IJP, Postfach 310746, DE-10637 Berlin, E-Mail: weidenfeld@ijp.org, Internet www.ijp.org/deutsch/fellowships/navig/brit_index.html.

Im Zentrum der Mensch

DRESDEN/MÜNCHEN. „Lernen im 21. Jahrhundert – Der Mensch als lernendes Individuum“ – so ist in diesem Jahr der Medienpreis „Im Zentrum der Mensch“ überschrieben, den das Deutsche Hygiene Museum Dresden und die DKV-Krankenversicherung mit 12.000 Euro dotiert haben. Der Preis wird für einen Beitrag vergeben, der nach dem 1. März 2003 in einem deutschsprachigen Printmedium erschienen ist. Einsendeschluss: 15. August 2003. Der Medienpreis fragt in der aktuellen, an die PISA-Studie anschließenden bildungspolitischen Diskussion, welche Bedeutung das Lernen für das einzelne Individuum hat: Wie lernt der Mensch, und welche Erkenntnisse dieses elementaren Vorgangs bereit? Wie könnte eine neue Kultur des lebenslangen Lernens im 21. Jahrhunderts aussehen? Informationen im Internet unter www.dhmd.de und bei: HartzCommunication GmbH, Montgelasstraße 8, 81679 München, Telefon 089/99 84 61 - 21, Telefax 089/99 84 61 - 20, E-Mail info@hartzcommunication.de.

Parteienstaat in Not?

KÖLN. „Parteienstaatliche Demokratie in Nöten – von der Erstarrung zur Öffnung?“ – Dies ist die Themenstellung des Friedwart Bruckhaus-Förderpreises, den die Hanns Martin Schleyer-Stiftung an junge Wissenschaftler und Journalisten vergibt. Die journalistischen Beiträge sollen sich durch allgemeinverständliche Darstellung wissenschaftlicher Erkenntnisse und praktischer Erfahrungen auszeichnen. Es werden drei Preise von je 5.000

Journalismus

Euro vergeben. Berücksichtigt werden Arbeiten, die nach dem 1. Januar 2003 in deutscher Sprache veröffentlicht oder gesendet wurden. Teilnehmen können Bewerber unter 32 Jahren. Einsendeschluss: 30. Juni 2004. Kontakt: Hanns Martin Schleyer-Stiftung, Bachemer Straße 312, 50935 Köln, Telefon 0221/38 40 85, Telefax 0221/34 46 97, E-Mail info@schleyer-stiftung.de.

Berg.Welten

INNSBRUCK. Einen Preis für Reisejournalismus unter dem Motto „Berg.Welten“ vergibt die Tirol Werbung. Eingesandt werden können bereits publizierte, deutschsprachige Reiseberichte, die zwischen dem 1. Januar 2002 bis zum Einsendeschluss am 18. Juli 2003 veröffentlicht wurden. Der Artikel sollte eine Länge von 30.000 Zeichen nicht überschreiten. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Arbeit in einer Zeitung oder einem Magazin publiziert, ob sie bebildert oder als reiner Text abgedruckt wurde. Information: Agentur Forcher, Fur-

terzaunweg 4, A-6020 Innsbruck, Telefax 00 43/512/39 39 89-4, E-Mail: bergwelten@aon.at, Internet www.bergwelten.at.

Schizophrenie & Stigma

NEUSS. „Schizophrenie und Stigma“ heißt ein Journalistenpreis, den das Neusser Pharmaunternehmen Janssen-Cilag gemeinsam mit dem Bundesverband der Angehörigen psychisch Kranker ausschreibt. Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert. Ausgezeichnet werden laienverständliche Arbeiten in Zeitungen und Zeitschriften, die über das Krankheitsbild informieren, über den Umgang mit der Psychose, über Betroffene, Angehörige, Therapeuten. Zugelassen sind Beiträge aus dem Kalenderjahr 2003. Einsendeschluss: 31. Dezember 2003. Kontakt: Publicis Vital PR, Andrea Bötcher, Hansaring 97, 50670 Köln, Telefon 0221/91 27 19 13, E-Mail andrea.boettcher@publicis-vital-pr.de.

Medienpreis Emsland

LINGEN/MEPPEN. Die Johann-Alexander-Wisniewsky-Stiftung in

Lingen/Ems schreibt erstmals den „Medienpreis Emsland“ aus. Der Landstrich zwischen niederländischer Grenze und Oldenburger Münsterland, zwischen Ostfriesland und Nordrhein-Westfalen soll außerhalb des Tagesgeschehens dargestellt, die besonderen Eigenheiten der Region herausgearbeitet werden. Die Auszeichnung ist mit 20.000 Euro prämiert. Bewerben können sich Journalisten aus Print- wie elektronischen Medien inklusive Internet. Der Preis wird alle vier Jahre ausgeschrieben. Erster Einsendeschluss für bereits veröffentlichte Beiträge: 15. Juni 2003.

Information: Landkreis Emsland, Medienpreis, Ordeniederung 1, 49716 Meppen, Telefon 059 31/44-13 17, Telefax 059 31/44-13 39 17, E-Mail dagmar.heidotting@emsland.de, Internet www.emsland.de.

Beiträge über Sterbehilfe

AUGSBURG. Einen Journalistenpreis für Beiträge über Sterbehilfe vergibt die Deutsche Gesellschaft

für Humanes Sterben (DGHS). Der Arthur-Koestler-Preis ist mit 5.000 Euro dotiert. Benannt wurde er nach dem vor den Nazis geflohenen deutschen Journalisten Arthur Koestler, der in Großbritannien Mitglied der weltweit ersten Sterbehilfegesellschaft war und im britischen Exil gemeinsam mit seiner Frau in den Freitod ging. Gesucht werden deutschsprachige Zeitungs-, Zeitschriften- oder Buchbeiträge, die nach dem 15. September 2002 erschienen sind. Einsendeschluss für die Arbeiten (in zweifacher Ausfertigung): 15. September 2003. Erstmals sind auch Radio- und Internet-Beiträge zugelassen. Adresse: DGHS e.V., Lange Gasse 2-4, 86030 Augsburg, Telefon 08 21/50 23 50, Internet www.dghs.de.

Multimedia

NetMediaAwards

BARCELONA. Bei der NetMedia Konferenz in Barcelona am 3. Juli 2003 sollen auch die 5. Europäischen Preise für Online-Journalismus vergeben werden. Die Ausschreibung läuft. Noch bis zum 31. Mai 2003 können journalistische Online-Arbeiten zum Wettbewerb angemeldet werden, Geschichten die mit den Möglichkeiten der Internet-Gestaltung noch spannender und leserfreundlicher gestaltet wurden. Schwerpunkt der Bewertung sind aber journalistische Recherche und Textqualität. Genauere Informationen im Internet unter www.net-media.co.uk/awards/rules.asp oder bei Milverton Wallace, Telefon 00 44/20/76 36 47 77, E-Mail info@net-media.co.uk.

Medienstammtische

BERLIN/HAMBURG. Das Team von connex.av, der Vertretung für Medienschaffende in ver.di, weist auf seine regelmäßig stattfindenden Stammtische in Berlin und Hamburg hin. Der nächste „Second Tuesday“ findet am 13. Mai in der Berliner Gaststätte Oberbaumeck statt. Der „H.O.S.T.“ – Hamburger Online-Stammtisch – trifft sich immer am letzten Mittwoch im Monat, nächstes Treffen ist am 28. Mai im Foyer des Monsun-Theater in Hamburg-Ottensen. Informationen im Internet unter www.connex-av.de/Termine. Telefon 030/86 31 24 17, Telefax 030/86 31 29 35.

Gehaltstarifvertrag

für Redakteurinnen und Redakteure an Zeitschriften 2002 – 2004

Gehaltstabelle inkl. Erhöhungen um 2,3% ab 1. Januar 2003 und 1% ab 1. Januar 2004, Einmalzahlungen von 75 € im März 2003 und 50 € im März 2004, mit einer Laufzeit vom 1. August 2002 bis zum 31. Mai 2004.

	bis 31.12.2002	ab 1.01.2003	ab 1.01.2004
Redakteurinnen und Redakteure in der Gehaltsgruppe I			
im 1. Berufsjahr	2550,32	2609	2635
im 2. und 3. Berufsjahr	2766,09	2830	2858
im 4. Berufsjahr	3013,04	3082	3113
im 5. Berufsjahr	3304,48	3380	3414
im 7. Berufsjahr	3458,89	3538	3573
im 10. Berufsjahr	3748,28	3834	3872
im 15. Berufsjahr	3944,11	4035	4075
Redakteurinnen und Redakteure in der Gehaltsgruppe II			
ab 3. Berufsjahr	3407,76	3486	3521
ab 5. Berufsjahr	3851,05	3940	3979
ab 10. Berufsjahr	4427,79	4530	4575
ab 15. Berufsjahr	4658,38	4766	4814
Volontärinnen und Volontäre vor vollendetem 22. Lebensjahr			
im 1. Ausbildungsjahr	1248,57	1277	1290
im 2. Ausbildungsjahr	1454,63	1488	1503
Volontärinnen und Volontäre nach vollendetem 22. Lebensjahr			
im 1. Ausbildungsjahr	1589,10	1626	1642
im 2. Ausbildungsjahr	1798,21	1840	1858

Seminare / Tagungen

Journalismus aktuell

EMA, Berlin. 28. Juli bis 8. August: Orientierungskurs praktischer Journalismus.

FES, Bonn. 1. bis 26. September: Blick hinter die Kulissen der Politik – Praktika bei Bundestagsabgeordneten.

Journalistische Themen

FES, Bonn. 16. bis 20. Juni in Brüssel: Einblicke in die Europapolitik.

Journalistische Formen

ABP, München. 10. bis 13. Juni: Porträt. 10. bis 18. Juni: Feature.

ABZV, Bonn. 21./22. Juli in Blaubeyern: Kreatives Schreiben.

AFP, Hamburg. 11. bis 13. Juni: Wirtschaftsjournalismus. 14. bis 17. Juli: Schreibwerkstatt. 25. Juli: Die Kunst der kleinen Texte.

JHB, Hagen. 16. bis 18. Juni: Sportreportage. 23. bis 26. Juni: Kommentar, Editorial, Glosse. 7. bis 10. Juli: Recherche. 21. bis 25. Juli: Interview-Training. 28. bis 30. Juli: Redigieren.

FES, Bonn. 23. bis 26. Juni in Würzburg: Journalistische Stilformen.

HNS, Berlin. 22./23. Mai: Das Handwerk der Buchkritik. 23. bis 25. Juni: Zeitschriftenjournalismus. 30. Juni/1. Juli: Porträt im Printmedium.

Journalismus online

ABZV, Bonn. 11./12. Juni: Journalistische Darstellungsformen im Internet. 25. Juni in Tübingen: Internet-Recherche für Journalisten. 26. Juni in Tübingen: Internet-Auftritt und Web-Page-Design.

JHB, Hagen. 10. bis 11. Juni: Online-Recherche. 16. bis 18. Juni: Schreiben fürs Internet. 28. Juli bis 8. August: Aufbau-seminar Online-journalismus.

MAK, Köln. 14. bis 16. Juli: Online-Redaktion II.

WOMAN, Frankfurt. 24./25. Juni: Professionelle Recherche im Internet. 30. Juni/1. Juli: Schreiben für Online-Medien I.

Layout/Infografik

JHB, Hagen. Ab 1. Juni: einjährige Weiterbildung Multimedia News-Design (Zeitungsdesign, Webdesign, Infografik für Print, Web und TV. Bewerben können sich Akademiker, Studienabbrecher und Berufswechsler. Kontakt: 023 31/365 – 600).

HNS, Berlin. 30. Juni bis 4. Juli: Layout.

Volontäre

JSR, Essen. 16./17. Juni: Vom Umgang mit Statistiken. 23. bis 27. Juni: Reportage-Workshop/Grundseminar.

Fotografie

AFP, Hamburg. 2. bis 6. Juni: Pressefotografie.

NA, Hamburg. 11. Juni: Bilder in Bestform – Adobe Photoshop.

Hörfunk

AFP, Hamburg. 2. bis 4. Juni: Radionachrichten. 18. bis 20. Juli: Radio intensiv – Comedy Schule.

DHA, Dortmund. 16./17. Juni: Talk mit Hörern. 10./11. Juni: Soundprocessing. 11. Juni: Starke O-Töne fallen nicht vom Himmel. 16./17. Juni: Interview-Training – Talk mit Hörern. 26./27. Tricks und Kniffs zur Hörerbindung. 30. Juni: Strategien und Konzepte bei Themennot. 1./2. Juli: Kritik und Feedback journalistischer Produkte. 7./8. Juli: Interview-Training – Personenzentrierte Interviews.

EMA, Berlin. 21. bis 23. Mai: Digitaler Audioschnitt. 4. bis 6. Juni: Sprechtraining.

FFFZ, Düsseldorf. 23. Juni: Präsentation von Hörfunk-Nachrichten.

NPR, Berlin. Abendkurse. 2./4. Juni: Audioschnitt. 5. bis 21. Mai (5 Termine): Radiobasiskurs/Magazinsendung mit O-Tönen. 19. bis 27. Mai (4 Termine): Sprechen und Moderieren.

Selbst- und Medienmanagement

ABZV, Bonn. 2./3. Juni in Sarstedt: Kreative Arbeitsmethoden für den journalistischen Alltag.

AFP, Hamburg. 20./21. Juni: Job Coaching 3.

DHA, Dortmund. 27. bis 29. Juni: Führungskräfte-Training – Eigene Potentiale entwickeln. 30. Juni: Zeit- und Selbstmanagement.

EMA, Berlin. 2. bis 4. Juli: Marketing für Freie.

HNS, Berlin. 19. bis 22. Mai: Erfolgreich führen.

JHB, Hagen. 26. bis 28. Mai: Kreativitätstraining. 14. bis 16. Juli: Krisenkommunikation.

MAK, Köln. 2./3. Juni: Teambuilding. 16. bis 18. Juni: Kreativitätstechniken. 7./8. Juli: Projektmanagement I.

NA, Hamburg. 24./25. Juni in München: Kreativitätstraining – Effektives Arbeiten im Team. 26./27. Juni in München. Überzeugend präsentieren – Gewinnen durch ein gutes Gefühl.

Film & TV

ABP, München. 2. bis 6. Juni: Fernsehmoderation und -präsentation.

BH, Berlin. 30. Mai bis 1. Juni: Dramaturgie der Stoffe 2.

13. bis 15. Juni: Drehbuch Aufbaukurs 1. 20. bis 22. Juni: Drehbuch Grundkurs. 19. bis 20. Juli: Drehbuch Aufbaukurs 2.

DWH, Hamburg. 7. Juni: Exposé I. 14. Juni: Exposé II. 21. Juni: Exposé III. 11. bis 13. Juli: Drehbuch-Grundkurs.

FH, Hamburg. 7. bis 8. Juni: Dokumentarfilm. 20. bis 22. Juli: Drehbuch Grundkurs.

FHF, Frankfurt. 14. Juni: Informationsveranstaltung über die Hessische Filmförderung.

FFFZ, Düsseldorf. 12. bis 14. Juni: Die TV-Reportage. 7. Juli: TV-Moderation: Coaching.

FWM, Münster. „Digitale Sommerakademie“ vom 23. bis 11. Oktober. 23. bis 27. Juni: „Digitale-Bildbearbeitung“ mit Photoshop und Image Ready“. 30. Juni bis 4. Juli: Webseitenerstellung mit Dreamweaver und Fireworks. 7. bis 11. Juli: Animation und Interaktion mit Flash. 14. bis 18. Juli: Videoschnitt mit Final Cut Pro. 21. bis 25. Juli: Soundbearbeitung mit Logic und Cubase. 28. Juli bis 1. August: DVD-Authoring. 9. bis 11. Mai: Kamera I. 15. bis 18. Mai: Kamera II. 30. Mai bis 1. Juni: Filmschnitt. 13. bis 15. Juni: Aufnahmeleitung. 21./22. Juni und 5./6. Juli: Stoff- und Projektentwicklung. 27. bis 29. Juni: Kurz und schmerzlos – Produktion von Kurzfilmen. 12. bis 13. Juli: Drehbuchschreiben – Eine Einführung. 18. bis 20. Juli: Lichtgestaltung. 4. bis 6. September: Digitale „Kino“. 19. 21. September: Script-Doctoring. 11. Oktober: Filmfinanzierung.

HNS, Berlin. 12. bis 15. Mai: Drehbuchschreiben. 12. bis 16. Mai: TV für Einsteiger.

KFH, Köln. 2. bis 6. Juni: Drehbuch II. 13. bis 15. Juni: Script/Continuity. 16. bis 20. Juni: Drehbuch I. 2. bis 6. Juni: TV-Ü-Wagen – Technik und Einsatz. 28./29. Juni: TV-Interviewtraining für Journalisten. 8. bis 11. Juli: Produktion von Kurzfilmen. 14. bis 18. Juli: Dokumentarfilm.

MSD, Berlin. Seminarreihe Serie – 10. bis 13. Juni: Business.

MUK, Hamburg. Drehbuch – 13. bis 15. Juni in Berlin: Vom Exposé zum Treatment. 18. bis 20. Juli: Einführung in das Drehbuchschreiben. 19./20. Juli in Berlin: Weiterentwicklung eines Treatment. 5. und 19. Juli: Dokumentarfilm-Projektentwicklung.

MZW, Wiesbaden. 20. bis 22. Juni: Angewandte Filmdramaturgie. 25. bis 27. Juli: Figurenfindung.

Film- & TV-Technik

BET, Hamburg. 28. bis 30. Juni in Köln: Studiokamera.

BBM, Ludwigshafen. 7. Juni: Die bewegte Kamera – Dollies, Kräne, Steadicam. 28. Juli: Filmkamera-Seminar.

KFH, Köln. 5./6. Juli: Premiere II (Advanced). 11. bis 13. Juli: AVID Media Composer Basic.

Film & TV-Management

ADB, München. 9. Juli: Rechtsfragen der Filmproduktion.

AH, Braunschweig. 26. bis 28. Mai in Hannover: Reden vor großen Gruppen. 25. bis 27. Juni in Hannover: Selbstmanagement vor der Kamera.

BET, Hamburg. 14. Juni: Internet-TV.

FH, Hamburg. 14. bis 15. Juni: Fortbildung Produktionsleitung: Finanzierung/Finanzierungsplan, Dreharbeiten. 27. bis 29. Juli: Fortbildung Produktionsleitung: Postproduktion, Filmauswertung. 5. bis 19. Juli: Dokumentarfilm 2 – Projektentwicklung.

KFH, Köln. 30. Juni bis 4. Juli: Filmproduktion Modul III.

MSD, Berlin. 8. bis 11. Juli: Produktionsmanagement Fiction.

MUK, Hamburg. 14./15. Juni: Produktion 5 – Finanzierungsplan. 27. bis 29. Juni: Produktion 6 – Postproduktion, Auswertung.

Public Relations

AFP, Hamburg. 26. bis 28. Juni: Der gute Draht zu den Medien. 21. bis 23. Juli: Kundenmagazine.

AFW, Bad Harzburg. 22. bis 24. Mai: Basics und Fallstricke der Public Relations.

HNS, Berlin. 19. bis 21. Mai: Die Kundenzeitschrift. 22. bis 24. Mai: die erfolgreiche Mitarbeiterzeitschrift.

JHB, Hagen. 2. bis 6. Juni: Stellenjournalismus Grundlagen. 10. bis 12. Juni: Miniporträt.

1. bis 4. Juli: Mitarbeiterzeitschrift.

MFG, Stuttgart. 16. Juli: Erfolgreich mit Agenturen zusammenarbeiten.

MAK, Köln. 12./13. Juni: Eventmanagement.

MultiMedia

AH, Braunschweig. 7. bis 9. Juli in Hannover: E-Learning-Management.

MFG, Stuttgart. 2. Juli in Berlin: Deutscher Multi Media Kongress DMMK 2003 – Forum Digitale Wirtschaft mit Verleihung des Deutschen Multimedia Awards. 2./3. Juli in Baden-Baden: 8. Baden-Badener Sommerakademie „E-Learning in Praxis und Wissenschaft“. 8. Juli: IT Security – Krisen durch Sicherheitsmanagement vermeiden.

Mitbestimmung

DGB, Düsseldorf. Bildungsur- laubs-Seminare: 6. bis 11. Juli in Straßburg: Europa vor Ort – Das europäische Parlament. 14. bis 18. Juli in Altastenberg: Arbeitsmarkt- politik. 21. bis 25. Juli in Elspe: Ökologie und Weltwirtschaft. 7. bis 12. September: Deutsche Besatzung in Italien und antifaschistischer Widerstand 1943–1945. 22. bis 26. September in Hachen: Stressbewältigung und Gesundheitsschutz im Betrieb.

Adressen/ Seminare

ABP: Akademie der Bayerischen Presse, Rosenheimer Straße 145c, 81671 München, Telefon 089/ 49 99 92-0, Telefax 089/49 99 92-22, Internet www.akademie-bayerische-presse.de, E-Mail abp-muenchen@t-online.de.

ABZV: Akademie Berufliche Bildung der deutschen Zeitungsver- lage e.V., In der Wehrhecke 1, 53125 Bonn, Telefon 0228/25 900-0, Telefax 0228/25 900-26, Internet www.abzv.de, E-Mail info@abzv.de.

ADB: Akademie des Deutschen Buchhandels GbR, Literaturhaus München, Salvatorplatz 1, 80333 München, Telefon 089/29 19 53-0, Telefax 089/29 19 53-69, Internet www.buchakademie.de. E-mail info@buchakademie.de.

AFP: Akademie für Publizistik, Warburgstraße 8–10, 20354 Ham- burg, Telefon 040/41 47 96-0, Telefax 040/41 47 96-90, Internet www.akademie-fuer-publizistik.de, E-Mail info@akademie-fuer-publizistik.de.

AFW: Wirtschaftsakademie Bad Harzburg GmbH, Eberhard B. Freise, An den Weiden 15, 38667 Bad Harzburg, Telefon 053 22/90 20-39, Telefax 053 22/90 20-40, Internet www.afwbadharzburg.de, E-Mail bildung@afwbadharzburg.de.

AH: AH Coaching & Medienpro- duktion, Am Lagholz 20, 38173 Sickinge/Braunschweig, Telefon 053 05/90 18 90, Telefax 052 05/ 90 18 80, www.hirschhornweb.de, E-Mail hirschhorn@web.de.

Adressen/Seminare

BBM: Bildungszentrum BürgerMe- dien, Turmstraße 8, 67059 Ludwigs- hafen, Telefon 06 21/52 22 47, Telefax 520 22 43, E-Mail hans- uwe.daumann@lpr-online.de.

BET: Broadcast Engineering and Training, Michael Mücher, Niendor- fer Straße 51, 22529 Hamburg, Telefon 040/42 10 84-0, Telefax 040/42 10 84-10, E-Mail uta.kubisch@bet.de, Internet <http://bet.de>.

BH: Brecht-Haus Berlin, Chaussee- straße 125, 10115 Berlin. Kontakt: Telefon 040/39 90 99 31. Telefax 040/390 95 00, E-Mail info@me- dienundkultur.hamburg.de, Inter- net www.medienundkultur.ham- burg.de

EMA: Evangelische Medienakade- mie/Journalistenschule; Jebens- straße 3, 10623 Berlin. Telefon 030/310 01 - 417, Fax 030/310 01 - 440. Internet www.evangelische-medienakademie.de; E-Mail izimmer@ev-medienakademie.de

DGB NRW: DGB-Bildungswerk NRW e.V., Friedrich-Ebert-Straße 34–38, 40210 Düsseldorf, Telefon 02 11/ 36 83-138 oder -143, Internet www.DGB-Bildungswerk-NRW.de.

DHA: Deutsche Hörfunk Akademie, Nollendorfplatz 2, 44339 Dort- mund, Telefon 0231/98 89 00, Tele- fax 0231/98 89 0-25, E-Mail dha@hoerfunkakademie.de, Inter- net www.hoerfunkakademie.de.

DWH: Drehbuchwerkstatt Ham- burg e.V., Telefon 040/390 37 22, Telefax 040/39 34 79, Internet www.drehbuchwerkstatt-ham- burg.de.

FES: Friedrich-Ebert-Stiftung, Jour- nalistenakademie, Godesberger Allee 149, 53170 Bonn, Telefon 0228/883-325, Telefax 0228/ 883-695, Internet www.fes.de, E-Mail apbmail@fes.de.

FFFZ: Film Funk Fernseh Zentrum der Evangelischen Kirche im Rhein- land, Kaiserswerther Straße 450, Postfach 30 03 43, 40403 Düssel- dorf, Telefon 0211/45 80-250, Telefax 0211/45 80-200.

FH: Filmhaus Hamburg, Friedens- allee 7, 22765 Hamburg, Telefon 040/39 90 99 31. Telefax 040/390 95 00, E-Mail info@me- dienundkultur.hamburg.de, Inter- net www.medienundkultur.ham- burg.de

FHF: Filmhaus Frankfurt e.V., Schützenstraße 12, 60311 Frank- furt/Main, Telefon 069/13 37 99- 94 und -96, Telefax 069/13 37 99-98, E-mail Filmhaus-Frankfurt@t-online.de, Internet www.Film- haus-Frankfurt.de.

FWM: Filmwerkstatt Münster e.V. Gartenstr. 123, 48147 Münster, Telefon 0251/230 36 21,

Telefax 0251 / 230 36 09 E-Mail: film@muenster.de Internet: www.filmwerkstatt.muenster.de

HNS: Henri-Nannen-Schule Berlin, Ritterstraße 3, 10969 Berlin, Telefon 030/79 74-270, Telefax 030/79 74-27 22, Internet www.hnsberlin.de, E-Mail henrinannen@yahoo.de.

JHB: Journalistenzentrum Haus Busch/Deutsches Institut für publizistische Bildungsarbeit, 58099 Hagen, Telefon 023 31/365-600, Telefax 023 31/365-699. Internet: <http://www.hausbusch.de>, E-Mail hausbusch@hausbusch.de. Schriftliche Bewerbungen für Multimedia Publi- shing: Multimedia-Center, Universitätsstraße 11, 58097 Hagen, Telefon 023 31/98 47 40, Internet www.mmc-hagen.de.

JSR: Journalistenschule Ruhr, Sche- derhofstraße 55–57, 45145 Essen, Telefon 0201/804-19 61 oder -19 62, Telefax 0201/804-19 63, E-Mail m.jentsch@journalisten- schule-ruhr.de. Internet www.journalistenschule-ruhr.de.

KFH: Kölner Filmhaus e.V., May- bachstraße 111, 50670 Köln, Tele- fon 0221/22 27 10-30, Telefax 0221/22 27 10-99, E-Mail seminare@koelner-filmhaus.de, Internet www.koelner-filmhaus.de.

MAK: Medienakademie Köln gGmbH, Im MediaPark 6, 50670 Köln, Telefon 0221/57 43 72 00, Telefax 0221/57 43 72 01, Internet www.medienakademie-koeln.de.

MFG: Medien- und Filmgesell- schaft Baden-Württemberg mbH, Medienentwicklung, Geschäftsstel- le doIT, Breitscheidstraße 4, 70174

Stuttgart, Telefon 0711/90 715- 300, Telefax 0711/715-350, Inter- net www.mfg.de oder www.doIT- online.de, E-Mail medienentw-ick- lung@mfg.de.

MSD: Master School Drehbuch, Liniestraße 155, 10115 Berlin, Telefon 030/308 79 315, Telefax 030/308 79 314, Internet www.masterschool.de, E-Mail info@mas- terschool.de.

MUK: Medien und Kulturarbeit e.V., Friedensallee 7, 22765 Ham- burg, Telefon 040/39 90 99 31, Telefax 040/390 95 00, Internet www.medienundkultur.hamburg.de, E-Mail medienundkulturarbeit@t- online.de.

MZW: Medienzentrum Wiesbaden e.V., Neugasse 15-19, 65183 Wiesbaden, Telefon 0611/166 58 43, Telefax 0611/31 39 29, E-Mail stump@wiesan.de, Internet www.medienzentrum-wiesbaden.de.

NA: news aktuell GmbH, media- workshops, Mittelweg 144, 20148 Hamburg, Telefon 040/41 13- 28 41, Telefax 040/41 13-28 76, Internet www.newsaktuell.de, E-Mail mediaworkshop@newsak- tuell.de.

NPR: Non Profit Radio, Hörfunk- schule Berlin, Axel-Springer-Straße 40/41–A4, 10969 Berlin, Telefon 030/68 30 20 90, Telefax 030/68 30 20 91, www.radiokurse.de.

WOMAN: Wom@nticker – Medien- agentur für Frauen, Hohenstaufen- straße 8, 60327 Frankfurt/Main, Telefon 069/74 30 98 63, Telefax 069/74 30 98 64, E-Mail info@womanticker.de, Internet www.womanticker.net.

Anzeige

Impressum

„M – Menschen Machen Medien“ Medienpolitische ver.di-Zeitschrift, erscheint monatlich (10 Ausgaben im Jahr)

Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)/Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank Bsirske/Frank Werneke

Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030/69 56 23 26
Anschrift: ver.di Bundesvorstand/Redaktion M, Potsdamer Platz 10, Haus 4 10785 Berlin, Fax: 030/69 56 36 76
E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.
Verlagsanschrift: „M – Menschen Machen Medien“, ver.di e.V., Bundesvorstand, Potsdamer Platz 10, 10785 Berlin.

Anzeigenleitung: Bernd Heußinger, Kornweg 21, D-21445 Wulfsen, Telefon 041 73-5 09 92-0
Telefax 041 73-51 19 12, E-Mail: heussinger@verdi-anzeigen.de
Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 8a, gültig ab 1. 1. 2002, anzufordern bei der Anzeigenleitung
Anzeigenschluss: Bitte Terminliste anfordern.

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030/322 18 57

Bildrecherche: Christian v. Polentz
Druck und Vertrieb: W. E. Weinmann Druck + Media GmbH, Raiffeisenstr. 15, 70794 Filderstadt, Postfach 41 60, 70779 Filderstadt

Jahresabonnement: 36 € einschließlich Versandkosten.

Abonnementsverwaltung: Verlagsgesellschaft W. E. Weinmann mbH, Postfach 12 07, 70773 Filderstadt, Telefon 07 11/7 00 15 30.
Für Mitglieder der Fachgruppen Rundfunk/Film/Audiovisuelle Medien (RFFU) und Journalismus (dju) im Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie) von ver.di ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen und Fachbereichen ermäßigt sich die jährliche Bezugsgebühr auf 18 € – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen: „Kunst & Kultur“ verantwortlich: Burkhard Baltzer 0711/2097-2 60
„Druck + Papier“ verantwortlich: Henrik Müller 030/69 56 – 10 76

ver.di – Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie) im Internet (inkl. aktuelles Inhaltsverzeichnis von „M“ und ausgewählte Texte, Archiv seit März '96):
www.verdi.de/m

Redaktionsschluss: „M“ 6/2003: 11.04.2003
„M“ 7–8/2003: 12.05.2003

ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Film/TV/Video

Babelsberger Medienpreise POTSDAM. Die besten Absolutenfilme einer deutschen Film-Hochschule können noch bis zum 9. Mai 2003 für die Babelsberger Medienpreise eingereicht werden. Die Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ (HFF), die Gesellschaft zur Wahrnehmung von Film- und Fernsehrechten und der ORB laden zur Teilnahme an der Nachwuchsaktion ein. Ausgezeichnet werden je ein Spielfilm und ein Dokumentarfilm. Das Preisgeld beträgt jeweils 18.000 Euro. Das Vorschlagsrecht liegt bei der Hochschulleitung bzw. der Fachbereichsleitung. Der 9. Mai ist auch Anmeldeschluss für den mit 25.000 Euro dotierten Erich-Kästner-Filmpreis für das beste deutschsprachige Kinder- und Jugendprogramm. Hier sind deutschsprachige Fernsehsender und Produktionsfirmen aufgefordert, ihre gewaltfreien, phantasievollen und spannenden Programmbeiträge einzureichen. Näheres im Internet unter www.hff-potsdam.de/deutsch/aktuell/aktuell.html. Kontakt: HFF, Marlene-Dietrich-Allee 11, 14482 Potsdam, Telefon 0331/62 02 - 130.

Filme über die Eine Welt HAMBURG. Einen Überblick über neue Filmproduktionen, die sich mit entwicklungspolitischen Fragen befassen, gibt der XVII. Fernsehworkshop vom 29. Juni bis 2. Juli 2003 in der Evangelischen Akademie Arnoldshain. Filmschaffende und Produzenten sind eingeladen, noch bis zum 7. Mai 2003 ihre Film- und Videoproduktionen einzureichen. Eine Fachjury wird die Filme bewerten und für die Bildungsarbeit empfehlen. Informationen und Ausschreibungsunterlagen gibt es im Internet unter www.fernsehworkshop.de. Näheres auch beim Büro für Kultur- und Medienprojekte, Postfach 500161, 22701 Hamburg, Telefon 040/390 14 07, E-Mail info@fernsehworkshop.de.

Neu im Netz

www.lfm-nrw.de/mpa2
Der Medienpädagogische Atlas NRW der Landesanstalt für Medien und des Adolf Grimme Instituts bietet u.a. eine Online-Datenbank zu Einrichtungen, Initiativen und Vereinen, die medientheoretische und -praktische Kompetenzen vermitteln, sowie eine Praktikumsbörse. Telefon: 023 65/91 89 - 29.

Leute

Christiane Arp, zuletzt stellvertretende Chefredakteurin und Fashion Director von „Vogue“ (Condé Nast Verlag), löste als Chefredakteurin **Angelica Blechschmidt** ab, die als Beraterin für eine neue „Vogue“-Buchreihe wirken soll.

Holger August und **Christine Schuhmann**, bisher Nachrichtenredakteure bei Hit Radio FFH (Bad Vilbel), rückten zu stellvertretenden Nachrichtenchefs auf.

Jochen Beckmann, bislang Verlagsleiter der Programmzeitschriften des Axel Springer Verlags, wurde zum Verlagsgeschäftsführer für diesen Bereich berufen.

Pascal Beucker arbeitet weiterhin als nordrhein-westfälischer Landeskorrespondent für die taz-Hauptausgabe. Er verlässt die taz also nicht, wie fälschlicherweise in M 4/2003 vermeldet. Beucker hat lediglich die Leitung der wöchentlich erscheinenden taz-Lokalausgabe Köln zum 31.12.2002 abgegeben.

auch selbst schicken:
Fax 030 / 69 56 36 76

Ralph Bollmann, bisher Redakteur für die Schwerpunktsseiten der „taz“, und **Patrik Schwarz**, zuletzt Parlamentskorrespondent, wurden gleichberechtigte Leiter der „taz“-Redaktion Inland.

Thomas Braune (ORB-Fernsehen) wurde als Vorsitzender der Landespresskonferenz Brandenburg wieder gewählt. Weitere Mitglieder des Vorstands sind: **Gerlinde Schneider** (freie Journalistin), Igor Göldner („Märkische Allgemeine“), **Thomas Bittner** (ORB-Fernsehen), **Susann Fischer** (ddp), **Ronald Bahlburg** (dpa) und **Ulrike Bieritz** (ORB-Hörfunk).

Jürgen Bühl, zuletzt als PR-Berater tätig, wurde Pressesprecher der SPD-Fraktion im Münchner Rathaus.

Christa Cloppenburg, Leiterin der landespolitischen Redaktion des WDR, wurde in ihrem Amt als Vorsitzende der Landespresskonferenz NRW bestätigt. Dem Vorstand gehören an: **Wilfried Göbels** („Westfalenpost“), **Bettina Grönwald** (dpa), **Theo Schumacher** („Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung“) und

Frank Uferkamp („Westdeutsche Zeitung“).

Axel Dürr, Chefredakteur des Ludwigsburger Fernsehsenders B.TV, hat nach Affären um den neuen Eigentümer des Regionalsenders, **Thomas Hornauer**, gekündigt.

Winfried Engel wurde als Vertreter der katholischen Kirche erneut zum Vorsitzenden der Versammlung der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk gewählt. Seine Stellvertreter sind **Günter Grotmann-Höfling** (Vereinigung hessischer Unternehmerverbände) und **Marita Eilrich** (DGB).

Ruprecht Eser, Hauptredaktionsleiter Gesellschafts- und Bildungspolitik beim ZDF, übernimmt im Sommersemester als Lehrbeauftragter im Studiengang Medienwirtschaft die Veranstaltung „Journalistische Arbeitsmethoden“ an der Hochschule der Medien in Stuttgart.

Michael Flämig, Korrespondent der „Börsen-Zeitung“, löste als zweiter Vorsitzender sowie Kassenswart im Club Wirtschaftspresse München **Lorenz Goslich** ab, der ausschied.

Werner Gößling (ZDF) wurde in der Nachfolge von **Tissy Bruns** („Tagesspiegel“) zum Vorsitzenden der Bundespresskonferenz gewählt. Mitglieder des Vorstands sind **Hanni Hüsch** (ARD), **Daniel Goffart** („Handelsblatt“), **Angela Wefers** („Börsen-Zeitung“), **Thomas Wittke** (Bonner „General-Anzeiger“), **Petra Diroll** (BR) und **Carsten Heil** („Neue Westfälische“).

Susanne Gundlach wechselt vom Ressort Mode der „Brigitte“ als Leiterin des Mode-Ressorts zu „Für Sie“ (Jahreszeiten Verlag).

Barbara Hahlweg, bisher beim ZDF u.a. Reporterin für das Magazin „hallo Deutschland“, löst als Nachrichtensprecherin beim ZDF-„heute-journal“ **Caroline Hamann** ab, die als Moderatorin zu „heute nacht“ wechselt. Ihre Vorgängerin **Anja Charlet** wird künftig Nachmittagssendungen moderieren.

Peter Heinacher, bisher Leiter des Ressorts Wirtschaft, Politik und Weltwirtschaft beim „Handelsblatt“, scheidet im Sommer aus.

Christoph Heinze, zuletzt Redakteur bei NDR Info, löst im September als Hörfunk-Korrespondent des NDR in Neu Delhi **Michael Weide-**

Leute

mann ab, der nach Hamburg zurückkehrt. **Rainer Sütfeld**, NDR-Korrespondent in New York, übernimmt turnusgemäß die Leitung des dortigen Studios, das durch **Thomas Reinke** verstärkt wird.

Harald Jähner, bisher stellvertretender Feuilleton-Chef der „Berliner Zeitung“, folgte als Ressortleiter auf **Stephan Speicher**, der als Autor für das Blatt wirken wird. Der Wechsel erfolgte nach Verlagsangaben auf Grund „unterschiedlicher Auffassungen zwischen dem Chefredakteur und dem bisherigen Ressortleiter, aber in gegenseitigem Einvernehmen“.

Barbara Jung, bislang Vize-Chefredakteurin von „Die neue Frau“ sowie „Heim und Welt“ (Klambt-Verlag, Baden-Baden), übernahm die Chefredaktion von **Peter-Michael von Maydell**, der auschied. Stellvertretende Chefredakteurin wurde **Beatrix Vaubel**.

Bernd von Jutrczenka, bisher Chefredakteur von ddp, verließ die Nachrichtenagentur wegen „unterschiedlicher Auffassungen über die künftige Ausrichtung“. Kommissarisch übernahm Geschäftsführer **Lutz Schumacher** die Chefredaktion zusammen mit **Rainer Höhling**, Leiter des Ressorts Wirtschaft, der stellvertretende Chefredakteur wurde.

Carsten Knop, bislang Korrespondent der „FAZ“ in San Francisco, löste **Heribert Klein** ab, der bisher im „FAZ“-Wirtschaftsteil für Porträts sowie die Seite „Menschen und Wirtschaft“ zuständig war und im Herbst voraussichtlich als Projektleiter Corporate Publishing zum FAZ-Institut wechselt.

Thorsten Kolle, zuletzt Redaktionsleiter von „Fit for Fun“, ist beim „Stern“ für Sonderaufgaben zuständig und entwickelte das demnächst erscheinende „Stern“-Special „Gesund Leben“.

Manfred Krupp, Chefredakteur Fernsehen des hr, wurde in der Nachfolge von **Hans-Helmut Kohl**, Paris-Korrespondent der „FR“, zum Präsidenten des Frankfurter Presseclubs (FPC) gewählt. In ihren Ämtern als Vizepräsident und Schriftführer bestätigt wurden **Gerhard Kneier**, Leiter der Inlandsredaktion der Nachrichtenagentur AP, und **Nikolaus Münster**, Leiter des Presse- und Informationsamts der Stadt Frankfurt. Weitere Mitglieder des Präsidiums sind **Matthias W.**

Send, Pressesprecher der Frankfurter Industrie- und Handelskammer, als Schatzmeister sowie **Birgit Clemens** vom Frankfurter Fachverlag, **Dieter Eckart**, Herausgeber der „FAZ“ und **Stephan Hebel**, stellvertretender Chefredakteur der „FR“.

Thomas Kunze, bisher Textchef in einer Entwicklungsredaktion des Heinrich Bauer Verlags (Hamburg), löst als Hamburg-Korrespondent von „Gong“ und „Bild + Funk“ (Gong Verlag) **Wolf-Hinrich Groeneveld** ab, der in den Ruhestand tritt.

Gunter Lehrke leitet seit März 2003 die JournalistenAkademie in der Politischen Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Bonn. Lehrke war rund fünf Jahre Referatsleiter Medien und Kommunikation in der Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit der FES. Von März 2000 bis Februar 2003 hatte er die Friedrich-Ebert-Stiftung in Pakistan vertreten.

André Lorenz, zuletzt freier Journalist, früher Chefredakteur von „X-Mag“, übernimmt die Leitung dieses Jugendmagazins von **Arnulf Volkmar Thiemel**, der die Verlagsgruppe Weltbild (Augsburg) verlässt.

Die RTL-Moderatorin **Frauke Ludowig** wird während der Babypause von **Katja Burkard**, **Nazan Eckes** und **Leonard Diepenbrock** vertreten.

Klaus Madzia, zuletzt Leiter der Springer-Entwicklungsredaktion in Hamburg, verließ den Verlag und wird als freier Medienberater tätig sein.

Thorsten Matthies, zuletzt Vize-Chef des Ressorts Vermischtes/Modernes Leben in der dpa-Zentrale (Hamburg), folgte als Leiter der Wirtschaftsredaktion auf **Martin Romanczyk**, der für die Agentur nach Brüssel wechselte.

Nicola Meier, bisher für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Paul Pietsch Verlage (Stuttgart) zuständig, löste als Leiterin Presse und Information des BLV Verlags (München) **Ilse Baumgarten** ab.

Annette Morczinek, bisher Moderatorin im Hörfunkprogramm WDR 5, folgte als Leiterin des WDR-Hörfunkstudios in Köln auf **Lothar Lenz**, der WDR-Hörfunkkorrespondent im Hauptstadtstudio der ARD wurde.

Matthias Müller von Blumenron, Chefredakteur von „Spiegel-Online“, wurde zum Vizepräsidenten der Online Publisher Association Europe ernannt.

Hans-Joachim Neubauer, bisher freier Autor und Journalist, wurde Redakteur beim „Rheinischen Merkur“ und berichtet für die Kulturredaktion aus Berlin.

Romanus Otte, bislang Nachrichten-Chef der „Financial Times Deutschland“, löste als Leiter des Ressorts Politik **Thomas Hanke** ab, der politischer Korrespondent des Blattes wurde. Ottos Stellvertreterin ist **Margaret Heckel**, bisher Teamleiterin Wirtschaft und Politik.

Uli Pecher, früher Chefredakteur von „Wirtschaftswoche E-Business“ und „Business 2.0“, zuletzt freiberuflich, wurde beim Deutschen Sparkassen Verlag (Stuttgart) Leiter der Organisationseinheit Kundenzeitschriften.

Markus Peichl, Vorsitzender der Hamburger Lead Academy für Mediendesign und Medienmarketing, löste als Redaktionsleiter der Talksendung „Beckmann“ (ARD) **Iris Domachofski** ab.

Gero von Randow, Leiter des Ressorts Wissenschaft bei der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“, wird das Blatt im Sommer verlassen.

Sabine Reifenberg, die bereits seit 1999 für die ARD aus London berichtet, leitet seit dem 1. April das dortige ARD-Studio. Verstärkung erhält sie durch **Uwe Schwering**, der zuvor NDR-Redakteur in der Auslandsredaktion Fernsehen war.

Dagmar Reim, bisher Leiterin des NDR-Landesfunkhauses in Hamburg, wurde zur Intendantin des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB) gewählt, der aus der Fusion von SFB und ORB entsteht.

Ulf Rödde, bisher für die Öffentlichkeitsarbeit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft verantwortlich, löst als Pressesprecher der GEW und Redaktionsleiter der Bundeszeitschrift „Erziehung und Wissenschaft“ **Steffen Welzel** ab, der in den Ruhestand geht.

Gunnar Saft („Sächsische Zeitung“) wurde als Vorsitzender der sächsischen Landespressekonferenz wieder gewählt. Stellvertretende

Vorsitzende sind **Stefan Locke** („Dresdner Morgenpost“), **Frank Meyer** („Sachsen News Net“) und **Petra Stutz** (dpa); Schatzmeisterin ist **Uta Deckow** (MDR Hörfunk).

Ingrid Scheithauer, bislang bei der „Frankfurter Rundschau“ Leiterin der Medienredaktion, verlässt das Blatt. Die bisherige Medien-seite der „FR“ wurde eingestellt.

Karin Schlaudermann, bisher Redaktionsleiterin von „Frau im Spiegel“ (G+J), rückte zur Chefredakteurin auf. Herausgeber der Frauenzeitschrift ist **Peter Lewandowski**, Chefredakteur von „Gala“. Schlaudermann bleibt weiterhin stellvertretende Chefredakteurin von „Gala“.

Gaby Schuylenburg (Radio Bremen) wurde in ihrem Amt als Vorsitzende der Landespressekonferenz Bremen ebenso bestätigt wie ihre Stellvertreterin **Karl-Henry Lahmann** („Nordsee-Zeitung“) und **Uwe Woltemath** („Nordwest Zeitung“).

Gaby Ullmann, bisher bei „GQ“, wurde Textchefin bei „Shape“ (Marquard Medien); **Marion Winnen**, zuletzt bei „Glamour“, wechselte in das Ressort Beauty der Lifestyle-Zeitschrift.

Klaus Urban, bisher Pressesprecher von Der Club Bertelsmann, schied aus. Seine Aufgaben übernahm **Rocco Thiede** von der Stabsstelle der DirectGroup für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Frank Paul Weber, Korrespondent des französischen Blatts „La Tribune“, folgte als Vorsitzender des Vereins der Ausländischen Presse in Deutschland (VAP) auf **Clive Freeman**, der gemäß den Statuten nicht mehr kandidierte. Zur stellvertretenden Vorsitzenden wurde **Alexandra Förderl-Schmid** vom der österreichischen Zeitung „Der Standard“ gewählt.

Prof. **Siegfried Weischenberg** wurde zum Direktor des Zentrums für Medienkommunikation/Rudolf-Augstein-Zentrum gewählt, das als interdisziplinäre Einrichtung die medien- und kommunikationswissenschaftlichen Studiengänge der Universität Hamburg integrieren soll. Vize-Direktor ist Prof. **Hans J. Kleinsteuber**.

Kerstin Zilm, Redakteurin des DeutschlandRadios, ist seit 1. April Korrespondentin der ARD in Kalifornien.

Preise

Adolf Grimme Preis 2003 - **Kategorie Fiktion & Unterhaltung:** Grimme Preis mit Gold für „Die Hoffnung stirbt zuletzt“ (NDR/ARD), Hauptdarsteller: **Anne Kim Sarnau** und **Axel Prahl**, Buch: **Fred Breinersdorfer**, Regie: **Marc Rothemund**; Grimme Preis mit Gold für „Blind Date: Taxi nach Schweinau“ (ZDF), Buch, Regie, Darsteller: **Olli Dittrich** und **Anke Engelke**. Grimme Preise: „Unter Verdacht – Verdecktes Spiel“ (ZDF/ARTE), Hauptdarsteller: **Senta Berger**, **Rudolf Krause**, **Gerd Anthoff**, Buch: **Alexander Adolph**, Regie: **Friedemann Fromm**; „Die Freunde der Freunde“ (WDR/ARD), Hauptdarsteller: **Matthias Schweighöfer**, **Sabine Timoteo**, **Florian Stetter**, **Jessica Schwarz**, Regie: **Dominik Graf**, Kamera: **Hanno Lentz**; „Toter Mann“ (ZDF/ARTE), Hauptdarsteller: **Nina Hoss** und **Sven Pippig**, Buch/Regie: **Christian Petzold**, Kamera: **Hans Fromm**; „Berlin, Berlin“ (RB/NDR/ARD), Hauptdarstellerin: **Felicitas Woll**, Buch: **David Sáfir**; Publikumspreis der „Marler Gruppe“: „Mein Vater“ (WDR/ARD), Hauptdarsteller: **Götz George** und **Klaus J. Behrendt**, Regie: **Andreas Klei- nert**. **Kategorie Information & Kultur** – Grimme Preise: „Absolut Warhola“ (ZDF/3sat/HR/WDR), Buch/Regie: **Stanislaw Mucha**, Kamera: **Susanne Schüle**; „Schwarzwaldhaus 1902“ (SWR/ARD), Buch/Redaktion: **Rolf Schlenker**, Buch/Regie: **Volker Heise**, Kamera: **Jörg Jeschel**; „Der Glanz von Berlin“ (ZDF), Buch/Regie: **Judith Keil** und **Antje Kruska**; „Kubrick, Nixon und der Mann im Mond“ (ARTE), Buch/Regie: **William Karel**; „die story: Gipfelstürmer – Die blutigen Tage von Genua“ (WDR/ARD), Buch/Regie: **Michael Busse** und **Maria-Rosa Bobbi**; Sonderpreis des Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes NRW: **Christian Frei** (Buch/Regie/Kamera/Schnitt/Produktion) für „War Photographer“ (ARTE). **Kategorie Spezial** – Grimme Preise: die Produzentin **Christiane Ruff** für die Etablierung und Weiterentwicklung von deutschen Comedy-Formaten; **Martin Buchholz** für Buch und Regie der Dokumentationen „Der Mörder meiner Mutter“ (ARTE/SWR) und „Gott segne unseren Überfall“ (SWR); **Marcel Reif** für seine Kommentare während der Fußball-Weltmeisterschaft 2002 (Premiere). Besondere Ehrung des Deutschen Volkshochschul-Verbandes für Verdienste um die Entwicklung des Fernsehens: der Wissen-

schaftsjournalist und Moderator **Ranga Yogeshwar**.

Der Journalist und Historiker **Götz Aly** wird mit dem Marion-Samuel-Preis 2003 der Stiftung Erinnerung ausgezeichnet.

Die „Berliner Morgenpost“ vergibt den mit 7500 € dotierten Friedrich-Luft-Preis für die beste Auf-führung des Jahres 2002 an **Frank Castorfs** Inszenierung „Der Idiot“ an der Berliner Volksbühne.

Andreas Dresen erhielt für seinen Film „Halbe Treppe“ den mit 7500 € dotierten William Dieterle-Filmpreis der Stadt Ludwigshafen.

„GEO“ wurde beim US-amerikanischen „Pictures of the Year International Contest“ in zwei Kategorien ausgezeichnet.

Der Gerd Bucerius-Förderpreis Junge Presse Osteuropas 2003 der ZEIT-Stiftung zu je 40 000 € geht an: „Swobodnyj Kurs“ (Barnaul/Russland), „Express“ (Lviv/Ukraine) und „Belarussiy Rinok“ (Minsk/Weißrussland). Den mit 10 000 € dotierten Sonderpreis für Journalisten erhält **Mikola Markevitsch** (Grodno/Weißrussland); ehrende Anerkennungen gelten der „Nowyje Izvestija“ (Moskau) und der „Dnevnik“ (Sofia).

Petra Gerster, Moderatorin von „heute“ (ZDF), wurde von Lesern der Programmzeitschrift „Gong“ der Goldene Leser-Gong zugesprochen; auf den nächsten Plätzen folgten **Anne Will** (ARD) und **Marietta Slomka** (ZDF-„heute-journal“).

Amira Hass, die als einzige israelische Journalistin in den besetzten palästinensischen Gebieten lebt und aus Ramallah für die Tageszeitung „Ha'aretz“ berichtet, wurde der mit 5 000 € dotierte Demokratietpreis 2003 der Monatszeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik“ verliehen.

Maybrit Illner erhält für ihre Moderatorin der Talkshow „Berlin Mitte“ (ZDF) den mit 7500 € dotierten Champagne Journalistenpreis für Lebensfreude 2002. Das Preisgeld will sie einer Initiative gegen Fremdenfeindlichkeit in Brandenburg stiften.

Dr. **Walter Konrad**, früher Direktor Europäische Satellitenprogramme beim ZDF, jetzt Präsident der Deutschen Akademie der Darstellenden

Künste, wurde für seine Verdienste um 3sat mit dem Großen Silbernen Ehrenzeichen der Republik Österreich ausgezeichnet.

Die Layout-Preise 2003 von Freelens/Verband der Fotojournalistinnen und Fotojournalisten wurden jeweils für einen bestimmten Beitrag in einer Publikation vergeben. Kategorie Magazine: 1. Preis: **Maja Siebrecht** („Das Magazin“, Fotos von **Ruth Erdt**); 2. Preis: **Daniel Müller-Grote** („GEO“) und **Markus Dixius** („Stern“, Fotos von **Gulliver Theis**); 3. Preis: **Claudia Bock** („Mare“, Fotos von **Olaf Tamm**). Kategorie Zeitungen: 1. Preis: **Heika Hinze** („Die Zeit“); 2. Preis: **Bettina Keim** („Frankfurter Rundschau Magazin“); 3. Preis: **Christian Güntlisberger** („NZZ“, Fotos von **Reto Camenisch**). Kategorie Magazine von Unternehmen und Organisationen: 1. Preis: **Anna Clea Skoluda** (Ringzwei); 2. Preis: **Simon Eule** (kdh+p); 3. Preis: **Bettina Rosenow** und **Sandra Klostermeyer** („GreenpeaceMagazin“). Kategorie Unternehmensbroschüren: 1. und 2. Preis: **Antonia Henschel** von Sign Kommunikation; 3. Preis: **Michael Sauer**. Sonderpreise gingen an **Horst Moser** von independent Medien-Design („Leica-World“) und an **Susanne Söffker** („Stern“, Fotos von **Matthias Ziegler**).

LeadAwards 2003 der Lead Academy für Mediendesign und Medienmarketing e.V. – eine Auswahl der Preisträger. Lead Magazin des Jahres: „Qvest“; Cover: „SZ-Magazin“; Reportage: „Stern“; Relaunch: „GQ“; Online-Newsmagazin: „Spiegel.de“; Special-Interest-Online-magazin: „Hörzu.de“; Fotografie: „Maxi“ und „Stern“; Design: Kunstmagazin „de“.

Caroline Link gewann mit „Nirgendwo in Afrika“ den Oscar für den besten nicht-englisch-sprachigen Film.

Das NDR-Gesundheitsmagazin „V-site“ erhielt in München den „Wilhelm und Ingeborg Roloff-Preis der Deutschen Lungenstiftung für die Sendung „Bronchitis - die unterschätzte Gefahr“ vom November vergangenen Jahres.

Michael Oesterreich, Redakteur bei SWR1, wurde für seine Verdienste um das Kinderheim in Brezovica mit dem „Orden des kroatischen Morgensterns mit dem Antlitz von Katarina Zrinska“ ausgezeichnet.

Christina Schindler, Professorin für Animation an der HFF Potsdam-Babelsberg, erhielt für „Anders Artig“ (ZDF) den Murnau-Kurzfilmpreis.

Dem Reporter und Publizisten **Peter Scholl-Latour** wurde für sein Gesamtwerk der mit 5000 € dotierte „Siebenpfeiffer-Preis für mutigen und engagierten Journalismus“ zuerkannt.

Die Förderpreise für Offene Kanäle der Landeszentrale für private Rundfunkanbieter (LPR) erhielten: zum Thema „Politik im Offenen Kanal“ **Wolfgang Schuch** und die Live Produktionsgruppe (OK Speyer) für „Aktuell: Oberbürgermeisterwahl in Speyer – live aus dem Rathaus“ und **Martin Schmitt** und das Produktionsteam (OK Trier) für „Typisch Trier! Der Porta-Nigra-Talk“.

Der Sonderpreis „Videoproduktionen für und mit Kindern“ ging an **Franz Granninger** und jugendliche Aussiedler vom Jugend-Gemeinschaftswerk Speyer (OK Speyer) für „Not sehen und handeln: 75 Jahre Caritas Speyer“.

Den Sonderpreis „Beiträge über Zuwanderung und Integration“ bekamen **Graziano Arezu** und die Mediengruppe doppel (OK Ludwigshafen) für „Unverletzlich. Dokumentation über die Menschenrechte der Flüchtlinge“.

Außerdem wurden drei Preise verliehen für die Offenen Kanäle Speyer, Trier und Ludwigshafen, aus deren Mitte auch die Preisträger stammen. Sie sollen die Unterstützung der beteiligten OK-Trägervereine an den Beiträgen honorieren.

Hannelore Steer, Hörfunkdirektorin und stellvertretende Intendantin des ORB, wurde mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Der Kolumne „Streiflicht“ der „SZ“ wurde der mit 7500 € dotierte Deutsche Sprachpreis 2003 der Henning-Kaufmann-Stiftung zur Pflege der Reinheit der deutschen Sprache zugesprochen.

Volkart Wildermuth wurde für sein Hörfunk-Feature „Machen Gene schwul?“ (WDR 5) der Königin-Christine-Preis 2002 für herausragende Berichterstattung über schwul-lesbische Wissenschaftsthemen verliehen, den die neu gegründete Königin-Christine-Gesellschaft (Köln) vergibt.

Von und für Journalisten

Gewerkschaft ist mehr, als viele denken. Das Motto der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju): „Qualität, Kompetenz und Verantwortung“.

Eine Publikationsreihe bietet Wissenswertes über die dju, ihre Serviceleistungen und wichtige Fragen rund um den Journalismus. Die Materialien können in den Bundesländern bei den nebenstehenden Ansprechpartnern des Fachbereiches 8 – Medien, Kunst und Industrie – bestellt werden.

dju.

Deutsche
Journalistinnen- und
Journalisten-Union



Baden-Württemberg

Gerhard Manthey
Königstr. 10 A, 70173 Stuttgart
Telefon: 0711/887 88 08 -10, Fax - 99
E-Mail: gerd.manthey@verdi.de

Bayern

Christa Hasenmaile
Schwanthaler Str. 64, 80336 München
Telefon: 089/599 77 10 -80, Fax - 89
E-Mail: christa.hasenmaile@verdi.de

Berlin / Brandenburg

Andreas Köhn
Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin
Telefon: 030/86 31 -11 06, Fax: - 29 34
E-Mail: andreas.koehn@verdi.de

Hessen

Manfred Moos
Rhonestr. 2, 60525 Frankfurt/Main
Telefon: 069/66 95 15 -25, Fax: - 99
E-Mail: manfred.moos@verdi.de

Niedersachsen-Bremen

Friedrich Siekmeier
Goseriede 10-12, 30159 Hannover
Telefon: 0511/12 400 -295, Fax: - 155
E-Mail: friedrich.siekmeier@verdi.de

Nord

Wolfgang Kreider
Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg
Telefon: 040/285 85 -08, Fax: - 11
E-Mail: wolfgang.kreider@verdi.de

Nordrhein-Westfalen

Jutta Klebon
Hohenzollernring 85-87, 50627 Köln
Telefon: 0221/95 14 96 56
Fax: 0221/52 81 95
E-Mail: jutta.klebon@verdi.de

Rheinland-Pfalz-Saar

Annegret Kaiser
Moselstr. 35, 55118 Mainz
Telefon: 06131/972 61 90, Fax: - 99
E-Mail: annegret.kaiser@verdi.de

Südost

Bernd Ackermann
Täubchenweg 8, 04317 Leipzig
Telefon: 0341/681 00 40
Fax: 0341/691 00 52
E-Mail: bernd.ackermann@verdi.de

